



Landorfstrasse 1
3098 Koeniz

www.koeniz.ch

Verwaltungsbericht 2009

Verwaltungsbericht 2009

Vorwort

Liebe Leserin Lieber Leser

Haben Sie gewusst, dass im Jahr 2009 in der Gemeinde Köniz 284 Baugesuche eingereicht wurden, 306 Asylsuchende zu betreuen waren, 498 Alters- und Pflegeheimplätze sowie 189 Alterswohnungen zur Verfügung standen, 142'980 Personen in der Badeanlage Weiermatt Abkühlung suchten, in den Bibliotheken 300'560 Medien ausgeliehen wurden und rund eine halbe Million User die Webseite der Gemeinde besuchten?

Nachzulesen ist dies und noch viel mehr im Verwaltungsbericht 2009 der Gemeinde Köniz, den Sie in den Händen halten. Auf über 80 Seiten gibt der Bericht Auskunft über die vielseitige Arbeit der Gemeindeverwaltung. Es ist ein Rechenschaftsbericht gegenüber den politischen Gremien. Er soll aber auch den Bürgerinnen und Bürgern einen Blick hinter die Kulissen ihrer Verwaltung erlauben.

Das Jahr 2009 war geprägt durch die weltweite Finanzkrise, welche sich auch in der Gemeinde Köniz durch sinkende Auftragsvolumen in der Privatwirtschaft und steigende Fallzahlen in den Sozialdiensten auswirkte. Die Reorganisation der Gemeindeverwaltung von sieben auf neu fünf Direktionen konnte erfolgreich vollzogen werden. An den Gemeindewahlen wurden Gemeinderat und Parlament für die Legislatur 2010 – 2013 gewählt. Mit dem Ried in Niederwangen als grösstes Vorhaben wurden zahlreiche Planungsgeschäfte zielorientiert vorangebracht. Die Eröffnung des Liebefeld Park konnte bei idealen Bedingungen mit einem grossen Volksfest gefeiert werden. Die gesunde Finanzlage erlaubte Gemeinderat und Parlament eine Steuersenkung für 2010.

Die Gliederung des Verwaltungsberichts 2009 entspricht dem leicht angepassten Produkteplan des Integrierten Aufgaben und Finanzplanes. Der Gemeinderat dankt für das Vertrauen, das Parlament und Bevölkerung der Verwaltung entgegengebracht haben und wünscht Ihnen bei der Durchsicht des Verwaltungsberichts eine interessante Lektüre.

Der Gemeinderat von Köniz

Inhaltsverzeichnis

1. Behörden	7
2. Zentrale Dienste und Stäbe	17
3. Kultur	25
4. Steueradministration	29
5. Raumplanung	31
6. Bauaufsicht	37
7. Verkehr	39
8. Strassen	43
9. Fahrzeugdienst	47
10. Individuelle Sozialhilfe	49
11. Vormundschaft	51
12. Sozialversicherungen	53
13. Institutionelle Sozialhilfe	55
14. Migration	63
15. Volksschulen	65
16. Erwachsenenbildung und weitere Bildungsinstitutionen	71
17. Sport und Freizeit	73
18. Einwohnerwesen	75
19. Polizeiinspektorat	77
20. Bade- / Freizeitanlagen	79
21. Bevölkerungsschutz	81
22. Öffentliche Bauten	83
23. Liegenschaften	87
24. Umweltschutz, Energie	91
25. Landschaft	95
26. Ver- und Entsorgung	99
27. Geomatik	105
28. Informatikzentrum	107
29. Produktunabhängige Finanzleistungen	109

1. Behörden

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF)

1.1. Rechtsetzungs-, Beratungs- und Prüfungsleistungen des Parlaments und parlamentarischer Kommissionen

Parlament

Wahlen

Gemeindeordnung und Reglemente definieren, wann welche Neuwahlen vorgenommen werden müssen. Die anstehenden Neuwahlen und Ersatzwahlen wurden termingerecht vorgenommen. Siehe nachfolgende Auflistung (Schulkommissionsersatzwahlen werden hier nicht aufgelistet).

Neuwahl Parlamentsbüro am 15. Januar 2009

Harald Henggi (FDP), Parlamentspräsident
Christian Burren (parteilos), 1. Vizepräsident des Parlaments
Ursula Wyss (Grüne), 2. Vizepräsidentin des Parlaments
Annemarie Berlinger-Staub (SP), Stimmzählerin
Hermann Gysel (EVP), Stimmzähler

Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission am 9. März 2009

Markus Bont, EVP (für Valentin Lagger, CVP)

Neuwahl Kommission "Tramprojekte" am 9. März 2009

Peter Antenen (FDP)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Martin Graber (SP)
Hermann Gysel (EVP)
Niklaus Hofer (SVP)
Anna Mäder (SP)
Jan Remund (Grüne)
Ueli Salvisberg (parteilos, Sitzanspruch SVP)
Mark Stucki (FDP)

Beschlussfassung über Anträge des Gemeinderats

Das Parlament hat im Berichtsjahr an 10 Sitzungen (Vorjahr: 11) über die folgenden Geschäfte Beschluss gefasst (in Klammern das Datum der Parlamentssitzung).

Reglemente und Tarife

- Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements (22. Juni 2009)
- Änderung von Datenschutzreglement und Weisung (22. Juni 2009)
- Änderung des Bildungsreglements (22. Juni 2009)
- Einsetzung einer Kommission zur Beratung des Reklamereglements (22. Juni 2009)
- Revision des Geschäftsreglements des Parlaments (29. Juni 2009)
- Aufhebung des Zivilschutzreglements (7. Dezember 2009)

Volksabstimmungen

- Bächtelenacker Wabern: Änderung Nutzungsplan und Baureglement (7. Dezember 2009)

Verschiedene Geschäfte

- Kenntnisnahme von Kreditabrechnungen (9. März 2009)
- Einsetzung einer nichtständigen Kommission "Tramprojekte" (9. März 2009)
- Kredit für die Sanierung Alpenstrasse (Wabern) inkl. Leitungserneuerung (9. März 2009)
- Kredit für die provisorische Buszufahrtstrasse Ried (4. Mai 2009)
- Kredit für Sanierungsmassnahmen gemäss Generellem Entwässerungsplan (GRP) Untere Gemeinde (4. Mai 2009)
- Kredit für die Erweiterung der Grabfelder und eine Wegverbindung Friedhof-Kirche Köniz (4. Mai 2009)
- Genehmigung Gemeinderechnung 2008 (22. Juni 2009)
- Genehmigung Verwaltungsbericht 2008 (22. Juni 2009)
- Stellenbewirtschaftung (22. Juni 2009)
- Kredit für das Vorprojekt Tramprojekte Schliern/Wabern (29. Juni 2009)
- Kenntnisnahme von Kreditabrechnungen (17. August 2009)
- Kredit für Planungsinstrumente im Zusammenhang mit der Planung Ried, Niederwangen (17. August 2009)
- Kenntnisnahme der Energiestrategie 2010-2035 des Gemeinderates (19. Oktober 2009)
- Kenntnisnahme des IAFP 2010 (9. November 2009)
- Genehmigung des Voranschlags 2009 (9. November 2009)
- Auflösung der nichtständigen parlamentarischen Kommission köniz.fünf (7. Dezember 2009)

Geschäftsprüfungskommission GPK

Gemeindeordnung und Reglemente definieren die Aufgaben der GPK. Die Anträge des Gemeinderates an das Parlament (ausgenommen parlamentarische Vorstösse) wurden termingerecht vorberaten, und dem Parlament wurde über die Vorberatung Bericht erstattet. Aufgrund des vom Gemeinderat verabschiedeten Verwaltungsberichts wurden bei den Direktionsvorstehenden und Abteilungsleitenden Verwaltungsbesuche durchgeführt. Über die Resultate der Gespräche wurde dem Parlament Bericht erstattet.

Direktionsreferent/innen

Verteilung bis 27. April 2009

Direktion	VorsteherIn	HauptreferentIn	StellvertreterIn
DPF	Luc Mentha, SP	Valentin Lagger (CVP)	Stefan Lehmann (SVP)
DPV	Katrin Sedlmayer, SP	Stefan Lehmann (SVP)	Thomas Herren (FDP)
DBS	Ueli Studer, SVP	Christoph Salzmann (SP)	Bernhard Bichsel (jfk)
DBA	Judith Ackermann, FDP	Stephie Staub-Muheim (SP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
DBE	Urs Wilk, FDP	Hansueli Pestalozzi (Grüne)	Valentin Lagger (CVP)
DSI	Marianne Streiff, EVP	Thomas Herren (FDP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
DUL	Rita Haudenschild, Grüne	Bernhard Bichsel (jfk)	Christoph Salzmann (SP)

Verteilung ab 27. April 2009

Direktion	VorsteherIn	HauptreferentIn	StellvertreterIn
DPF	Luc Mentha, SP	Stefan Lehmann (SVP)	Markus Bont (EVP)
DPV	Katrin Sedlmayer, SP	Thomas Herren (FDP)	Stefan Lehmann (SVP)
DBS	Ueli Studer, SVP	Christoph Salzmann (SP)	Bernhard Bichsel (jfk)
DBA	Judith Ackermann, FDP	Stephie Staub-Muheim (SP)	Hansueli Pestalozzi (Grüne)
DBE	Urs Wilk, FDP	Hansueli Pestalozzi (Grüne)	Thomas Herren (FDP)
DSI	Marianne Streiff, EVP	Markus Bont (EVP)	Stephie Staub-Muheim (SP)
DUL	Rita Haudenschild, Grüne	Bernhard Bichsel (jfk)	Christoph Salzmann (SP)

Sitzungen

Die GPK hat im Berichtsjahr 9 Sitzungen durchgeführt (Vorjahr: 11).

Anpassungen an das Gemeinderatsmodell "5x80"

Die Reduktion auf fünf Gemeinderatsmitglieder und Direktionen hat Auswirkungen auf die Verteilung der Direktionen auf die GPK-Mitglieder (Direktionsreferate). Die GPK hat im Berichtsjahr

verschiedene Möglichkeiten geprüft und für die neue GPK (im Amt ab dem 15. Januar 2010) zum Beschluss aufbereitet.

Ratssekretariat

Die Aufgaben des Parlamentssekretariats werden im Geschäftsreglement des Parlaments definiert. Das Sekretariat hat im Berichtsjahr den ordnungsgemässen Geschäftsverkehr zwischen Exekutive, Legislative und Verwaltung und den Betrieb des Parlaments und dessen Kommissionen sichergestellt und folgende Aufgaben (gemäss Produktebeschreibung) ausgeführt: Sitzungsmanagement, Protokollführung (Parlament und Kommissionen), Beratung, Vollzug von Beschlüssen.

Rechnungsprüfungsorgan

Die Prüfung der formellen und materiellen Richtigkeit der Buchhaltung und der Jahresrechnung wurde gemäss Auftrag ausgeführt.

1.2. Führungsleistungen des Gemeinderats

Gemeinderat

köniz.fünf

Die für die Umsetzung von köniz.fünf notwendigen gesetzlichen Grundlagen sind erlassen. Die das Wahlverfahren betreffenden Bestimmungen wurden per 1. September 2009 in Kraft gesetzt. Das Wahlverfahren konnte durch den Wegfall von nebenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern erheblich vereinfacht werden. Die übrigen Erlasse wurden auf den 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt. In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres konnten die praktischen Vorbereitungsarbeiten begonnen und abgeschlossen werden.

Leitbild 2010 bis 2025

Der Gemeinderat hat in mehreren Klausursitzungen für die Gemeinde ein neues Leitbild erarbeitet. Herr Prof. Dr. Iwan Rickenbacher begleitete den Gemeinderat in diesem Prozess.

Verträge und Vereinbarungen

- Vereinbarung mit der Genossenschaft Migros Aare betreffend Fahrtenregelung Wabern - Gurten
- Rahmenvertrag Projekt "Feuerwehr Regio Bern"
- Asylwesen; PAG Rahmen- und Leistungsverträge mit der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern 2009 und 2010
- Neue Leistungsvereinbarung mit dem Verein Kultur- und Begegnungszentrum Haberhuus (VKBH)
- Kooperationsvertrag mit der Gemeinde Oberbalm im Bereich Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden
- Darlehensvertrag Dreifachsporthallen Weissenstein
- Vereinbarung mit Energie Wasser Bern (ewb) über die Nachführung von Werkdaten in der Gemeinde Köniz
- Vertrag mit der Gemeinde Neuenegg betreffend Führung einer gemeinsamen Schule Thörisshaus
- Vereinbarung mit der Gemeinde Oberbalm betreffend Zusammenarbeit in der besonderen Förderung gemäss Art. 17 VSG
- BKW-Gemeindevertrag
- Gasversorgung - Genehmigung 9. Übergangsvereinbarung mit Energie Wasser Bern (ewb).

Aktualisierte und neue Weisungen

- Weisungen für den Versand des Werbematerials für die Gemeindewahlen 2009
- Kleine Anpassung der Weisung betr. offizielle Beileidsbezeugungen GW 21
- Anpassung der Weisung betr. Bezeichnungen der Organisationseinheiten mit Abkürzungen H 3

Beantwortung und Erfüllung parlamentarischer Vorstösse

Legende:

E – Einreichung | **B** – Beantwortung durch den Gemeinderat | **P** – Behandlung durch das Parlament |
F – Fristverlängerung (Erfüllung) gewährt | **V** – weiterer Verlauf | **R** – Rückzug | **A** – Abschreibung

Parlamentsbüro

- 0727 Motion (Grüne) "Transparente Darstellung von Argumenten der Parlamentsmehrheit und der Parlamentsminderheit in Abstimmungsbotschaften"
E 12.11.2007 | **B** 05.03.2008 | **P** 23.06.2008 (erheblich) | **A** 19.10.2009
- 0833 Motion (Stucki, Lager) "Für ein starkes Parlament - Zulässigkeit von Richtlinienmotionen"
E 15.09.2008 | **P** 09.03.2009 (erheblich) | **A** 19.10.2009

Rechtsdienst

- 0916 Anfrage (Stucki) "Verteilung der Kommissionssitze"
E 11.03.2009 | **B** 06.05.2009 | **P** 29.06.2009 ()

Personalabteilung

- 0925 Interpellation ("Für Köniz") "Zur Personalsituation in der Gemeindeverwaltung Köniz"
E 22.06.2009 | **B** 19.08.2009 | **P** 19.10.2009 (teilweise befriedigt)

Finanzabteilung

- 0612 Postulat (CVP/EVP) "Systemwechsel bei der Pensionskasse"
E 19.06.2006 | **B** 08.11.2006 | **P** 18.12.2006 (erheblich)
- 0838 Motion (FDP/jfk) "Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer parlamentarischen Finanzkommission"
E 08.12.2008 | **B** 22.04.2009 | **P** 29.06.2009 (erheblich)
- 0903 Motion (Grüne) "Ökologische Liegenschaftssteuer"
E 16.01.2009 | **B** 13.05.2009 | **P** 29.06.2009 (abgelehnt)
- 0930 Motion (Remund) "Äufnung der Spezialfinanzierung 'Klimafonds'"
E 22.06.2009 | **B** 21.10.2009 | **R** 07.12.2009
- 0935 Motion (FDP/jfk) "Ausgeglichene Finanzhaushalt langfristig sichern"
E 09.11.2009
- 0936 Motion (SVP) "Finanzplanung"
E 09.11.2009

Fachstelle Kommunikation

- 0518 Postulat (jfk) "ganzheitliches Marketing der Gemeinde Köniz"
E 28.06.2005 | **B** 09.11.2005 | **P** 13.02.2006 (als Postulat erheblich) | **A** 09.03.2009

Fachstelle Kultur

- 0923 Interpellation (Graber) "Kultur im Rossstall - Es darf keinen Fehlstart geben!"
E 04.05.2009 | **R** 15.06.2009

Planungsabteilung

- 0824 Postulat (Grüne) "Standortplanung für Mobilfunkanlagen"
E 23.06.2008 | **B** 19.11.2008 | **P** 16.01.2009 (abgelehnt)
- 0832 Postulat (SVP) "Landwirtschaft und Alternativenergie"
E 25.08.2008 | **B** 07.01.2009 | **P** 09.02.2009 (zurückgezogen) | **R** 09.02.2009
- 0911 Motion (SP) "Raum für KITAs in neuen Wohnüberbauungen"
E 09.03.2009 | **B** 01.07.2009 | **P** 17.08.2009 (zurückgezogen) | **R** 17.08.2009
- 0926 Motion (SP) "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt"
E 22.06.2009

Abteilung Verkehr und Unterhalt

- 0624 Postulat (Grüne Köniz) "Velonetz Köniz"
E 23.10.2006 | **B** 28.02.2007 | **P** 07.05.2007 (als Postulat erheblich)
- 0724 Postulat (Grüne) "Buserschliessung Ried auf bestehendem Strassennetz"
E 22.10.2007 | **B** 14.11.2007 | **P** 10.12.2007 (erheblich) | **A** 04.05.2009
- 0835 Interpellation (Grüne) "Quartierverträglichkeit der Rolli Transport AG"
E 20.10.2008 | **B** 17.12.2008 | **P** 09.02.2009 (befriedigt)

- 0901 Interpellation (FDP) "Sicherheit für den Langsamverkehr bei Schnee und Eis"
E 16.01.2009 | **B** 25.03.2009 | **P** 04.05.2009 (teilweise befriedigt)
- 0906 Postulat (FDP) "Köniz für Velofahrer - 'Bike and ride'"
E 09.02.2009 | **B** 03.06.2009 | **P** 17.08.2009 (erheblich) | **A** 17.08.2009
- 0908 Interpellation (Lagger) "Verlängerung der Traminie 9 nach Kleinwabern"
E 09.02.2009 | **B** 01.04.2009 | **P** 29.06.2009 (befriedigt)
- 0910 Postulat (jfk) "Kreiselsponsoring - Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)"
E 09.02.2009 | **B** 03.06.2009 | **P** 17.08.2009 (als Postulat erheblich)

Bauinspektorat

- 0632 Motion (CVP/EVP) "Erotik Betriebe"
E 18.12.2006 | **B** 04.04.2007 | **P** 18.06.2007 (erheblich)
- 0633 Postulat (jfk) "Anreize für energiesparendes Bauen"
E 18.12.2006 | **B** 04.05.2007 | **P** 18.06.2007 (als Postulat erheblich)
- 0827 Postulat (Grüne) "Möglichkeit zur Aufhebung der Parkplatz-Ersatzabgabepflicht"
E 22.07.2008 | **B** 03.12.2008 | **P** 09.02.2009 (abgelehnt)

Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit

- 0517 Postulat (Überparteilich Sedlmayer SP/JUSO / Zwahlen EVP) "Aufnahmestopp Familienergänzende Kinderbetreuung"
E 27.06.2005 | **B** 19.10.2005 | **P** 13.02.2006 (erheblich) | **A** 07.12.2009
- 0704 Postulat (Überparteilich SP, Grüne, CVP, EVP, FDP, SVP) "Senioreninformation - alles auf einen Blick"
E 12.02.2007 | **B** 06.06.2007 | **P** 17.09.2007 (als Postulat erheblich) | **A** 07.12.2009
- 0711 Motion (überparteilich) "Beiträge an die organisierte Kinder- und Jugendarbeit"
E 18.06.2007 | **B** 18.07.2007 | **P** 27.08.2007 (erheblich) | **A** 07.12.2009
- 0834 Interpellation (Jugendparlament) "Sicherheit im öffentlichen Raum"
E 20.10.2008 | **B** 07.01.2009 | **P** 09.02.2009 (teilweise befriedigt)
- 0905 Postulat (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung"
E 09.02.2009 | **B** 03.06.2009 | **P** 17.08.2009 (als Postulat erheblich)
- 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"
E 09.02.2009 | **B** 03.06.2009 | **P** 17.08.2009 (erheblich)
- 0913 Postulat (SP) "Je früher desto nachhaltiger - Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern"
E 09.03.2009 | **B** 08.07.2009 | **P** 17.08.2009 (als Postulat erheblich)
- 0915 Interpellation (CVP) "Alterwohnungen Hessgut - Wie geht es nach der Sanierung und dem Ausbau weiter?"
E 09.03.2009 | **B** 06.05.2009 | **P** 29.06.2009 (teilweise befriedigt)
- 0920 Postulat (SP) "Klein aber aha: Köniz achtet auf Kinder"
E 04.05.2009 | **B** 16.09.2009 | **P** 19.10.2009 (abgelehnt)
- 0932 Postulat (FDP/jfk) "Liberale Familienpolitik - Pilotversuch Betreuungsgutscheine"
E 17.08.2009 | **B** 06.01.2010 | **P** 15.02.2010 (erheblich) | **A** 15.02.2010

Abteilung Soziales und Vormundschaft

- 0934 Interpellation (Roth, SP) "Wie ist der Könizer Sozialdienst in Zeiten der Rezession positioniert?"
E 19.10.2009 | **B** 02.12.2009 | **P** 15.02.2010 (befriedigt)

Abteilung Bildung und Sport

- 0508 Postulat (Graber SP/JUSO) "Rauchfreies Köniz"
E 14.03.2005 | **B** 02.11.2005 | **P** 19.12.2005 (als Postulat erheblich) | **V** 22.10.2007: nicht abgeschrieben | **A** 22.06.2009
- 0829 Postulat (Lagger/Caminada) "Tagesschulen in der Gemeinde Köniz"
E 18.08.2008 | **B** 17.12.2008 | **P** 09.02.2009 (erheblich) | **A** 09.02.2009
- 0836 Interpellation (EVP) "Platzmangel Schule Niederwangen"
E 20.10.2008 | **B** 17.12.2008 | **P** 09.02.2009 (teilweise befriedigt)
- 0904 Interpellation (Grüne) "Wie weiter nach der Schüler/innenbefragung 'echo' an den Schulen Köniz?"
E 16.01.2009 | **B** 25.03.2009 | **P** 04.05.2009 (befriedigt)
- 0912 Interpellation (SP) "Schülerbefragung echo"
E 09.03.2009 | **B** 06.05.2009 | **P** 29.06.2009 (teilweise befriedigt)

- 0919 Interpellation (SP, Arm) "Erwachsenenbildung"
E 04.05.2009 | B 01.07.2009 | P 17.08.2009 (teilweise befriedigt)
- 0922 Postulat (Engi) "Erhöhung der Auslastungskapazität bei den gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen"
E 04.05.2009 | B 04.11.2009 | P 07.12.2009 (erheblich)
- 0924 Postulat (Salzmann, Roth) "Keine Leere nach der Lehre! Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit"
E 28.05.2009 | B 16.09.2009 | P 19.10.2009 (erheblich) | V Punkte 1 und 2 am 19.10.2009 abgeschrieben
- 0928 Interpellation (Grüne) "Anstellungsbedingungen Tagesschulangestellte"
E 22.06.2009 | B 16.09.2009 | P 19.10.2009 (teilweise befriedigt)

Abteilung Sicherheit

- 0708 Postulat (SP) "Feuerstellen und Brennholz für das Eichholz"
E 07.05.2007 | B 12.09.2007 | P 22.10.2007 (erheblich) | A 07.12.2009
- 0902 Interpellation (SP) "Videoüberwachung im öffentlichen Raum in der Gemeinde Köniz?"
E 16.01.2009 | B 25.03.2009 | P 04.05.2009 (nicht befriedigt)

Abteilung Gemeindebauten

- 0626 Motion (Egli-Steiner SP) "Altes Schulhaus Niederwangen"
E 11.12.2006 | B 09.05.2007 | P 18.06.2007 (erheblich)
- 0831 Postulat (SP) "Keine Kinderarbeit im Könizer Beschaffungswesen! - Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen"
E 18.08.2008 | B 17.12.2008 | P 09.02.2009 (erheblich)
- 0937 Motion (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"
E 09.11.2009

Dienstzweig Liegenschaftsverwaltung

- 0918 Postulat (SP) "Hundert neue, günstige Wohnungen"
E 04.05.2009 | B 07.10.2009 | P 09.11.2009 (als Postulat erheblich)
- 0927 Interpellation (Bichsel/Engi) "Schiessanlage Platten: Gemeinde seit über 7 Jahren mit der Standgemeinschaft in vertragslosem Zustand"
E 22.06.2009 | B 16.09.2009 | P 19.10.2009 (nicht befriedigt)
- 0931 Postulat (SP) "Impulse geben: Konkrete Klimapolitik für Köniz"
E 29.06.2009 | B 28.10.2009 | P 07.12.2009 (erheblich)

Abteilung Umwelt und Landschaft

- 0505 Motion (Überparteilich Troxler SP/JUSO, Maibach GB, Lagger CVP) "Einführung der 'Lokalen Agenda 21' in der Gemeinde Köniz"
E 14.03.2005 | B 02.11.2005 | P 19.12.2005 (erheblich) | A 07.12.2009
- 0512 Postulat (Sedlmayer SP/JUSO) "Mobilitäts-Set für NeuzuzügerInnen"
E 02.05.2005 | B 09.11.2005 | P 19.12.2005 (erheblich) | A 07.12.2009
- 0837 Interpellation (Staub-Muheim, SP) "Öffentliche Kinderspielplätze - eine Visitenkarte für die Gemeinde!"
E 10.11.2008 | B 28.01.2009 | P 09.03.2009 (befriedigt)
- 0914 Motion (SP) "Öffentliche Kinderspielplätze - eine Visitenkarte für die Gemeinde"
E 09.03.2009 | B 12.08.2009 | P 19.10.2009 (abgelehnt)
- 0929 Motion (Remund) "Senkung des CO2-Ausstosses mittels einer Spezialfinanzierung 'Klimafonds'"
E 22.06.2009 | B 21.10.2009 | P 07.12.2009 (abgelehnt)
- 0938 Postulat (SP) "Gedenkstätte oder Gemeinschaftsgrab für Engelskinder"
E 09.11.2009

Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie

- 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen"
E 09.02.2009 | B 06.05.2009 | P 17.08.2009 (befriedigt)
- 0921 Postulat (SP) "Organischen Abfall zur Energiegewinnung einsammeln?"
E 04.05.2009 | B 06.01.2010 | P 15.02.2010 (erheblich)

Abteilung Gemeindebetriebe

- 0917 Interpellation (Staub, SP) "Energie aus Trink- und Abwasserleitungen nutzen!"
E 04.05.2009 | B 12.08.2009 | P 19.10.2009 (befriedigt)

Dienstzweig Informatikzentrum

- 0933 Postulat (jfk) "Glasfasernetz Köniz"
E 19.10.2009 | B 06.01.2010 | P 15.02.2010 (erheblich)

Legende:

E – Einreichung | B – Beantwortung durch den Gemeinderat | P – Behandlung durch das Parlament |

F – Fristverlängerung (Erfüllung) gewährt | V – weiterer Verlauf | R – Rückzug | A – Abschreibung

Mitgliedschaften

Vertretung der Gemeinde in regionalen Gremien

Herr Luc Mentha

- Stiftungsrat Berner Symphonie-Orchester, Vertreter der RKK
- Stiftung Bächtelen, Mitglied des Stiftungsrates
- Stiftung Klinik Selhofen, Präsident Stiftungsrat
- Verein Region Bern (vrb), Mitglied des Vorstandes

Frau Katrin Sedlmayer

- Gurtenbahn AG, Gemeindevertreterin im Verwaltungsrat
- Regionale Verkehrskonferenz (RVK), Gemeindevertreterin
- Verein Region Bern (vrb), Gemeindevertreterin in der Kommission Umwelt, Raumordnung und Verkehr KURV
- Verwaltungsrat, BERNMOBIL

Herr Ueli Studer

- Sporthallen Weissenstein AG, Gemeindevertreter Verwaltungsrat
- Stiftung Berner Gesundheit BEGES, Präsident Stiftungsrat
- Verein Region Bern (vrb), Sozialkommission
- Verein Region Bern (vrb), Fachausschuss für Schulfragen
- Regionale Kulturkonferenz RKK, Gemeindevertreter

Herr Urs Wilk

- ARA Region Bern AG, Mitglied des Verwaltungsrates
- ARA Region Sensetal, Gemeindevertreter in der Delegiertenversammlung
- Einf. Gesellschaft AQUABERN, Gemeindevertreter

Frau Marianne Streiff

- Bernische Ortspolizeivereinigung, Gemeindevertreterin
- Regionales Ausbildungszentrum Platten, Präsidentin der Betriebskommission
- Stiftung "Gurtenpark im Grünen", Gemeindevertreterin im Stiftungsrat

Frau Rita Haudenschild

- Flughafenkommission Bern-Belpmoos, Gemeindevertreterin

1.3. Dienstleistungen zur Bewältigung von Katastrophen

Das Gemeindeführungsorgan (GFO) ist personell gemäss Organigramm (je Bereich ein Chef und eine Stellvertretung) besetzt. Der Stab führte drei halbtägige Rapporte und eine ganztägige Übung durch. Neben der laufenden Aktualisierung der Einsatzdossiers und der weiteren Detailbearbeitung der Gefahrenanalyse wurde schwergewichtig der Stabsarbeitsprozess (Feststellen, Beurteilen, Entscheiden, Handeln, Kontrollieren) behandelt. Dazu wurde an jedem Rapport eine Kurzübung zu verschiedenen Szenarien durchgeführt.

Das Personal Führungsunterstützung (aus der Zivilschutzorganisation Köniz) hat erste Übungen zum Aufbau der Führungsinfrastruktur und Führungsunterstützung im Areal 101 absolviert. Damit die Gruppe auch über längere Zeit funktionsfähig ist, muss mehr Personal aus der Zivilschutzorganisation oder aus der Verwaltung rekrutiert werden.

Der Pandemieplan für die Bevölkerung wurde durch die Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit (AJG), der betriebliche Pandemieplan durch die Stabs- und die Personalabteilung erarbeitet.

Hinsichtlich der H1N1-Pandemie wurden auf die Schweinegrippe zugeschnittene Massnahmen erarbeitet und teilweise umgesetzt. In den "pandemischen" Spitzenzeiten machte die Abteilung AJG täglich, später wöchentlich eine Lagebeurteilung, um allenfalls Massnahmen gemäss (betrieblichem) Pandemieplan auszulösen/auslösen zu lassen.

2. Zentrale Dienste und Stäbe

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF)

2.1. Bereitstellung interner Prozesse und Büroinfrastruktur

Köniz.fünf

Nachdem das Parlament die neuen Direktionen und deren Aufgaben definiert hatte, wurde die Stabsabteilung vom Gemeinderat beauftragt, die konkrete Umsetzung zu koordinieren. Dazu wurde eine Koordinationsgruppe eingerichtet, bestehend aus Abteilungen mit Querschnittsaufgaben. Die Umsetzung auf den 1. Januar 2010 erfolgte dank dem ausserordentlichen Einsatz aller Mitarbeitenden weitgehend reibungslos.

Betrieblicher Pandemieplan

Mit der Verabschiedung des Pandemieplans für die Bevölkerung wurde die Stabsabteilung zusammen mit der Personalabteilung beauftragt, einen betrieblichen Pandemieplan zu erarbeiten. Die Stabsabteilung definierte zusammen mit den Abteilungen, welche Aufgaben als vitale bzw. bedingt vitale zu bezeichnen sind. Danach musste quantifiziert werden, wie viele Personen für die vitalen und bedingt vitalen Aufgaben nötig sind und ob die Abteilungen über genügend Personal verfügen, um diese Aufgaben zu erfüllen, wenn 50% des Personals ausfallen. Grundsätzlich konnte festgestellt werden, dass ausreichend Kapazitäten vorhanden wären, um die vitalen Aufgaben zu erfüllen. Im Pandemiefall stehen den Abteilungen nun Steuerungs- und Planungsinstrumente zur Verfügung. Die relativ harmlose Schweinegrippe ermöglichte, die jeweils geplanten Massnahmen in der Praxis zu testen.

Intranet

Die Einführung eines Intranets für die Gemeindeverwaltung Köniz ist ein Legislaturziel des Gemeinderats. Eine Projektgruppe unter der Leitung der Stabsabteilung mit Mitgliedern des IZ und anderer Abteilungen konzipierte aufgrund von Umfragen eine grobe Struktur und evaluierte eine entsprechende Software. Ab Mitte September 2009 fand die Liveschaltung des Intranets auf der Basis von Windows SharePoint Services (WSS) statt. WSS bezeichnet ein Produkt der Firma Microsoft, das zum freien Herunterladen für Inhaber einer Windows-Server-Lizenz ab Version Windows Server 2003 verfügbar ist. Ziel der Windows SharePoint Services ist die virtuelle Zusammenarbeit von Benutzern unter einer Weboberfläche mit einer gemeinsamen Daten- und Informationsablage. Der grundlegende Aufbau der Windows SharePoint Services sorgt für eine integrative und themenorientierte Form der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Personen. In einer ersten Phase wurden zentral abgelegte Informationen im Intranet aufgeschaltet. Auf dem Intranet steht den Abteilungen die Möglichkeit zur Verfügung, für Projekte und Teams Plattformen für die Zusammenarbeit einzurichten. Von dieser Möglichkeit wird bereits rege Gebrauch gemacht. Diese Plattformen können auch für Personen ausserhalb der Gemeindeverwaltung geöffnet werden. Es bestehen bereits solche Plattformen.

Das Intranet verfügt zudem über eine sehr leistungsstarke Suchmaschine, welche alle Laufwerke innerhalb der Gemeinde durchsucht und das Auffinden von Dokumenten vereinfacht hat. Noch wenig genutzt wird die Möglichkeit, in einer Wiki-Bibliothek gemeinsames Wissen zu teilen.

Wahlen

2009 fanden die Gemeindeerneuerungswahlen von Gemeindepräsidium, Gemeinderat und Parlament statt. Die Stabsabteilung ist jeweils für die Koordination der Eingaben der Wahlvorschläge zuständig. Der Ablauf wurde weitgehend gleich wie bei den Wahlen 2005 gestaltet. Weitere Optimierungen konnten realisiert werden. Sämtliche Wahlvorschläge wurden pünktlich und korrekt eingereicht. Die Aufträge an die Druckerei erfolgten termingerecht, wie auch die Publikation im Anzeiger. Das Wahlmaterial erreichte die Wählenden rechtzeitig. Ein Novum war die Verwendung von smartvote, einer Online-Wahlhilfe, welche rege genutzt wurde. Die Wahlbeteiligung war überdurchschnittlich und die Bekanntgabe der Resultate erfolgte professionell. Die Rückmeldungen der Medien zu den Dienstleistungen waren durchwegs positiv.

Besonderes

Poststellen

Der Gemeindepräsident beauftragte die Stabsabteilung alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit wieder zentrale Postdienstleistungen in Oberwangen angeboten werden können und in Gasel die Postdienstleistungen bestehen bleiben. Zusammen mit dem Gemeindepräsidenten nahm die Stabsabteilung Kontakt auf mit der Post, den Liegenschaftsbesitzern der Poststellen in Gasel und Oberwangen und dem Betreiber der Jägerbäckerei GmbH. Im Sommer 2009 konnte in Oberwangen eine neue Postagentur mit einem Dorfladen eröffnet werden. Damit verfügt Oberwangen wieder über einen Ortladen, in dem auch Postdienstleistungen angeboten werden. Im Herbst 2009 folgte dann die Eröffnung der Postagentur in Gasel.

Ausblick

Legislaturplanung 2010- 2013

Die Stabsabteilung wird in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL) die Legislaturplanung unter Einbezug der Kriterien der nachhaltigen Entwicklung vorbereiten.

2.2. Finanzdienstleistungen

Zentrale Finanzdienste:

köniz.fünf

Mit der Definition der neuen Direktionen und deren Aufgaben hatte die Finanzabteilung den Auftrag, die Gemeindebuchhaltung zeitgerecht für die Budgetierung 2010 auf die neuen Strukturen einzurichten. Die Finanzabteilung hat, unter punktueller Mithilfe des Informatikzentrums sowie der Firma Dialog, zusammen mit sämtlichen Verwaltungsabteilungen einen neuen Kontenplan definiert und für die Laufende Rechnung sowie die Investitionsrechnung mit insgesamt rund 4'000 Konten per Mitte 2009 eingerichtet. Die Umsetzung auf den 1. Januar 2010 erfolgte dank dem ausserordentlichen Einsatz aller Beteiligten weitgehend reibungslos.

IAFP / Voranschlag / Rechnung

Die Finanzabteilung gewährleistet einen reibungslosen Ablauf des zentralen Rechnungswesens gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell (HRM). Dies umfasst den Integrierten Aufgaben und Finanzplan (IAFP), den Voranschlag der Laufenden Rechnung mit der Investitionsrechnung und die Jahresrechnung. Die Finanzierung der Gemeindeaufgaben ist langfristig sichergestellt, die Aufgaben sowie die Einnahmen und Ausgaben sind aufeinander abgestimmt.

IAFP

Der IAFP wird mehrheitlich durch die Finanzbuchhaltungs-Software sowie mit dem Finanzplan-Modul aufgearbeitet und schlussendlich mittels Excel-Tool dargestellt. Die EDV-Probleme sind grösstenteils behoben, das Excel-Tool ist nach Möglichkeit weiter auszubauen resp. weiter zu automatisieren. Die Umsetzung der neuen Strukturen nach „köniz-fünf“ ist erfolgt. Positiv haben sich zudem die Vorarbeiten der neuen Arbeitsgruppe Investitionen auf die Investitionsplanung ausgewirkt, indem die Absprache der einzelnen Investitionen auf die zur Verfügung stehende Investitionssumme frühzeitig erfolgte.

Voranschlag 2010

Der Voranschlag (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung) ist gemäss kantonalen Vorgaben mittels eines effizienten Ablaufs zu erarbeiten. Ziel: Steuersenkung und positives Budgetergebnis. Der Voranschlag wurde durch den Gemeinderat resp. die Verwaltung nach „köniz-fünf“ erstellt. Eine Steueranlagesenkung von 0.05 Einheiten von bisher 1.54 auf neu 1.49 ist erfolgt. Als Ergebnis resultiert beim Voranschlag ein Aufwandüberschuss von 1.956 Mio. Franken.

Rechnung 2008

Der Voranschlag 2008 wurde mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 0.871 Mio. verabschiedet. Der Abschluss der Jahres- und Sonderrechnungen 2008 (inkl. Vorbericht und Anhang) sind ordnungsgemäss erfolgt. Die Rechnung 2008 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 3.248 Mio. wurde revidiert und durch den Gemeinderat genehmigt. Mit Parlamentsbeschluss anlässlich der Genehmigung erhöhte sich das Resultat um Fr. 1 Mio. Der Ertragsüberschuss beträgt neu Fr. 4.248 Mio. Die Passation durch das Regierungsstatthalteramt Bern erfolgte am 14. Dezember 2009.

Rechnung 2009

Der Voranschlag 2009 wurde mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 0.652 Mio. verabschiedet. Die Rechnung 2009 steht vor dem Abschluss. Eine Zwischenrevision ist erfolgt. Eine Hochrechnung zuhanden von Gemeinderat und Parlament wurde erstellt und laufend aktualisiert. Bezüglich Resultat wird auf die Berichterstattung anlässlich der Rechnungsgenehmigung verwiesen.

Interne Revision:

Die Aufgaben sind in der Verordnung über die Finanzkontrolle vom 14.3.2007 festgelegt (Art. 2 ff.).

Interne Revision

Interne Revisionen von Kassen, Dienststellen und der Gemeinderechnung 2008 sind zeitgerecht abgeschlossen worden. Die Berichte wurden erstellt. Pendenzen werden laufend überprüft und die Stellungnahmen der Betroffenen sind uns bekannt. Die Zusammenarbeit mit der externen Revisionsstelle funktionierte problemlos und die 400 Stunden Vorarbeiten seitens der Finanzkontrolle (gemäss VO) wurden erbracht. Im 2009 wurden je zwei Serien Kreditabrechnungen an den Gemeinderat und das Parlament weitergeleitet.

Revision externe Institutionen

Die externen Institutionen werden jährlich im Mandat durch die Finanzkontrolle geprüft. Die Berichte lagen alle vor den Generalversammlungen vor. Diese Leistungen werden zu Selbstkosten fakturiert. Geprüfte Institutionen: Ferienhilfsverein, Verein Musikschule, Verein Könizer Mediotheken, Verein Haberhuus, ARA Sensetal, NAK Neue Arbeitsplätze Köniz, Verein Fractio, Jugendparlament, Genossenschaft Eisbahn, Cravache.

Stiftungsaufsicht

Die Finanzkontrolle hat die ihr unterstehenden Stiftungen überwacht und zudem Unterstützung bei einer Fusion und einer umfassenden Statutenrevision geleistet.

Ausblick

Revision der Gemeinderechnung, von Kreditabrechnungen, von Dienststellen und Kassen. Aufsicht gemeindenahe Institutionen.

Interne Beratung:

Die Aufgaben sind in der Verordnung über die Finanzkontrolle vom 14.3.2007 festgelegt (Art. 8 ff.).

Beratungen

Die Finanzkontrolle hat zwei betriebswirtschaftliche Analysen in den Gebieten Bestattungswesen und Mobilität erstellt.

Controlling IAFP Fokusgruppen

Die Finanzkontrolle wurde beauftragt, die Erhebung der Ist-Zahlen 2008 zu Handen des Gemeinderats zu prüfen und Bericht zu erstatten, was termingerecht erfolgt ist.

Controlling Sanierungspaket 07/08

Die Finanzkontrolle hatte den Auftrag, die Umsetzung der Sanierungsmassnahmen bei den Budgetarbeiten und bei der Rechnungsablage zu prüfen und hat dem GR darüber Bericht erstattet. Die drei Ziele "Abbau des Bilanzfehlbetrags", "Eigenkapital von mindestens zwei Steuerzehnteln" und "ausgeglicher Gemeindefhaushalt" waren per 31.12.08 erfüllt.

Übrige Arbeiten

Zu erwähnen sind: Diverse kleinere Beratungsleistungen und Abklärungen, Stützunterricht für Auszubildende, Mitberichte, Superuser Projekto, Planungen der Arbeiten, Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Weiterbildungen. Für die Arbeiten der Finanzkontrolle liegt eine detaillierte Zeiterfassung nach Projekten vor.

Ausblick

Controlling Finanzstrategie 2010
Evaluation IAFP

2.3. Rechtsdienstleistungen

Begleitung von Geschäften entsprechend den Bedürfnissen der Abteilungen

Folgende grosse Geschäfte der Abteilungen wurden begleitet: Verschiedene Planungs- und Wettbewerbsvorhaben, namentlich das Landgeschäft "Am Hof" und einzelne Fragen im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit lag aber wie üblich in der Unterstützung der Abteilungen in kleineren Geschäften: Im Baurecht, betreffend Verkehrsmassnahmen, im Einbürgerungsrecht, im Submissionsrecht, im Personalrecht und im Gebührenrecht. Ferner instruierte die Fachstelle Recht zwei gemeindeinterne Beschwerdeverfahren zuhanden des Gemeinderats.

Begleitung der Rechtsetzungstätigkeit entsprechend den Bedürfnissen der Abteilungen

Die Rechtsetzungstätigkeit wurde namentlich in folgenden Bereichen begleitet: Fertigstellen von Erlassen in Zusammenhang mit dem Projekt "köniz.fünf"; Erlass der neuen Zivilschutzverordnung unter Aufhebung des bisherigen Zivilschutzreglements; Änderung des Datenschutzreglements für die Einrichtung der neu vorgeschriebenen unabhängigen Aufsichtsstelle für Datenschutz. In Arbeit ist das Projekt "Modernes Personalrecht"; es beinhaltet die Totalrevision des Personalrechts der Gemeinde in Erfüllung einer Motion und eines Postulats.

Ausblick

Absehbar sind Arbeiten an verschiedenen Planungsgeschäften und grössere Rechtsetzungsarbeiten am Projekt "Modernes Personalrecht".

Datenschutz

Seit Mitte 2009 ist Herr Fürsprecher Kurt Stöckli die unabhängige Aufsichtsstelle für Datenschutz der Gemeinde Köniz. Er ist vom Parlament bestimmt; die Fachstelle Recht hat die Funktion einer Schnittstelle zu Herrn Stöckli. Sein Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009 wird nachfolgend unverändert abgedruckt:

Tätigkeitsbericht der unabhängigen Aufsichtsstelle für Datenschutz 2009

1. Allgemeines

Am 1. Juli 2009 ist das an das Kantonale Datenschutzgesetz angepasste Datenschutzreglement der Gemeinde Köniz in Kraft getreten. Das Parlament hat gleichzeitig den Unterzeichneten als externe Aufsichtsstelle für Datenschutz für die Gemeinde Köniz bestimmt. Die Aufsichtsstelle erstattet dem Gemeinderat und dem Parlament jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und weist gegebenenfalls auch auf aufgetretene Mängel und wünschbare Änderungen hin.

2. Anfragen der Verwaltungsabteilungen

Die wenigen Anfragen der Verwaltungsabteilungen bezogen sich im Berichtsjahr vor allem auf die Auskunftspflicht. Da der Datenschutz auch zwischen den einzelnen Abteilungen einer Gemeinde gilt, muss immer zuerst abgeklärt werden, ob die entsprechenden Voraussetzungen für eine Auskunftspflicht auch wirklich vorliegen. Dies gilt umso mehr, wenn die Auskunftsbegehren von Behörden ausserhalb der Gemeinde Köniz oder von Privaten gestellt werden. Ein wichtiger Grundsatz des Datenschutzes ist die Beschaffung der benötigten Daten bei der betroffenen Person (Art. 9 Abs.1 KDSG). Eine Weiterleitung von Informationen ohne gesetzliche Grundlage und ohne Beschaffungsversuch bei der betroffenen Person ist nur ausnahmsweise zulässig.

Mit dem neuen kantonalen Datenschutzgesetz ist auch eine kantonale Datenschutzverordnung erlassen worden. Gestützt auf diese Verordnung wird von den Gemeinden verlangt, dass sie ihre EDV-Systeme gegen Risiken wie die unbefugte oder zufällige Vernichtung, gegen zufälligen Verlust, gegen technische Fehler, gegen Fälschung, Diebstahl oder widerrechtliche Verwendung oder ganz generell gegen unbefugtes Bearbeiten schützen. Das Informatikzentrum Köniz-Muri hat nach einer entsprechenden Anfrage und diversen Abklärungen bestätigt, dass sowohl organisatorisch wie auch technisch alle zumutbaren Massnahmen getroffen worden seien, um die entsprechenden Risiken entsprechend abzusichern, auch wenn ein hundertprozentiger Schutz nie garantiert werden kann.

3. Anfragen von Privaten

Die Herausgabe von Daten und die Sperrung derselben stand auch bei den privaten Anfragen im Vordergrund. Alle Auskunftsbegehren konnten telefonisch erledigt werden. In einigen Fällen mussten die Anrufenden, mangels Zuständigkeit, an den kantonalen oder eidgenössischen Datenschutzbeauftragten weiterverwiesen werden.

2.4. Unterstützungsleistungen der Personalführung / Personaladministration

Projekt Modernes Personalrecht

In Arbeit ist gemeinsam mit der Fachstelle Recht das Projekt "Modernes Personalrecht". Es beinhaltet die Totalrevision des Personalrechts der Gemeinde in Erfüllung einer Motion und eines Postulats. Das Projekt hat zum Ziel - anstelle der heutigen zwei Reglemente und rund 30 Personalweisungen - ein einziges Personalreglement und eine einzige Personalverordnung zu erarbeiten. Die Struktur soll übersichtlich und die Inhalte stufengerecht zugeordnet sein. Die Zuständigkeit für die Verordnung liegt beim Gemeinderat. Sie soll aber dem Parlament zusammen mit dem Reglement zur Kenntnis gebracht werden, damit dieses um die Konkretisierungen hinter dem Reglement weiss. Die Arbeiten erweisen sich als sehr aufwändig und absorbieren Personalabteilung und Fachstelle Recht stark.

Betriebliche Gesundheitsförderung

In der Personalstrategie wird der Gesundheitsförderung ein hoher Stellenwert beigemessen. Aufgrund der allgemeinen Gefährdungssituation wurde mit Ergonomie-Aktivitäten im Areal 101 begonnen. Ein externer Experte hat ein massgeschneidertes Angebot für die rund 100 Mitarbeitenden zusammengestellt. Dies mit Schwerpunkten in den Aktionsfeldern Bildschirmarbeitsplätze, Abfallentsorgung, Gemeindebetriebe sowie Strassen, Beleuchtung und Unterhalt. Die Rück-

meldungen sind positiv: Die Mitarbeitenden hätten nützliche Anregungen für den teilweise belastenden Berufsalltag erhalten. Im gleichen Zeitraum wurde ein freiwilliges Angebot zur allgemeinen Gesundheitsförderung entwickelt. Es fanden - als Ergänzung zu den bewährten Sportangeboten der Personalvereinigung - so genannte "Xundheitsinputs" zu vier verschiedenen Themen statt. Die Impulsanlässe haben den Zweck, Anstösse für gesundheitsförderndes Verhalten zu geben und das dazu gehörige Wissen zur Umsetzung zu vermitteln. Die Gemeinde finanziert Kursleitung/Referierende und die Teilnehmenden geben ihre Zeit, d. h. sie kommen während der Mittagspause an die Veranstaltungen. Die Rückmeldungen sind durchwegs erfreulich und in den Austrittsgesprächen ordnen auffallend viele Mitarbeitende seit einem Jahr Köniz als Arbeitgeberin ein, die der Gesundheit ihrer Angestellten Sorge trägt.

Arbeitssicherheit

Nach einer Bestandesaufnahme bezüglich Arbeitssicherheit in der Gemeindeverwaltung konnten wichtige Meilensteine gesetzt werden: Die Ziele und Verantwortlichkeiten zum Thema Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz wurden in ausformulierten Sicherheitsgrundsätzen und einer griffigen Organisationsstruktur verbindlich festgelegt. Es gibt ein direktionsübergreifendes Arbeitssicherheits-Gremium, das Vorschläge und Empfehlungen zuhanden des Gemeinderats entwickelt. Die Direktionen sind daran, ihre Sicherheitsorganisation zu überprüfen, allfällige Lücken zu schliessen und sich auf die neue Verwaltungsstruktur köniz.fünf hin auszurichten. Die Linienverantwortlichen erhalten damit den für sie in der täglichen Arbeit wichtigen Rückhalt. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz werden auf allen Ebenen verbindlich verankert. So sind die Voraussetzungen gut, dass die Gemeinde weiterhin von vermeidbarem menschlichem Leid und sachlichem Schaden weitgehend verschont bleibt.

Weiterbildung

Die Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger wollen professionell, effizient und kundenorientiert erbracht werden. Dies verlangt von den Mitarbeitenden Beweglichkeit und Initiative. Nur mit Weiterbildung bleibt das Gemeindepersonal den vielfältigen Veränderungen in den unterschiedlichen Arbeitsfeldern mittel- und langfristig gewachsen. Die Steigerung der Weiterbildungstage um 26% gegenüber dem Vorjahr ist markant und Ausdruck dafür, dass die Mitarbeitenden die Herausforderungen der Zeit annehmen. Zu den Ausbildungsinhalten: Hauptpartner im Bereich Weiterbildung ist trotz leichtem Buchungsrückgang nach wie vor die Abteilung Ausbildung und Organisation der Stadt Bern: Gesamthaft 67 (Vorjahr: 87) Gemeindeangestellte haben Angebote mit Schwergewicht Arbeitstechnik und Sozialkompetenz besucht. Eine zunehmend wichtige Rolle nehmen fachspezifische Weiterbildungen ein. Rund 40 Mitarbeitende haben Tagungen und umfassende Lehrgänge bei unterschiedlichen Instituten besucht. Thematisch reichte das Spektrum von Führung, Hauswirtschaft, Entwässerung, Diversity, Schulsozialarbeit, Sozialversicherung, Coaching, Installationskontrolle über Bauverwaltung, Sanitärplanung, Soziale Sicherheit und Städtebau bis hin zu Projektmanagement. Ergänzend besteht das erwähnte interne Weiterbildungsangebot zum Thema Sicherheit und Gesundheitsförderung.

Berufsbildung

Im Berichtsjahr wurde die Anzahl Lehrstellen und Praktikumsplätze wiederum erweitert; unter anderem wird auch eine 2-jährige IV-Umschulung zum Hauswart angeboten. Obwohl im Berichtsjahr drei Ausbildungsverträge aufgelöst werden mussten, standen per 31.12.2009 23 Lernende in Ausbildung. Alle Kandidaten bestanden 2009 mit Erfolg die Lehrabschlussprüfung. Eine Lehrabgängerin hat im Anschluss eine befristete Anstellung bei den Einwohnerdiensten erhalten und zwei Lehrabgänger absolvieren das sechsmonatige Berufspraktikum bei der Gemeinde.

Unter der Federführung von Köniz nahmen 2009 14 "Gemeinden rund um Bern" (www.grumb.ch) zum zweiten Mal an der Berner Ausbildungsmesse (BAM) teil. Die Gemeinden mit rund 127'000 Einwohnenden und 60 Lehrstellen vertreten dort ihre kaufmännischen Lehrberufe. Weitere Gemeinden haben ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet. Die Mitwirkung an der BAM ist eine einmalige Gelegenheit, den Finger am Puls des Bildungsgeschehens zu haben, das Gespräch und den Austausch mit jungen Menschen zu finden und positiv für das Image des Gemeindewesens zu werben.

Krankentaggeldversicherung und neue Lohnfortzahlungsregelung

Per 1.1.2009 wurde die vom Parlament beschlossene reglementarische Änderung der Lohnfortzahlungsregelung in Kraft gesetzt und gleichzeitig die neue Krankentaggeldversicherung abgeschlossen. Die Umsetzung erfolgte ohne Probleme.

Umsetzung neues Familienzulagengesetz

Per 1.1.2009 wurde die vom Parlament beschlossene reglementarische Änderung der Familienzulagenregelung in Kraft gesetzt. Die Umsetzung erfolgte ohne Probleme.

Ausblick

2010 werden Reglements- und Verordnungsentwurf des Projektteams "Modernes Personalrecht" vom Gemeinderat zuhanden der eingesetzten parlamentarischen Kommission verabschiedet werden. Die im Frühling 2011 geplante Behandlung des Reglements (Parlament) und der Verordnung (Gemeinderat) erlaubt, dass die internen Umsetzungsarbeiten bis zur geplanten Inkraftsetzung per 1.1.2012 abgeschlossen sein sollten.

Die Aktivitäten und Zielsetzungen rund um die betriebliche Gesundheitsförderung sollen 2010 mit ergänzenden Analysen der Berner Fachhochschule für Wirtschaft in ein Gesamtkonzept eingebettet werden. Es wird ausserdem geprüft, ob die Gemeinde ein entsprechendes Label (z.B. das national lancierte Gütesiegel "friendly workspace") anstreben könnte.

Das aus Ressourcengründen zurück gestellte Personalentwicklungskonzept soll 2010 verwirklicht werden. Zudem werden 2010 im EDV-Bereich verschiedene Anpassungen vorgenommen.

2.5. Gemeindekommunikation und Standortmarketing

Medienarbeit

Im Rahmen des Kommunikationskonzepts koordiniert und unterstützt die Fachstelle Kommunikation die Medienarbeit des Gemeinderats und der Verwaltung. Mit rund 50 Medienmitteilungen und 25 Medienkonferenzen wurde aktiv über aktuelle Geschäfte und Ereignisse der Gemeinde informiert. Die Themen wurden von den Medien aufgenommen, so dass die Öffentlichkeit kontinuierlich und umfassend über Geschehnisse in der Gemeinde informiert werden konnte.

Internet

Gemäss Kommunikationskonzept ist die Fachstelle Kommunikation für die Pflege und Weiterentwicklung des Internetauftritts www.koeniz.ch zuständig. Neben der kontinuierlichen Pflege der bestehenden Webseiten wurden neue Inhalte publiziert. Die Startseite wurde leicht überarbeitet: Übersichtlichere Gestaltung, zusätzliche Bilder. Die Nutzung erhöhte sich im Verlauf des Jahres von rund 35'000 auf 45'000 Besuchende pro Monat.

Köniz Innerorts

Im Auftrag des Gemeinderats produzierte die Fachstelle Kommunikation zwölf Ausgaben des Gemeindemagazins "Köniz Innerorts". Die Bevölkerung in und um Köniz wurde damit kontinuierlich über aktuelle Themen aus der Gemeinde Köniz informiert.

Interne Kommunikation

Im Rahmen des Kommunikationskonzepts unterstützt die Fachstelle Kommunikation die verwaltungsinterne Kommunikation. Das Kader wurde namentlich bei der Kommunikation der Reorganisation „köniz.fünf“ unterstützt. Mit vier Ausgaben der Zeitschrift "Intern" wurden die Mitarbeitenden über das Geschehen in der Verwaltung informiert.

Standortmarketing

Wie vom Gemeinderat bei der Verabschiedung des Konzepts Standortmarketing beauftragt, wurde der Standortförderung hohe Priorität eingeräumt. Die Umsetzung erfolgte auf verschiedenen Ebenen. Neben der aktiven Gemeindekommunikation wurden wiederum Veranstaltungen organisiert oder unterstützt: Auftritt Eigenheimmesse, Wirtschaftstreffen, Eröffnung Liebefeld Park, „Fünfliber“-Anlass mit Lotti Latrous. Die vom Gemeinderat bewilligte 50-Prozent-Stelle Standortmarketing konnte besetzt werden. Erste Massnahmen in den Bereichen Wohnen, Wirtschaft und Freizeit wurden in Angriff genommen.

Eröffnungsfest Liebefeld Park

Der Gemeinderat beauftragte eine verwaltungsinterne Projektgruppe mit der Organisation und Durchführung des Eröffnungsfestes. Die Fachstelle Kommunikation übernahm die Koordination der Aktivitäten. Geschätzte 12'000 Personen besuchten vom 14. bis 16. August 2009 das Eröffnungsfest. Rund 700 Kulturschaffende sorgten im ganzen Park für ein Non-Stopp-Programm, das von der Rockband bis zur Dichterlesung reichte. Grosser Beliebtheit erfreuten sich auch das Open-Air-Kino, die Spielewerkstatt für Kinder und Familien, der Gottesdienst im Park, der Lunapark und das vielseitige kulinarische Angebot.

3. Kultur

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF)

3.1. Bereitstellung Beiträge RKK

Bei der Erarbeitung einer Kultur-Strategie für die Region wird mitgewirkt

Die Treffen der "AG Zukunft" der RKK wurden wahrgenommen. Die AG hat sich intensiv mit der Zukunft der regionalen Kultur auseinandergesetzt. Sie hat sämtliche Kulturinstitutionen der ganzen Region erhoben und die Auswertung den Gemeinden zugestellt. Im Verlauf des Jahres soll die Kommission Kultur der RK Bern-Mittelland entscheiden, ob diese Arbeitsgruppe fortgeführt oder sistiert werden soll.

Die Beiträge an die fünf grössten städtischen Kulturinstitutionen sind ausgerichtet

Aufgrund der Leistungsvereinbarung 2008–2011 der RKK mit den fünf grössten städtischen Kulturinstitutionen unterstützte die Gemeinde das Stadttheater, das Sinfonieorchester, das Kunstmuseum, das historische Museum und das Zentrum Paul Klee gesamthaft mit Fr. 1'039'190.00.

Ausblick

Bislang war die Geschäftsstelle der RKK dem Verein Region Bern angegliedert. Dieser geht per 1.1.2010 in der neu gegründeten Regionalkonferenz RK Bern-Mittelland auf. Die Aufgaben der bisherigen RKK übernimmt die Teilkonferenz Kultur der neuen RK Bern-Mittelland.

2010 wird die Teilkonferenz Kultur die Verhandlungen zur Verlängerung der Leistungsvereinbarungen mit den fünf grössten städtischen Kulturinstitutionen führen.

3.2. Bereitstellung Beiträge Kulturförderung

Projektbeiträge an Kulturschaffende und -veranstaltende

Von den 48 eingereichten Gesuchen von Kulturschaffenden und Kulturveranstaltenden wurden 40 gutgeheissen; 1 Gesuch wurde vom Gesuchstellenden zurückgezogen. (gutgeheissen/abgelehnt: Musik: 21/3, Theater/Tanz: 10/0, Film: 2/1, Literatur: 2/1, Bildende Kunst: 7/2, Angewandte Kunst: 1/1, Ortsgeschichte: 0 (1 mal in den spartenübergreifenden Projekten vertreten), spartenübergreifend: 4/1. Davon gleichzeitig Kulturvermittlung: 4/1).

An die "Fête de la musique" wurde nach Vorliegen der Abrechnung gemäss Kulturkonzept ein Beitrag ausbezahlt. Der Kunstraum gepard14, der seine Arbeit im zweiten Jahr seines Bestehens erfolgreich fortsetzte, sich als Kulturveranstalter weiter profilierte und seine Ausstrahlung zu vergrössern verstand, wurde auf sein Gesuch hin ebenfalls mit einem Beitrag unterstützt.

Das Budget wurde voll ausgeschöpft, gleichzeitig konnten nicht immer Beiträge in angemessener Höhe gewährt werden. Mit dem Kredit 2009 wurden wie immer auch bereits 2008 gesprochene Beiträge ausbezahlt.

Neben den quantitativen Aspekten sind hier insbesondere auch qualitative zu nennen: Die Gesuche und Projekte zeichnen sich grossmehrheitlich durch ein hohes Niveau und eine grosse Professionalität aus. Die Nachhaltigkeit dieses Schaffens, das die Gemeinde mit Beiträgen unterstützt, ist, wenn auch nicht messbar, so doch sehr hoch einzuschätzen.

Kinderbuchfestival Köniz KiBuK 2009

Das Kinderbuchfestival Köniz KiBuK wurde zusammen mit dem sehr engagierten 8-köpfigen Projektteam unter der Leitung der Kulturbeauftragten vom 4.– 6.9.2009 auf dem Schlossareal unter dem Motto "Lesen ohne Grenzen" zum dritten Mal erfolgreich durchgeführt.

Verein Kultur- und Begegnungszentrum Haberhuus bzw. Verein Kulturhof Schloss Köniz

Die Leistungsvereinbarung von 2008 wurde bis Ende Juni 2009 verlängert. Eine neue Leistungsvereinbarung von Juli 2009 bis Ende 2010 wurde, insbesondere unter Berücksichtigung der Inbetriebnahme des Rossstalls, ausgehandelt. Die Umbenennung zu Verein Kulturhof Schloss Köniz erfolgte, da das Haberhuus seit Herbst 2008 nicht mehr bespielt wird. Der VKSK wurde gemäss dem jeweils geltenden Leistungsvertrag subventioniert.

BeJazz

Der Verein BeJazz verlegte seinen Veranstaltungsort im Oktober 2007 von der Stadt Bern in die VIDMAR-Hallen. Da sich der Spielort somit auf Könizer Boden befindet und die Stadt Bern ihre Beiträge gekürzt hat, leistete die Gemeinde Köniz 2009 einen substanziellen jährlichen Beitrag, mit der Absicht, dies weiterhin zu tun.

Unterstützung der sieben Könizer Musikgesellschaften, der Jugendmusik und des Jugendorchesters

Die Könizer Musikgesellschaften, die Jugendmusik und das Jugendorchester erhielten ihre jährlichen Unterstützungsbeiträge, die, wie vor der Finanzsanierung und im Zuge der Kürzung der Beiträge angekündigt, wieder erhöht werden konnten.

Kunstsammlung

Für die Kunstsammlung der Gemeinde wurden 4 Bilder angekauft und ein vermisstes, wieder entdecktes Bild zurückgekauft.

Ortsgeschichtliche Sammlung

Die Katalogisierung von Publikationen wurde laufend fortgesetzt. Die Mitarbeiterin der OGS besuchte den Weiterbildungskurs "Basiswissen Archiv" der Schweizerischen Archivarinnen und Archivare, um sich das nötige Knowhow zu Systematik und Aufnahme der Archivalia (Fotografien, Karten u.a.) anzueignen.

Die Sammlung erhielt 2009 rund 40 Anfragen für Auskünfte und Nachforschungen, wobei manche mit mehreren Terminen verbunden waren. Die OGS leistete ausserdem einen Beitrag zum Parkfest zur Eröffnung des Liebefeld Parks (Plakatausstellung zur Geschichte des Areals).

Besonderes

Das Kultursekretariat hat bei der Organisation und Durchführung des Parkfests mitgewirkt, insbesondere das Familienprogramm betreut und die Kontakte zu den Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt.

KulturLegi für die Regionen Bern und Thun / Gemeinde Köniz

2009 wurde in der Gemeinde Köniz zusammen mit anderen Gemeinden der Agglomeration Bern die KulturLegi eingeführt. Im Sommer fanden in den Gemeinden Lancierungsevents statt. Die Resonanz ist gemäss Auskunft der Caritas Bern, der Geschäftsstelle der KulturLegi Bern, sehr positiv.

Ausblick

Kinderbuchfestival Köniz KiBuK 2011

Struktur und Organigramm des KiBuK werden 2010 im Hinblick auf das KiBuK 2011 überdacht und neu definiert. Die Vorbereitungsarbeiten werden aufgenommen.

Verein Kulturhof Schloss Köniz

Die Gemeinde verhandelt 2010 mit dem VKSK über den Leistungsvertrag ab 2011.

KulturLegi für die Regionen Bern und Thun / Gemeinde Köniz

Per 31.1.2011 wird die Pilotphase (Lancierung und Betrieb) mit einem Bericht der Geschäftsstelle der KulturLegi Bern, Caritas Bern, an die Gemeinde Köniz evaluiert. Über eine Weiterführung und Verlängerung der Zusammenarbeit wird ab 2012 entschieden.

Sammlungen

Die Sammlungen (OGS und Kunstsammlung) der Gemeinde Köniz werden aufgearbeitet und besser betreut.

4. Steueradministration

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF)

4.1. Steueradministration

Durch die Pensionierung von Paul Zysset, Fachbereichsleiter Amtliche Bewertung, und durch den Wegfall eines Teilbereichs der Quellensteuern, drängte sich eine Reorganisation des Dienstzweigs Steuern auf. In diesem Zusammenhang wurden auch die übrigen Bereiche überprüft.

Schwergewichtig wurde die Aufmerksamkeit auf die Sicherung der Stellvertretung gelegt. Mindestens zwei Personen sind in der Lage, ein entsprechendes Arbeitsgebiet zu bearbeiten.

Die Ziele konnten nicht vollständig bis Ende 2009 umgesetzt werden, da mit der Einführung der betroffenen Personen in die entsprechenden Fachgebiete teilweise erst Anfang 2010 begonnen werden konnte. Die endgültige Umsetzung wird bis Ende März 2010 abgeschlossen sein.

Ausblick

- Abschluss Reorganisation.
- Ab 2010 werden die Steuererklärungen von sieben weiteren Gemeinden im Erfassungszentrum Köniz eingelezen. Die entsprechende Logistik, Personalplanung und Qualitätssicherung muss geplant und umgesetzt werden.
- Die Steuerbuchhaltung inkl. Abschluss wird neu durch den DZ Steuern vorgenommen.

5. Raumplanung

(Direktion Planung und Verkehr, DPV)

5.1. Raumplanung

Raumentwicklung

Haushälterische Bodennutzung

Eine haushälterische Bodennutzung wird angestrebt. Es wird umsetzungsorientiert und nachhaltig geplant (vgl. IAFP). Die Bauzonenfläche ist auf dem heutigen Stand zu begrenzen (überwiesene Motion, September 2008).

Im Berichtsjahr wurde keine neue Bauzone geschaffen und eingezont. Verschiedene Planungen und Projekte hatten eine verbesserte bauliche Nutzung (z. B. zur Erhöhung des zulässigen Nutzungsmasses mittels geringfügiger Nutzungsplanänderung oder zur Unterschreitung des Baulinienabstands mittels Ausnahmegewilligungen im Baubewilligungsverfahren) zum Gegenstand oder sind darauf ausgelegt, eine verbesserte, verdichtete Nutzung mit möglichst geringem Bodenverbrauch zu ermöglichen (z. B. Forschungsanstalt Liebefeld, Ried Niederwangen, Bächtelenacker Wabern, Gurtenbrauerei Wabern, Rappentöri Köniz).

Siedlungsentwicklung und -qualität

Gemäss Legislaturziel des Gemeinderats sollen die Siedlungsqualität verbessert und die Orts- und Quartierzentren gestärkt werden (vgl. Legislaturziel 1.2). Der Auftrag für die Durchführung qualitativer Verfahren zur Verbesserung der Siedlungs- und Lebensqualität ist im Art. 27 der Verwaltungsverordnungsverordnung (VOV) festgeschrieben.

Der Fokus der planerischen Orts- und Quartierzentrenstärkung liegt im Zentrum Schliern, Wangenbrüggli/Niederwangen, Neuhausplatz/Liebefeld und dem Zentrum Köniz. Die notwendigen Interventionen sind vielschichtig und komplex, Aktivitäten sind im Gange. Am Neuhausplatz wurde von privater Seite eine Teil-Überbauungsordnung (Teil-UeO) erarbeitet, das Erlassverfahren läuft. Im Zentrum Köniz wurde für den Bereich Bläuacker Etappe II mit der Vermarktung begonnen; das Erlassverfahren für eine notwendige UeO-Änderung ist im Gange. Für das Areal Station Köniz ist die Erarbeitung eines Masterplans zur Erneuerung und Verdichtung im Gange und steht vor dem Abschluss. Im Wangenbrüggli hat die Planungsbehörde mit Grundeigentümern und potenziellen Investoren Verhandlungen geführt. Die Ergebnisse sind für eine erfolgversprechende Planung und Realisierung noch nicht hinreichend. Der Bau der Lift-Türme bewirkt eine Schwerpunktverlagerung. Im Zentrum Schliern haben die wichtigsten Grundeigentümer eine "Grundsatzvereinbarung" zur aussenräumlichen Aufwertung und Attraktivierung des Zentrumsbereichs unterzeichnet.

Schwerpunkt im Rahmen der Siedlungsentwicklung im Berichtsjahr 2009 bilden die Areale Ried/Niederwangen, Bächtelen/Wabern, Gurtenbrauerei/Wabern, Forschungsanstalt Liebefeld und Stegenweg/Niederwangen.

Ried Niederwangen

Die Umsetzung des Konzepts "Papillon" in planungsrechtliche Grundlagen ist im Gange. Die Planungsinstrumente werden im Frühjahr 2010 zur öffentlichen Information und Mitwirkung gebracht.

Bächtelen Wabern

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung (Nutzungsplan und besondere Vorschriften zu Nutzungsplan im Baureglement) wurde nach der öffentlichen Auflage mit insgesamt vier Einsprachen in der Dezembersitzung vom Parlament den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Annahme empfohlen.

Gurtenbrauerei Wabern

Basierend auf der neuen Zone mit Planungspflicht (ZPP) Gurtenareal wurden die Arealentwickler bei der Ausarbeitung des Gesamtprojekts begleitet. Ein Mitglied der Bau- und Planungskommission (BPK) nahm Einsitz in der Jury zur Bestimmung der landschaftsarchitektonischen Umsetzung und der Freiraumgestaltung.

Forschungsanstalt Liebefeld

Das Wettbewerbsergebnis 'Oakland' konnte im Berichtsjahr erfolgreich in eine neue Überbauungsordnung überführt werden. Die neuen bau- und planungsrechtlichen Grundlagen ermöglichen, die beabsichtigte Umsetzung der Arbeitsplatzkonzentration auf dem Areal der Forschungsanstalt. Eine erste Bauetappe mit rund 750 neuen Arbeitsplätzen ist in Vorbereitung.

Stegenweg Niederwangen

Die planungsrechtliche Umsetzung eines privaten Studienauftrags für eine grössere Wohnüberbauung im Gebiet Stegenweg/Bodelenweg stiess in unmittelbarer Nachbarschaft auf heftigen Widerstand. Erst die Sistierung und Konzeptänderung eines Teils der notwendigen UeO-Änderung könnte die Realisierung für eine erste Bauetappe ab Sommer 2010 ermöglichen.

Standortentwicklung

Landgeschäfte/Bodenpolitik

Die Entwicklung gemeindeeigener Areale nach festgelegter erster Priorität ist ein Legislaturziel des Gemeinderats (vgl. Legislaturziel 1.1).

Sägemattstrasse/Köniz

Die Umzonung von der Zone für öffentliche Nutzung in die Wohnzone ist erfolgt. Das Vorhaben steht aktuell in der Projektentwicklung und ist rechtlich vorbereitet.

Rappentöri/Köniz

Die Arealentwicklung Rappentöri verläuft planmässig. Das Verfahren der Ideenkonkurrenz wurde mit dem Ergebnis eines Richtprojekts mit strukturellen und städtebaulichen Vorgaben abgeschlossen. Die weiteren Planungsschritte (Auslobung eines Architektur- und Investorenwettbewerbs und Anpassung der baurechtlichen Grundordnung) erfolgen ab 2010 in Abstimmung zur Ortsplanungsrevision.

Parzelle 5499 (Dreispietz)/Liebefeld

Ein zweistufiges Wettbewerbsverfahren (Investoren- und Architekturwettbewerb) ist in der Entwicklung. Die ursprünglich angestrebten Ansätze zur Beteiligung der Investoren an einem Investorenwettbewerb haben nicht zum Erfolg geführt. In einem neuen Anlauf soll der Investorenwettbewerb für einen breiteren Interessenskreis (Generalunternehmungen/Investoren) geöffnet werden (Verfahren analog Hertenbrünnen, Schliern).

Bläuacker II/Köniz

Die Änderung der rechtsgültigen Überbauungsordnung wurde im Berichtsjahr erarbeitet und zur öffentlichen Auflage gebracht. Nach den erfolgten Einspracheverhandlungen kann der Gemeinderat in diesem Jahr die geringfügige Änderung der Überbauungsordnung dem AGR zur Genehmigung einreichen.

Schloss Köniz

Die Änderung der baurechtlichen Grundordnung von den Zonen ZöN 5/35, ZöN 5/36 und der Grünzone in die neue Schlosszone unterliegen dem ordentlichen Nutzungsplanverfahren. Im Berichtsjahr erfolgten die Öffentliche Mitwirkung sowie die Vorprüfung durch das AGR. Die öffentliche Auflage verzögert sich aufgrund der Analyse von Alternativstandorten für das beabsichtigte Gästehaus. Die Auflage kann voraussichtlich im Jahr 2010 erfolgen.

Deblockierung nicht verfügbarer Areale

Die Deblockierung nicht verfügbarer Areale für eine Arbeitsnutzung ist ein Legislaturziel des Gemeinderats (vgl. Legislaturziel 2.1).

Juch Hallmatt/Niederwangen

Eine Beschwerde blockiert die Erschliessung des Rehag-Areals (Gemeindegebiet Bern). Verstrickt damit ist im ESP eine generelle Baubewilligung für ein grösseres Baufeld pendent. Die Migros als Grundeigentümerin zeigt (weiterhin noch) keine Absicht zur Inwertsetzung ihres Terrains, somit bleibt der grösste Teil bis auf weiteres als strategische Landreserve unbebaut.

Areal 'Meinen'/Niederwangen

Das Areal steht zum Verkauf. Eine Projektentwicklung ist erst mit einem neuen Eigentümer möglich.

Zentrumsplanung Wangenbrüggli/Niederwangen

Mit Grundeigentümern und potenziellen Investoren wurden Verhandlungen geführt. Zentral gelegene Parzellen sind weiterhin nicht disponibel.

Station Oberwangen

Gute oder mindestens diskutabile Überbauungskonzepte finden keine Investoren.

Entwicklungsschwerpunkt Wohnen

Der Auftrag zur Erreichung weiterer "ESP-Wohnen"-Label-Projekte wurde durch die Geschäftsleitung Bodenpolitik/Landgeschäfte gesprochen.

Nach der Prämierung der Eingabe Hertenbrünnen im Jahr 2007, wurde im Berichtsjahr 2009 das Projekt Niederwangen Ried als Standort für zukünftiges Wohnen beim Kanton eingereicht. Das Projekt wurde im Januar 2010 mit dem Label ausgezeichnet.

Bereitstellung, Überprüfung und Anpassung von Planungsinstrumenten

Nutzungsplanverfahren

Die Gewährleistung der Rechtssicherheit ist im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan festgeschrieben (vgl. IAFP). Der Auftrag zur Erarbeitung von Planungsinstrumenten ist im Art. 27 der Verwaltungsorganisationsverordnung (VOV) festgeschrieben.

Im Berichtsjahr gelangten keine ordentlichen Planungsverfahren vor die Stimmberechtigten. Im geringfügigen Verfahren (Kompetenz Gemeinderat) wurden sieben Planungsgeschäfte rechtskräftig: Umzonung Sägemattstrasse Köniz, Umzonung Grünaustrasse Wabern, UeO-Änderung Weissenstein-Neumatt Liebefeld, UeO-Änderung Rosenweg Gartenstadt Liebefeld, Umzonung ehem. Restaurant Löwen Niederwangen, Umzonung Karl Kaufmann AG Hahlen/Thörishaus und UeO Änderung Plattenweg Schliern. Sämtliche Plangenehmigungsverfahren wurden formell und materiell gesetzeskonform durchgeführt und nicht beanstandet.

Ortsplanungsrevision

Die letzte Ortsplanungsrevision trat im Jahr 1994 in Kraft. Gemäss übergeordneter Gesetzgebung sind Ortsplanungen in der Regel alle zehn bis fünfzehn Jahre gesamthaft zu überprüfen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das Parlament hat dem Kredit für die Revision der Ortsplanung (Teilpakete Richtplanung und Nutzungsplanung) im September 2008 zugestimmt.

Teilpaket Richtplanung

Die Auftragsvergabe der Teilprojekte Leitlinien Gesamtgemeinde, Richtplan Verkehr, Richtplan Köniz/Liebefeld, Richtplan Wangental und Richtplan Energie erfolgte im Frühjahr 2009. Im Sommer des Berichtjahres wurde mit der Auftragsbearbeitung mit vier verschiedenen Planerteams begonnen. Die Koordination unter den Planerteams und den Projektleitungen findet peri-

odisch statt. Ein erstes Bevölkerungsforum OPR zum Arbeitsstand der Richtplanung konnte Ende November durchgeführt werden. Weitere Foren sind 2010 geplant.

Erste Ergebnisse werden ab Sommer 2010 zur öffentlichen Mitwirkung gebracht.

Teilpaket Nutzungsplanung

Der Start der Planungsarbeiten zur Revision der baurechtlichen Grundordnung (Baureglement, Zonenplan) sind für 2010 vorgesehen.

Tram Köniz

Mit der Bewilligung des Planungskredits Tram Region Bern wurde die Phase 1 "Erarbeitung Vorprojekt" gestartet. Zur Beantwortung dringender siedlungsplanerischer Fragestellungen, welche die Ausformulierung des Vorprojekts massgeblich beeinflussen, wurden durch die Planungsabteilung in Zusammenarbeit mit der Abteilung Verkehr und Unterhalt verschiedene Machbarkeitsstudien ausgelöst und begleitet.

Machbarkeitsstudie Endhaltestelle Linie 9 Wabern

Aufgrund der Verlängerung der Linie 9 nach Kleinwabern, wird die heutige Endhaltestelle nicht mehr benötigt. Gemeinsam mit BERNMOBIL wurde in einer Machbarkeitsstudie überprüft, welcher Nutzung und Bebauungstypologie das verfügbar gewordene Areal sinnvollerweise zugeführt werden soll. Nach dem Vorliegen des definitiven Entscheids des Bundes zur Finanzierung der Verlängerung der Linie 9 nach Kleinwabern, kann aufgrund der Machbarkeitsstudie ein qualitatives Verfahren und/oder eine Nutzungsplanänderung ausgelöst werden.

Machbarkeitsstudie Tram Wendeschlaufe Wabern

Die mögliche Lage der neuen Endhaltestelle der Tramverlängerung der Linie 9 ausserhalb von Kleinwabern im 'Balsigergut' bedingt eine aus übergeordneter Sicht abgestimmte Siedlungsentwicklung (Städtebau, Nutzung, Zentrenstruktur usw.). Die vorliegenden städtebaulichen Studien sind kritisch zu überprüfen und zu hinterfragen. Die hierzu notwendige Machbarkeitsstudie wurde Ende des Berichtjahres vorbereitet und im Frühjahr 2010 ausgelöst.

Machbarkeitsstudie Areal Station Liebefeld

Das Areal östlich der S-Bahnhaltestelle Liebefeld ist im Besitz der BLS Netz AG und der Gemeinde Köniz. Je nach Lage der Tramhaltestelle im Bereich der S-Bahnstation Liebefeld kann eine bessere oder schlechtere Wertschöpfung der Grundstücke erfolgen (städtebaulich, verkehrstechnisch, monetär usw.). In einer Machbarkeitsstudie soll überprüft werden, unter welchen verkehrstechnischen Voraussetzungen für BLS und Gemeinde die beste Wertschöpfung generiert werden kann. Der Leistungsbeschrieb der Machbarkeitsstudie wurde am Ende des Berichtjahres ausgearbeitet. Die Studie wird im Frühjahr 2010 ausgelöst und das Ergebnis in das Tramprojekt eingespeist. Es bildet die Grundlage für die weiteren erforderlichen Nutzungsplanverfahren.

Besonderes

Partizipation/ Mitwirkung

Die Pflege einer transparenten und bürgerfreundlichen Projekt- und Planungskommunikation ist zum einen in den Jahreszielen der Planungsabteilung, zum anderen als Auftrag der Information und Mitwirkung im Art. 4 des Raumplanungsgesetzes (RPG) festgesetzt.

Ein bürgerfreundlicher Zugang zu Informationen wurde, neben der steten persönlichen Auskunftserteilung und Beratung bei öffentlichen Planaufgaben, vor allem über die Kommunikationsmittel "Köniz Innerorts" und der Internetseite der Gemeinde Köniz sichergestellt. Zudem wurden Mitwirkungs- bzw. Informations-Veranstaltungen für die Verfahren Bächtelenacker, Forschungsanstalt Liebefeld, Schloss Köniz, Ried/Niederwangen, Station Köniz sowie zur Ortsplanungsrevision durchgeführt.

Qualitätssicherung

Die Weiterentwicklung und -führung der Qualitätssicherung innerhalb von Planungsverfahren ist in den Jahreszielen 2009 der Planungsabteilung formuliert.

Zur Qualitätssicherung ordentlicher Nutzungsplanänderungsverfahren kamen in sechs Verfahren die Checklisten zur Anwendung (Bächtelenacker, Neuhausplatz, Forschungsanstalt, Sägematte, Schloss Köniz, Mosimann Holzbau AG, Oberwangen). Die Formulare dokumentieren einen nachvollziehbaren Verfahrensablauf. Die Einhaltung des auferlegten 'Vier-Augen-Prinzips' reduzierte zudem die Fehlerwahrscheinlichkeit.

Ausbildung

Die Ausbildung einer Raumplanungszeichnerin ist in den Jahreszielen 2008/09 der Planungsabteilung festgeschrieben.

Seit August 2008 wird im Ausbildungsverbund mit der metron AG Bern und Berz Hafner + Partner AG, Bern eine Raumplanungszeichnerin erfolgreich ausgebildet. Die Ausbildung dauert bis 2012 an. Zudem absolvierten im Berichtsjahr zwei angehende Raumplaner ihr Vorbereitungspraktikum für das Studium der Raumplanung an der Hochschule Rapperswil in der Planungsabteilung erfolgreich.

Dienstleistungen/ Fachkompetenzen

Die Gewährleistung der gewohnten und guten Dienstleistungen sowie des breiten Planungswissens sind in den Jahreszielen 2009 der Planungsabteilung festgeschrieben.

Im Berichtsjahr hat die Planungsabteilung ihre Dienstleistungen auf strategischer sowie operativer Ebene weiter qualifiziert. Die Mitarbeitenden bilden sich im Rahmen der Möglichkeiten und abgestimmt auf das Tätigkeitsgebiet laufend weiter.

Ausblick

Ortsplanungsrevision (OPR)

Das Teilpaket Richtplanung ist in Erarbeitung und kommt ab Sommer 2010 zur Öffentlichen Mitwirkung. Das Teilpaket Nutzungsplanung / Revision der baurechtlichen Grundordnung wird 2010 gestartet.

Tram Region Bern (TRB)

Die Vorprojektierung erfolgt bis Ende 2010. Durch die Planungsabteilung wird die Beantwortung siedlungsplanerischer Fragestellungen und Schnittstellen, insbesondere in den Schlüsselbereichen Station Liebefeld, Endhaltestellen Kleinwabern und Schliern und der heutigen Endhaltestelle Linie 9 sowie generell entlang der Linien 9 und 10 sichergestellt.

Aktive Bodenpolitik

Fortsetzung der aktiven Bodenpolitik. Entwicklung diverser gemeindeeigener Landgeschäfte mit geeigneten Planungs- und/oder Wettbewerbsverfahren zur Realisierungsreife (Schlosszone Köniz, Parzelle 5499 Dreispitz, Sägemattstrasse, Rappentöri, Sägestrasse).

Zentrumsplanungen

Die Masterplanung Station Köniz ist zu einem guten Abschluss zu bringen. Die Zentrumsplanung Schliern soll 2010 gestartet werden. Im Wangenbrüggli Niederwangen sind die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen auszulösen.

Ordentliche Änderungsverfahren der baurechtlichen Grundordnung

Grössere, der Ortsplanungsrevision vorgezogene Planungsverfahren sind begonnen und werden weiterbearbeitet und zur Genehmigungsreife gebracht (Überbauungsordnung Ried, ZPP Bike-Park thömus Oberried, Arbeitszone Oberwangen / Mosimann Holzbau AG, ZPP Bächtelenacker Wabern).

Planungsgrundlagen / Dienstleistungen

Als wichtige Anlauf- und Koordinationsstelle für interne und externe Auskünfte sowie Dienstleistungserbringung (Zonenfragen, Baurecht, Baulinienbüro, Planungsinstrumente, Baulandanfragen, grafische Darstellungen auf Karten und Plänen, Arbeitshilfsmittel für Standortmarketing, Liegenschaftsverwaltung und Bauinspektorat) stellt die Planungsabteilung ihre Dienstleistungen stetig und kompetent bereit.

6. Bauaufsicht

(Direktion Planung und Verkehr, DPV)

6.1. Gemeindebaupolizei und Baubewilligungswesen

Wechsel in der Abteilungsführung im Bauinspektorat

Während 18 Jahren leitete Mirko Solan das Bauinspektorat. Auf Ende Juli des Berichtsjahres wurde er pensioniert. Wegen krankheitsbedingten grösseren Arbeitsausfällen seit Anfang Jahr leitete sein ehemaliger Stellvertreter Urs Höschele ad interim das Bauinspektorat. Auf den 1. August wurde er durch den Gemeinderat zum neuen Abteilungsleiter gewählt.

Reorganisation und Analyse Kundenzufriedenheit

Im Laufe des Jahres erfolgte durch einen externen Berater eine Reorganisation im Bauinspektorat. Schwergewichtig überprüft und teilweise angepasst wurden folgende Elemente: Vermehrte Eigenverantwortung und Kompetenzen an Sachbearbeitung, schlankere Prozesse sowie eine effizientere Administration. Gleichzeitig mit der Reorganisation wurde eine Befragung betr. Kundenzufriedenheit durchgeführt. Die Auswertung ergab ein erfreuliches Resultat mit einer sehr positiven Beurteilung der Leistungen von rund 90%.

Baugesuche

Im Berichtsjahr wurden 284 Baugesuche eingereicht, was gegenüber dem Vorjahr (256) eine Zunahme um 11 % bedeutet. Die meisten Baugesuche konnten innert nützlicher Frist bewilligt werden, wobei Verzögerungen meistens durch nicht korrekt eingereichte Akten und Pläne, Projektänderungen und Einsprachen verursacht wurden. Die durch das Bauinspektorat behandelten Nebengesuche sind: Feuerpolizei/Brandschutz, Tankgesuche (Lagerung wassergefährdender Stoffe), energietechnische Massnahmen, baulicher Zivilschutz, Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz im Zusammenhang mit Bauten und baulichen Anlagen, Ausnutzungskataster der Gemeinde, Baumfällgesuche für geschützte Bäume, Umsetzung des Schutzplans Naturobjekte, Vernehmlassungen des Regierungsstatthalteramts im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht.

Voranfragen

Weiter wurden 48 Voranfragen eingereicht, was gegenüber dem Vorjahr (52) einer leichten Abnahme von 8 % bedeutet. Dies ist auf intensivierete persönliche Beratung der Anlaufstelle für Baugesuche zurückzuführen.

Energieberatung / Energienachweis

Bei Neu- und Umbauten von Gebäuden, die einen bestimmten Umfang aufweisen, ist die Eingabe eines energietechnischen Nachweises erforderlich. Dabei wird die Einhaltung von Minimalstandards bei der Dämmung der Gebäudehülle und bei der Erneuerung der Haustechnik gefordert. Das Bauinspektorat hat bei seinen Beratungen laufend darauf aufmerksam gemacht, wie mit gezielten Massnahmen und mit sparsamer Energienutzung sowie unter Berücksichtigung von alternativen Energien, der Energieverbrauch stark reduziert werden kann.

Bau- und Planungskommission

Die Bau- und Planungskommission (BPK) ist eine vom Gemeinderat gewählte Fachkommission, welche Baugesuche und Voranfragen beurteilt, die in geschützten Gebieten oder solchen mit einer Überbauungsordnung liegen oder geschützte Gebäude betreffen. Im Berichtsjahr sind der BPK-Ausschuss und die Gesamtkommission jeweils 12 Mal zusammengetreten. Zusätzlich wurden einige Aufträge durch Delegationen begleitet sowie Kontakte mit den Bauherrschaften beratungsweise aufgenommen. Der BPK-Ausschuss hat 46 Baugesuche und 21 Voranfragen definitiv beurteilt. Zusätzlich wurden durch den Ausschuss 34 Baugesuche und 15 Voranfragen geprüft und durch die Gesamtkommission beurteilt. Mehrere Gesuche oder Voranfragen mussten zwei- oder mehrmals beurteilt werden, vor allem in Fällen, in welchen Änderungen und Anpassungen verlangt wurden.

Beschwerdewesen

Im Berichtsjahr hat sich das Bauinspektorat mit vier neuen Beschwerdefällen vor der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVED) befasst. Die Gesamtübersicht findet sich im Anhang Zahlen.

6.2. Reklame- und Plakatierungswesen

Reklamebewilligung neu als Baubewilligung

Im Berichtsjahr wurden bis zum 31.08.2009 sieben Reklamegesuche eingereicht und bewilligt. Drei Gesuche für Plakatanschlagstellen wurden infolge der Planungszone "Plakatierung" sistiert.

Gemäss Änderungen im revidierten Baugesetz wurden ab 01.09.2009 die Bestimmungen der Verordnung über die Aussen- und Strassenreklame in die Baugesetzgebung aufgenommen. Das Reklamewesen wurde neu in das Baubewilligungsverfahren integriert.

Plakatierungswesen

Das Bauinspektorat führte das Verfahren auf Erlass eines Reklamereglements weiter. In der ersten Jahreshälfte erfolgten die Auswertung der öffentlichen Mitwirkung und die Vorprüfung beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR). In der zweiten Jahreshälfte wurden der Reglementsentwurf und die dazugehörenden Pläne durch eine parlamentarische Kommission beraten.

7. Verkehr

(Direktion Planung und Verkehr, DPV)

7.1. Individualverkehr

Sanierung Kirchstrasse Abschnitt I, Liebefeld

Die Sanierung der Kirchstrasse im Abschnitt Steinhölzlikreisel bis Morillonstrasse ist ein Legislaturziel des Gemeinderats. Das Parlament hat dem Kredit Ende 2006 zugestimmt, im Herbst 2007 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Im Frühjahr 2009 konnte das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden. Mit einem gelungenen Fest am 9. Mai 2009, organisiert durch einen eigens dafür gegründeten Verein, wurde der sanierte Abschnitt im Liebefeld eingeweiht. Die Ziele der städtebaulichen Aufwertung und der Erhöhung der Verkehrssicherheit konnten erreicht werden. Insbesondere der Mittelstreifen, die Mittelbeleuchtung und der neue Kreisel an der Bellevuestrasse trugen als wichtige Elemente zum Erfolg bei. Der zukünftige Kreisel bei der Verzweigung Morillonstrasse ist soweit vorbereitet, dass auf Könizer Boden keine wesentlichen Anpassungen an der Strassengeometrie mehr erfolgen müssen.

Sanierung Kirchstrasse Abschnitt II, Gurtenbühl

Die 2007 durchgeführte Inspektion der Kunstbauten in der Gemeinde Köniz hat gezeigt, dass die Lehnkonstruktion im Abschnitt Kirchstrasse des Gurtenbühlquartiers total erneuert werden muss. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeindebetriebe und einem externen Ingenieurbüro wurde ein Bauprojekt erarbeitet. Die bls mussten in einem ersten Schritt die genaue Lage der geplanten Doppelspurgeleise festlegen, erst dann konnte die Detailplanung der neuen Strassengeometrie erfolgen. Im Bauprojekt ist vorgesehen, das heutige bahnseitig angeordnete Trottoir auf die Quartierseite zu verlegen. Damit kann die Verkehrssicherheit erheblich verbessert werden. Drei Vertreter des Gurtenbühl Leistes wurden über das Projekt und die terminlichen Vorstellungen des Strassenneubaus informiert, sie nahmen mit grosser Genugtuung vom Gesamtprojekt Kenntnis.

Sanierung Kirchstrasse Abschnitt III, Wabern

Die Kirchstrasse im Ortszentrum Wabern befindet sich in einem schlechten Zustand. Auch die Werkleitungen im Untergrund müssen erneuert werden. Gemäss dem vom Gemeinderat verabschiedeten Raumentwicklungskonzept (REK), sollen die Identitäten der Ortszentren gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wurde für den eigentlichen Dorfkern eine Gestaltungsstudie erarbeitet welche das Projekt "Quellfrisch" auf dem Brauereiareal miteinbezieht. Die Gestaltungsstudie wurde dem Wabern-Leist vorgestellt und stiess auf ein positives Echo. Mit diesen Vorgaben wurden Ausschreibungsunterlagen für die Vorprojektphase erarbeitet, der Sanierungssperimeter erstreckt sich von der Eisenbahnunterführung der bls bis zur Einmündung in die Seftigenstrasse. Die Kirchstrasse wies im Bereich des Wabernstocks nach dem strengen Winter 08/09 enorme Schäden auf. Aus Verkehrssicherheitsgründen musste die Fahrbahn daher kurzfristig abgefräst und mit einem provisorischen Belag überzogen werden.

Sanierung Spiegelstrasse

Die Spiegelstrasse im Ortszentrum Spiegel befindet sich in einem schlechten Zustand. Auch die Werkleitungen im Untergrund müssen erneuert werden. Gemäss dem vom Gemeinderat verabschiedeten Raumentwicklungskonzept (REK), sollen die Identitäten der Ortszentren gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund wurde an einer Veranstaltung mit der Bevölkerung im Spiegel die Frage der zukünftigen Standorte der öV-Haltestellen diskutiert. Es hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Anwesenden mit der heutigen Anordnung zufrieden ist. Entsprechend wurde, in Zusammenarbeit mit einer Vertretung des Spiegel Leistes, eine Gestaltungsstudie erarbeitet. Mit diesen Vorgaben wurden Ausschreibungsunterlagen für die Vorprojektphase erarbeitet, darin sollen auch die Sanierung der Stapfenstrasse und des unteren Teils der Bellevuestrasse ab der Verzweigung Spiegelstrasse bis zum bereits sanierten Teil in der Gurten Gartenstadt enthalten sein. Die Spiegelstrasse wies im Zentrumsbereich nach dem strengen Winter 08/09 enorme Schäden auf. Aus Verkehrssicherheitsgründen musste die Fahrbahn daher kurzfristig abgefräst und mit einem provisorischen Belag überzogen werden.

Verkehrssicherheit

In den Legislaturzielen ist übergeordnet festgehalten, dass dem Thema Verkehrssicherheit weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Folgende Projekte wurden bearbeitet:

Wabersackerstrasse

Das Parlament hat den Kredit für die Umgestaltung der Wabersackerstrasse zurückgewiesen mit dem Auftrag, kostengünstigere Varianten zu prüfen. Im Berichtsjahr wurden zwei externe Büros beauftragt, Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Fussgängerstreifen Bellevuestrasse

Das nordöstliche Trottoir der unteren Bellevuestrasse ab der Einmündung Morillontreppe, dient als Schulwegverbindung. Da eine gesicherte Überquerungsmöglichkeit in der Wunschlinie fehlt, wurde ein entsprechendes Baugesuch für einen Fussgängerstreifen mit Mittelinsel auf der Höhe der "Klinik im Spiegel" öffentlich aufgelegt. Eine Einsprache verhinderte, dass das Projekt noch im Berichtsjahr ausgeführt werden konnte.

Verkehrssicherheit Liebewilstrasse

Auf Wunsch der Arbeitsgruppe Verkehr des Ortsvereins Gasel/Mengestorf, wurde auf der Liebewilstrasse im Abschnitt Mengestorf - Liebewil Tempo 60 mit einem markierten Radstreifen signalisiert. Nachmessungen haben ergeben, dass die gefahrenen Tempi immer noch wesentlich zu hoch sind und Massnahmen ergriffen werden müssen. Da auf etlichen gleichartigen Strassenabschnitten in der Gemeinde Köniz zu hohe Tempi gefahren werden, soll mit einer Analyse und einem entsprechenden Massnahmenkatalog eine Gesamtübersicht über die Problematik gewonnen werden.

Blaue Zone Gartenstadt/Liebefeld

Im oberen Teil des Gartenstadtquartieres wurde bei der Einführung von Tempo 30 auf die Parkierungsregelung mit der blauen Zone verzichtet. Da Anwohnde immer wieder von dauerparkierten Fahrzeugen gestört wurden und die Ver- und Entsorgungsfahrten nicht durchwegs garantiert werden konnten, wurde in enger Zusammenarbeit mit der Verkehrsgenossenschaft Gartenstadt ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet und öffentlich aufgelegt. Dagegen sind beim Regierungsstatthalteramt Einsprachen eingegangen, welche alle abgewiesen wurden. Drei Einsprecher zogen den Entscheid ans Verwaltungsgericht weiter, das Verfahren konnte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden.

Begegnungszone Tulpenweg/ Buchseequartier

Auf Initiative der Anwohnerschaft wurde im Buchseequartier im nordöstlichen Abschnitt des Tulpenweges eine Begegnungszone projektiert und nach erfolgreicher öffentlicher Auflage signalisiert.

Sanierung Wanderweg Grünenboden

Das gesamte Wanderwegnetz im Perimeter des Gurtens wird erfreulich rege genutzt. Aus Sicherheitsgründen wurde der teilweise steile Wanderweg durch den Grünenbodenwald auf den Gurten, in enger Zusammenarbeit mit dem Verein Berner Wanderwege, instand gestellt.

Langsamverkehrskonzept

Das Parlament hat am 7. Mai 2007 die Motion Grüne Köniz betr. Velonetz Köniz in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Das Konzept soll in der Ortsplanungsrevision im Richtplan Verkehr einfliessen. Im Berichtsjahr wurde die Schwachstellenanalyse ausgewertet und der Bericht erstellt. Im Wesentlichen wird darin der Handlungsbedarf zur Schliessung von Lücken und Korrekturen im Langsamverkehrsnetz im gesamten Gemeindegebiet aufgezeigt. Ferner werden konkrete Massnahmen definiert und eine Umsetzungsstrategie vorgeschlagen.

Richtplan Verkehr

Das Parlament hat am 15. September 2008 den Kredit für die Ortsplanungsrevision (OPR) bewilligt. Die Revision des Richtplans Verkehr soll mit der OPR erfolgen. Im Berichtsjahr wurde das Projekthandbuch fertiggestellt, die Planungsaufträge an verschiedene Teams vergeben und mit den Arbeiten gestartet. Der Richtplan Verkehr wird in enger Verknüpfung mit der räumlichen Entwicklung neu erarbeitet, die Netze wurden analysiert und der Handlungsbedarf erörtert. Nebst dem Richtplan Verkehr und dem Raumentwicklungsplan entstehen Teilgebietskonzepte mit integralem Inhalt von Raum, Verkehr und Landschaft, welche parallel ebenfalls gestartet wurden. Sie beinhalten fokussierte verkehrliche Inhalte und ergänzen den Richtplan Verkehr.

7.2. Öffentlicher Verkehr

Vorprojekt Tram Region Bern (TRB)

Mit der Bewilligung des Planungskredits TRB durch die Parlamente Ostermundigen, Bern und Köniz konnte die Phase 1 "Erarbeitung Vorprojekt Tram Region Bern" offiziell gestartet werden. Unter der Leitung des Amtes für öffentlichen Verkehr des Kantons Bern wird die Umstellung der Linie 10 (Ostermundigen - Köniz) auf Trambetrieb und die Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern mit hoher Intensität bearbeitet. Im Berichtsjahr wurden die Planerteams für die einzelnen Teilprojekte ausgewählt und die Arbeiten umgehend aufgenommen. In den verschiedenen internen und externen Arbeitsgruppen wird das Projekt mit dem Ziel bearbeitet, im Sommer 2010 ein konsolidiertes Vorprojekt in die Mitwirkung schicken zu können. Der zusätzlichen grossen Arbeitsbelastung konnte mit der Besetzung einer temporären 50%-Assistenzstelle ab Anfang Dezember begegnet werden. Neben den eigentlichen Planungsarbeiten wurde der als sehr wichtig eingestufte Partizipationsprozess mit der Bevölkerung gestartet. Die Kerngruppe, bestehend aus der nichtständigen Kommission Tramprojekte und der Kommission Köniz/Liebefeld mit Vertretungen aus Schliern und Wabern, hat sich zu zwei Sitzungen getroffen. Die nichtständige Kommission hat sich zudem auf der Baustelle Tram Bern West mit der Komplexität eines Tramprojekts vor Ort auseinandergesetzt. An einem Spezialforum zur Tramwendeschleife Schliern wurde in der Mehrzweckanlage Blindenmoos die Öffentlichkeit informiert. Im Grundsatz herrschte an diesem 5. November 2009 über die Variante A3 Plattenweg Konsens. In der folgenden Diskussion meldeten einzelne Exponenten grosse Bedenken insbesondere betreffend dem Kulturlandverlust an. Der Gemeinderat hat sich vor diesem Hintergrund entschlossen, Varianten noch vertiefter zu prüfen. Am öffentlichen Forum zum TRB vom 17. November 2009 haben ca. 80 Personen teilgenommen und in Workshops erarbeitete Anregungen direkt bei den Planerteams deponiert.

Angebotskonzepte ergänzendes Busnetz zu Tram Region Bern (TRB)

Zum konsolidierten Vorprojekt TRB gehört auch die Überprüfung der ergänzenden Busnetze im Perimeter der Tramprojekte. Diese werden unter der Leitung der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) durchgeführt. Köniz ist direkt vom Angebotskonzept Schliern/Bütschliacker und Kleinwabern betroffen. Als Variante zur Erschliessung des Weissenbühlquartiers nach der Umstellung der Linie 10 auf Trambetrieb, stand u.a. die Möglichkeit der Erschliessung mit der Linie 19 (Blinzern-Elfenau) oder eine neue Linienführung 16 (Köniz-Gurten Gartenstadt) zur Diskussion. Im Berichtsjahr wurden die entsprechenden Angebotskonzepte erarbeitet. Die Stadt Bern hat entschieden, das zukünftig von der Tramlinie 3 nicht mehr erschlossene Quartier Weissenbühl mit einer stadtinternen Lösung zu erschliessen. Die potenziellen Linien 19 und 16 auf dem Gemeindegebiet von Köniz fallen daher nicht in Betracht.

Im Bütschliacker konnte auf einen Bericht im Zusammenhang mit dem parlamentarischen Vorstoss aus dem Jahr 2004 zurückgegriffen werden. Im nun aktualisierten Papier wurde der Variantenfaner um einen Shuttlebetrieb Bütschliacker - Eichmattkreisel und Bahnhof Moos - Eichmattkreisel erweitert.

In Kleinwabern konnte aufgezeigt werden, dass der Ast Wabern - Kleinwabern auch nach der Verlängerung der Tramlinie 9 als Quartiererschliessung nach wie vor eine wichtige Funktion aufweist. Die heutige Schlaufenfahrt über die Seftigenstrasse soll mit der Verlängerung der Tramlinie 9 nach Kleinwabern aufgehoben und die Linie in beiden Richtungen über die Alpenstrasse an den neuen ÖV -Knoten (S-Bahn, Tramlinie 9) geführt werden.

Neubau Türme in Niederwangen, Verbindung S- Bahnstation - Riedmoosbrücke

Der Bau der Türme in Niederwangen ist ein Legislaturziel des Gemeinderats. Das Parlament hat dem Kredit Ende Dezember 2006 zugestimmt. Langwierige Bewilligungsverfahren, Einsprachen und die enge Koordination mit den SBB führten dazu, dass die Bauarbeiten erst im Herbst 2009 gestartet werden konnten. In der Ausführung integriert ist auch das Vorhaben der SBB, die Perrons auf die künftig erforderlichen 220 Meter zu verlängern. Die Bauarbeiten gestalten sich auf engstem Raum und unter den grossen Verkehrsbelastungen auf der SBB Strecke Bern - Freiburg wie erwartet als aufwändig. Im Berichtsjahr konnte auf der Riedmoosbrücke eine Busplatte, als zukünftiger Haltepunkt für die Linie 31 (Niederwangen - Ausserholligen), in Fahrtrichtung Niederwangen erstellt werden.

Buserschliessung Ried in Niederwangen

Die Buserschliessung Ried in Niederwangen ist ein Legislaturziel des Gemeinderats. Am 4. Mai 2009 hat das Parlament den Kredit für die dazu notwendige Verbindungsstrasse ins Ried bewilligt, nachdem der Kanton die zusätzlichen Fahrzeugressourcen zugesichert hat. Mit dem externen Ingenieur wurden die Bauarbeiten ausgeschrieben und im August 2009 gestartet. Fristgerecht auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2009 konnte das Verbindungsstück eröffnet und damit ein grosses Quartier mit zwei Haltestellen und einem attraktiven Takt direkt ans Netz des öffentlichen Verkehrs angeschlossen werden.

7.3. Strassenlärmsanierungen

Mit Ausnahme der Lärmschutzwände, die bei der Fertigstellung des Projekts Kirchstrasse Liebefeld errichtet wurden, erfolgten im Berichtsjahr keine weiteren Lärmsanierungen.

8. Strassen

(Direktion Planung und Verkehr, DPV)

8.1. Unterhalt Strassen- und Fusswegnetz / Winterdienst

Sanierung Alpenstrasse

Nachdem das Parlament dem Kredit für die Sanierung der Alpenstrasse zugestimmt hat, wurden die Arbeiten ausgeschrieben und im Berichtsjahr in Angriff genommen. Sie verlaufen nach Plan, der erste Abschnitt Weyerstrasse - Maygutstrasse wurde fertig gestellt. Die Bauarbeiten konnten ohne nennenswerte Ereignisse oder Unfälle ausgeführt werden. Der Feinbelagseinbau und damit die Schlussarbeiten sollen zusammen mit dem Los II, das 2010 ausgeführt wird, erfolgen.

Margelweg

Die bei Erholung Suchenden beliebte Fusswegverbindung zwischen dem Köniztal und Schliern ist in Privatbesitz, jedoch im Fuss- und Radwegnetzplan des Richtplans Verkehr enthalten. Im Abschnitt des Sollrütiwaldes ist der Weg immer wieder steinschlaggefährdet, er musste aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Vor diesem Hintergrund wurde, in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Weggenossenschaft Margelweg und einem Geologen, nach Sanierungslösungen gesucht. Mit einer gezielten Ausholungsaktion und der Felsräumung durch eine Spezialquipe soll der Weg wieder geöffnet und gefahrlos begangen werden können.

Schwarzenburgstrasse

Die Schwarzenburgstrasse befand sich nach dem strengen Winter 2008/09 im Abschnitt Grenzweg bis Kohlenweg im Liebefeld in einem derart schlechten Zustand, dass die Verkehrssicherheit mit einer provisorischen Belagssanierung bis zur Totalsanierung im Rahmen des Baus der neuen Tramlinie Ostermundigen - Schliern sicher gestellt werden musste.

Sensemattstrasse Thörishaus

Nachdem das Parlament dem Gesamterneuerungskredit im Jahr 2008 zugestimmt hat, erfolgte der Rohbau im oberen Abschnitt (Freiburgstrasse - SBB-Unterführung) noch im Vorjahr. Im Berichtsjahr wurden im Frühling der Rohbau im unteren Abschnitt (SBB-Unterführung - Gemeindegrenze) und im Herbst der Deckbelag auf der ganzen Strecke ausgeführt.

Übriger Unterhalt

Der Dienstzweig Unterhalt ist verantwortlich für den baulichen- und betrieblichen Unterhalt der Strassen. Im Berichtsjahr wurden folgende grössere Unterhaltsarbeiten ausgeführt:

- Liebewilstrasse: Neuer Deckbelag Abschnitt Hardweg - Haarnadelkurve
- Krummeneggweg: Neuer Deckbelag
- Bogengässli: Neuer Deckbelag
- Wangentalstrasse: Ersatz Belag Abschnitt Bogengässli - Juchstrasse (Deckbelag und Fertigstellung 2010)
- Spiegelstrasse: Provisorische Belagssanierung im Abschnitt Chasseralstrasse - Steingrubenweg
- Kirchstrasse: Provisorische Belagssanierung beim Wabernstock
- Fusswegverbindung Stapfenstrasse - Blinzernstrasse: Ersatz der Treppe
- Fusswegverbindung Weiermattweg - Landorfstrasse: Betonsanierung der Treppe
- Landorfstrasse: Verstärkung und Betonsanierung von zwei Unterführungen im Ried
- Bahngässli: Betonsanierung und neues Geländer Brücke über den Stadtbach
- Grabenmühlestrasse: Betonsanierung und neues Geländer der Brücke über den Gaselbach im Ribeli
- Bellevuestr./Morillontreppe: Belagsersatz in Zusammenarbeit der Sanierung Kirchstrasse
- Hasenbrunnenweg: Sanierung der Treppe entlang der Gurtenbahn
- Landorfstrasse: Ersetzen der Kontrollschachtdeckel
- Zumbachstrasse: Belagsersatz auf Trottoir und Fussweg Kinderspielplatz
- Lillienweg: Belagsersatz Trottoir

- Riedmoosstrasse: Belagsarbeiten an der Wangentalstrasse bis Gemeindegrenze
- Fussweg Chaumontweg - Dählenweg: Belagsersatz.

Winterdienst

Die Gruppe Strassenunterhalt ist für den Winterdienst auf öffentlichen Strassen zuständig. Dafür wird das eigene Personal eingesetzt, zusätzlich stehen externe Firmen und Landwirte mit Ihren Fahrzeugen unter Vertrag. Der Winter 2008/2009 war, im Vergleich mit den Vorjahren, ausserordentlich kalt und schneereich. So wurden für die Monate Januar, Februar und März 342 t Salz und 318 m³ Splitter eingesetzt, was weit über dem Durchschnitt liegt. Für den Mehraufwand musste ein Nachkredit in der Höhe von rund Fr. 136'000.- bewilligt werden. Erstmals seit langer Zeit mussten aus Verkehrssicherheitsgründen während den Wintermonaten Belagsschäden an der Stapfen- Spiegel- und der Kirchstrasse behoben werden, was Zusatzkosten von rund Fr. 100'000.-- verursachte. Im Berichtsjahr sind die Organisation sowie der Mitteleinsatz im Winterdienst überprüft worden. Der Schlussbericht wird 2010 erwartet.

8.2. Öffentliche Beleuchtung

Der Dienstzweig Unterhalt ist verantwortlich für die Sicherstellung der Beleuchtung von öffentlichen Strassen, Wegen und Treppen inkl. Kantonsstrassen. Das Arbeitsfeld teilt sich in die Bereiche Neuerstellung und übriger Unterhalt.

Neuerstellungen

Folgende Anlagen wurden neu erstellt:

- Schulwegsicherung Spiegel, Spiegelstrasse bis Granitweg als Fahr- und Fussweg mit neuen energieeffizienten LED Leuchten und einer Gesamtlänge von 150 m.
- Looserstrasse, Verbindungsweg Looserstrasse - Seftigenstrasse
- Park Liebefeld, Verbindungswege und Teichbeleuchtung

Folgende Anlagen der Gemeinde wurden im Zusammenhang mit Strassensanierungen oder Anlagenunterhalt ebenfalls den neuen Anforderungen angepasst oder saniert:

- Gurtentreppe: Ab Talstation, auf einer Länge von 150m wurde der Handlauf neu gerichtet und mit LED-Leuchten ausgestattet. Die alte Beleuchtung auf Holzstangen ist abgebrochen worden.
- Sensemattstrasse: Im oberen Teil der Sensemattstrasse ist die Beleuchtung auf bestehenden Masten mit neuen Leuchten umgerüstet worden. Damit wird erreicht, dass die stark befahrenen Strasse, welche ebenfalls als Schulweg dient, beleuchtungsmässig stark aufgewertet und den Verkehrsbedürfnissen angepasst ist. Der untere Teil ist einer Gesamtsanierung unterzogen worden. Durch die neue Überbauung seitens der Gemeinde Neuenegg ist mit mehr Fussgängeraufkommen zu rechnen und somit ist die Beleuchtung total erneuert worden.
- Kirchstrasse Liebefeld: Die gesamte Beleuchtung ist durch die Gesamtsanierung der Kirchstrasse mit einer Mittelzonenbeleuchtung ausgestattet worden. Die Tageswirkung der Anlage sowie die Ausleuchtung in der Nacht sind gut gelungen und haben sich bewährt. Auch diese Anlage wurde an eine Gesamtlichtmengenregulierung angeschlossen, welche in der späten Nacht die Energie dimmt.
- Hildegardstrasse: Im Anschlussperimeter der Kirchstrasse wurde die Hildegardstrasse ebenfalls gesamterneuert und im Bereich des rückwärtigen Trottoirs mit Gehwegleuchten umgerüstet.

Sanierung im Auftrag des Kantons

- Die Beleuchtung an der Freiburgstrasse in Thörishaus wurde im Zuge der Dreibrückensanierung mit energieeffizienten Leuchten und Leuchtmitteln zu Lasten des Kantons erneuert.

Übriger Unterhalt

Der Auftrag der Beleuchtungsgruppe beinhaltet auch den Anlagen - sowie den Betriebsunterhalt der Strassenbeleuchtung. Bei gemeindeeigenen Leuchten sind 524 Lampen ausgewechselt worden. Bei Privaten 4 sowie bei Kantonsbeleuchtungen 91 Lampen. Für Anlagenunterhalt und Neuerstellungen wurden 3'511 m Netzkabel in Werkleitungen eingezogen. 13 Verkehrsunfälle verursachten Beschädigungen an Kandelabern oder Inselfosten, sie mussten repariert werden.

9. Fahrzeugdienst

(Direktion Planung und Verkehr, DPV)

9.1. Betrieb und Unterhalt von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten / Betrieb Tankstelle und Autowerkstatt

Der Dienstzweig Unterhalt ist verantwortlich für den wirtschaftlichen Betrieb, die Wartung und den Ersatz der gemeindeeigenen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte.

Fahrzeugpark

Im Berichtsjahr konnte der zum Teil stark in die Jahre gekommene Fahrzeugpark mit folgenden Ersatzbeschaffungen erneuert werden:

- Ersatz eines ausgedienten Kerichtlastwagen durch ein Fahrzeug, das den neusten Abgasnormen Euro 5 entspricht und zusätzlich mit einem Partikelfilter ausgestattet ist. Das Chassis von MAN und der Aufbau von Ochsner erlauben eine einfache Ersatzteilbeschaffung und Serviceleistungen in der Region. 2010 werden 2 weitere Kerichtlastwagen durch denselben, neuen Typ ersetzt.
- Ersatz Lieferwagen Kanalunterhalt durch ein Fahrzeug mit Partikelfilter
- Ersatz Pikettfahrzeug der Autowerkstatt (Occasion)
- Ersatz eines Poolfahrzeugs Areal 101 mit einem Fahrzeug, das der Energieklasse A entspricht
- Ersatz Aebi-Transporter durch einen Traktor für den Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung
- Ersatz eines ehemaligen Armee-Pinzgaueres für den Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung. Damit konnte ein äusserst energieineffizientes Fahrzeug durch ein passendes mit Katalysator ersetzt werden.
- Ersatz eines 26 jährigen Kleintraktors für den Strassenunterhalt. Die Ersatzteilbeschaffung gestaltete sich für dieses Fahrzeug nach so vielen Jahren zunehmend schwierig.

Tankstelle

Der sichere und zuverlässige Betrieb und Unterhalt der Tankstelle für Gemeindefahrzeuge gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Dienstzweigs Unterhalt (Treibstoffverbrauch siehe Zahlen teil).

10. Individuelle Sozialhilfe

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

10.1. Sozialberatung

Wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz leisten und Bedürftigen persönliche Hilfe gewähren

Dieses Produkt beinhaltet Leistungsangebote der individuellen Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz. Die Leistungen werden bedürftigen Personen erbracht, ohne Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene (Produkt 14.1). Es sind 1121 (Vorjahr 1096) Unterstützungsdossiers geführt worden, was einer leichten Zunahme von 2,2 % entspricht. Hinzu kommen 104 Präventivberatungen, welche nach dem ersten oder zweiten Gespräch geschlossen werden, weil kein Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe besteht. Seit 1. Juli 2008 werden auch vorläufig Aufgenommene mit Aufenthalt von mehr als 7 Jahren nach Sozialhilfegesetz unterstützt.

Die Ergebnisse des Projekts Sozialhilfemissbrauch und die kantonale Schlussfolgerung wurden analysiert. Die erforderlichen Massnahmen werden im Rahmen der laufenden Organisationsentwicklung aufgenommen und/oder sind bereits vollzogen.

Lehrstellen vermitteln

Mit der Legislaturplanung wurde der Auftrag erteilt, Lehrstellen und Praktikumsplätze zu schaffen und AnwärterInnen auf Lehrstellen und Praktikumsplätze zu vermitteln und zu betreuen. In Zusammenarbeit mit dem Projekt inizio der Stadt Bern sind für Könizer Jugendliche durch inicio und den DWB 10 (15) neue Lehrstellen (inkl. Vorlehren und Praktika) geschaffen worden. Von 18 (9) bei inicio und beim DWB angemeldeten Jugendlichen haben 15 (8) eine Lehrstelle gefunden.

Geschützte Arbeitsplätze

Für nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbare Erwerbslose sind gemäss Legislaturplanung 10 geschützte Arbeitsplätze (1000 Stellenprozente, aufgeteilt in Teilzeitstellen) bereit zu stellen. Das Recycling-Projekt Fractio hat 2009 eine Auslastung von 91.5% (77.85%) ausgewiesen. Die vielen Absenzen und die Unzuverlässigkeit etlicher Programmteilnehmenden sind die Hauptgründe, dass das Ziel der vollen Auslastung nicht zu erreichen war. Die meisten der im Fractio Beschäftigten sind Langzeitarbeitslose und kämpfen mit physischen und/oder psychischen Problemen. Sie werden kaum mehr im 1. Arbeitsmarkt integriert werden können. Ihre Arbeitsleistungen sind sehr unterschiedlich - das Arbeitstempo ist verlangsamt. Die geplante Kostendeckung konnte nicht erreicht werden. Die Teilnehmenden zerlegten weniger Elektro- und Elektronikgeräte als ursprünglich erwartet. Die GEF wird ab 2010 das Defizit übernehmen, maximal 60'000 Franken.

10.2. Bereitstellung Alimentenbevorschussung und - inkassohilfen

Bevorschussung und Inkasso bevorschusster Unterhaltsbeiträge

Inkassohilfe für nicht bevorschusste Ansprüche und Frauenalimente

Das Gesetz über die Inkassohilfe und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder verpflichtet zur Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. Die Bevorschussungsmonate sind um 2,93% (3,63%) auf 2'389 angestiegen. Die einkassierten Unterhaltsbeiträge entsprechen 47,51% (47,44%) der bevorschussten Summe. Inkassohilfe für Frauenalimente, die nicht im Zusammenhang mit Kinderalimenten einkassiert werden, wurde in zwei Fällen gewährt.

10.3. Bereitstellung Zuschuss nach Dekret (ZuD)

Wirtschaftliche Hilfe an Rentenbeziehende (mit und ohne Ergänzungsleistungen) leisten zur Deckung des sozialen Existenzminimums / Persönliche Hilfe in besonderen Fällen

Rentenverwaltungen

Für bedürftige Personen mit Anspruch auf Leistungen der Alters- und Hinterlassenen- und Invalidenversicherung richten die Gemeinden an Stelle der Sozialhilfe besondere Zuschüsse aus. Die Fallzahl ging per Stichtag 31. Dezember 2009 von 156 auf 126 Fälle zurück, weil die Einkommensgrenzen nicht an die erhöhte EL angepasst wurden. Das Handbuch ZuD ist soweit erstellt, als zu wichtigen Fragen aus dem Praxisalltag Vorgaben gemacht werden mussten. Weil die GEF den ZuD aufheben will, wird auf den systematischen Ausbau des Handbuchs verzichtet.

11. Vormundschaft

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

11.1. Leistungen der Vormundschaftsverwaltung

Vormundschaftliche Abklärungen (aufgrund von Gefährdungsmeldungen, Anträgen etc.)

Die Vormundschaftsverwaltung hat im Auftrag der Vormundschaftsbehörde sämtliche Abklärungen über Kinder und Erwachsene aus dem Vormundschafts-, Kindesrechts- und Kindesschutzbereich vorzunehmen und ist im Auftrage der DBS zugleich Anlauf- und Koordinationsstelle für häusliche Gewalt. 2009 wurden 332 Abklärungen durchgeführt, 16 mehr als im Vorjahr.

Unterstützung der Vormundschaftsbehörde bei der Errichtung, Begleitung und Aufhebung von Massnahmen (Vormundschaftssekretariat)

Gemäss Gemeindereglement ist die Vormundschaftsbehörde als ständige Kommission für das gesamte Vormundschaftswesen inkl. Kindesrecht, Kindesschutz und erbrechtliche Interessenvertretung zuständig. Die Anzahl der Massnahmen hat per 31.12.2009 mit 581 (Vorjahr 534) um 47 Fälle zugenommen.

Rekrutierung, Beratung und Begleitung von Privatbetreuenden

Gemäss Direktionsziel sind 50% der Erwachsenenmassnahmen durch Privatpersonen zu führen. Diese Vorgabe konnte mit einem Anteil von 50,59% an Privatpersonen per 31.12.2009 leicht übertroffen werden.

Aufsicht über die bewilligungspflichtigen Pflegeplätze

Gemäss den kantonalen und bundesrechtlichen Bestimmungen sind Familienpflegeplätze zu bewilligen und zu beaufsichtigen. Die Anzahl der Familienpflegeverhältnisse per 31.12.2009 ist mit 24 (21) um 3 Fälle gestiegen.

11.2. Amtsvormundschaft und Unterhaltsregelungen

Gemäss Art. 41 EGzZ GB können vormundschaftliche Massnahmen an Amtsvormunde übertragen werden. Die Amtsvormundschaft führt diese Mandate, soweit die Vormundschaftsbehörde diese Aufgabe nicht privaten Betreuerinnen oder Betreuern zuweist. Insgesamt sind 592 (555) Mandate betreut worden, inkl. Vaterschafts- und Unterhaltsregelungen.

11.3. Bestattungs-, Erbschafts- und Siegelungsdienste

Organisation und Bewilligung von Bestattungen

Gemäss Friedhof- und Bestattungsreglement sind im Todesfall die Bestattungen zu organisieren und zu bewilligen. 2009 wurden 332 Todesfälle gemeldet (368), davon 40 (47) von Auswärtigen. Anzahl der in Köniz erfolgten Bestattungen: 251 (297), davon 35 (48) Erdbestattungen und 216 (249) Urnenbestattungen. Anzahl der auswärts Bestatteten: 81 (71).

Aufbewahrung und Eröffnung von letztwilligen Verfügungen und Erbverträgen

Gemäss Art. 6 EG zum ZGB sind bei der Gemeinde 34 (41) Testamente neu deponiert worden. Durch den Testamentsdienst wurden 82 (88) Testamente neu eröffnet. Insgesamt waren Ende 2009 552 Testamente bei der Gemeinde eingelagert.

Sicherung von Nachlässen

Entsprechend der Verordnung über die Errichtung des Inventars sind total 292 Siegelungsverhandlungen geführt worden. In 22 Fällen (20) wurden Siegel angelegt und in 14 (20) Fällen erfolgten weitere Sicherungsmassnahmen. Zudem wurden 51 (57) Erbschaftsinventare angeordnet.

12. Sozialversicherungen

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

12.1. Dienstleistungen Zweigstelle AHV

Führung der Zweigstelle der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Die Gemeinde ist gemäss Art. 7 EG AHVG verpflichtet, eine Zweigstelle der Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB) zu führen. Die fachliche Verantwortung für diesen Verwaltungsbereich liegt bei der kantonalen Ausgleichskasse. Diese Leistungen werden der Gemeinde mit einer Verwaltungskostenentschädigung vergütet. Die Gemeinde Köniz hat sich wie andere grössere Gemeinden verpflichtet, "selbstständig richtige Auskünfte auf Fragen von Versicherten und Beitragspflichtigen zu erteilen". Dafür stellt die AKB EDV-Mittel bereit, damit der direkte Zugriff auf die Daten der kantonalen Ausgleichskasse möglich ist und sie entschädigt jährlich mit einem Franken pro Einwohner.

Wahrnehmung des Informationsauftrags für alle Versicherte in Angelegenheiten der 1. Säule (AHV/IV/EL etc.)

Die Gemeinden sind beauftragt, die interessierten Personen über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und durch Publikationen auf die Leistungen und Anspruchsvoraussetzungen der Versicherung aufmerksam zu machen. Das Parlament hat diesen Auftrag ausdrücklich bestätigt, indem es verlangte, die Information über die Zusatzleistungen zur AHV und IV zu verbessern. Dieser Informationspflicht kommt die Zweigstelle nach, indem sie jährlich sämtliche Neurentnerinnen und Neurentner der Gemeinde anschreibt und auf die Ergänzungsleistungen aufmerksam macht. Ebenfalls erscheinen regelmässig Publikationen im Amtsanzeiger.

12.2. Dienstleistungen Arbeitsamt

Vollzug der vom Kanton übertragenen Aufgaben (Erstanmeldung, Informationsabgabe)

Das Arbeitsamt nimmt gemäss Arbeitsmarktverordnung die Anmeldungen von Stellensuchenden entgegen, kontrolliert die Personalien, gibt Informationsmaterial ab und leitet die Erstanmeldungen an die Regionale Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) weiter. Insgesamt sind 1'222 (1'052) Anmeldungen entgegen genommen worden.

12.3. Bereitstellung Beiträge an Kanton und an Sozialhilfeausgleich

Abrechnung der Gemeindebeiträge an den Kanton über AHV-Renten, Invalidenversicherung und Ergänzungsleistungen

Gemäss neuer Finanzausgleich (NFA) sind die Gemeindebeiträge an AHV- und IV-Renten ab 2009 entfallen. Weiterhin geschuldet ist der Beitrag an die Ergänzungsleistungen. Die Gesamtheit der Gemeinden trägt 50% der Kosten, welche zulasten des Kantons Bern verbleiben. Der Anteil der einzelnen Gemeinden bemisst sich nach der Wohnbevölkerung und betrug 2009 für Köniz Fr. 7'339'882.00.

Mit der Einführung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen per 1. Januar 2009 haben Nichterwerbstätige Anspruch auf Familienzulagen. In Artikel 25 des Gesetzes über die Familienzulagen ist die Pflicht der Gemeinden festgelegt worden, die Familienzulagen für Nichterwerbstätige über den Lastenausgleich nach Artikel 25 FILAG mitzufinanzieren. Die Pflicht wird damit begründet, dass die Sozialhilfe entlastet werde. Dieser Gemeindebeitrag ist neu in das Budget aufgenommen worden.

Leistung des Gemeindeanteils am Sozialhilfelastenausgleich

Die Gesamtkosten der Sozialhilfe im Kanton Bern pro 2008 haben Fr. 731'503'797.00 betragen. Die Gemeinden haben davon 50% zu finanzieren. Sie verteilen diesen Beitrag nach Einwohnerzahl. Der Gemeindeanteil von Köniz beträgt Fr. 14'201'423.20.

13. Institutionelle Sozialhilfe

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

Die institutionelle Sozialhilfe ist gemäss Sozialhilfegesetz Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden.

13.1. Suchthilfe und Präventionsangebote

Im Hinblick auf die kantonale strategische Neuausrichtung im Sucht- und Präventionsbereich ist ab 2011 mit Veränderungen zu rechnen. Welche Auswirkungen dies auf die Suchtberatung und die Prävention der Gemeinde haben wird, kann im heutigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden. Die Abteilung Alter, Jugend und Gesundheit (AJG) geht davon aus, dass ab Mitte 2010 neue Erkenntnisse vorliegen und die Auswirkungen beurteilt werden können.

Suchtberatung

Suchthilfe im Rahmen der institutionellen Sozialhilfe. Beratung, Betreuung und Behandlung von Einzelnen, Familien und Gruppen gemäss Konzept der Berner Gesundheit (BEGES).

Kurzkontakte und Kurzberatungen	2006	2007	2008	2009
Abklärung, Informationsvermittlung, Triage an Dritte	*	*	9	7
Kurzberatungen per Telefon, Mail u. a.	*	*	8	15

Beratungen/Therapie	2006	2007	2008	2009
Anzahl Fälle (kumuliert)	155	120	143	148
Anzahl Beratungsgespräche	471	456	641	672
Anzahl Leistungseinheiten (1/4 Std = 1 LE)	*	*	7'087	6'831

Die Anzahl der kumulierten Fälle ist gegenüber dem Vorjahr um 3% angestiegen. Im Mittelwert über vier Jahre ist eine Zunahme von 4.6% zu verzeichnen.

Die Beratungsgespräche haben gegenüber dem Vorjahr um rund 5%, im Mittelwert über vier Jahre sogar um 19 % zugenommen.

Die Anzahl der Leistungseinheiten hat gegenüber dem Vorjahr um 4% abgenommen.

Kundenzufriedenheit	2006	2007	2008	2009
Zufriedenheit mit dem Beratungsangebot (Zustimmungsquote)	*	75%	81%	80%

*Die Reportingdaten zwischen der Gemeinde und der Berner Gesundheit (Vorgaben Kanton) wurden 2008 harmonisiert, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Aus diesem Grund liegen teilweise keine Vergleichsdaten vor.

Die Kundenzufriedenheit bezüglich Angebot und Qualität der Beratungen ist mit 80% praktisch gleich hoch geblieben.

Häufigste Anlassthemen waren Alkohol mit 40%, gefolgt von Cannabis mit 27% und Essstörungen mit 10%. 27% betrafen verschiedene andere Themen (harte Drogen, Methadon, Schlaf- und Beruhigungsmittel, etc.).

Sensibilisierung und Schulung	2006*	2007*	2008	2009
Anzahl Aktivitäten	5	5	11	13
Anzahl Leistungseinheiten (1/4 Std = 1 LE)	*	*	858	278

Die Abnahme der Leistungseinheiten erklärt sich dadurch, dass dieses Jahr keine Standaktion zum Thema Sucht statt gefunden hat.

Das Coaching für Fachpersonen wurde insbesondere durch die Verwaltung, die Schulen, die Schulsozialarbeit und die Jugendarbeit in Anspruch genommen.

Rund ein Viertel der Zuweisungen ist über gemeindeinterne Anmeldungen der Sozialberatung, der Vormundschaftsverwaltung und der Amtsvormundschaft erfolgt, wobei die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung (DWB) besonders hervorzuheben ist. Die Hälfte der Anmeldungen erfolgte direkt über die Klientinnen und Klienten. Die restlichen Zuweisungen erfolgten von Ärzten, der Spitex, dem Jugendgericht und dem Strassenverkehrsamt.

Ein Viertel der Klientschaft hat einen Migrationshintergrund.

Jugend- und Familienberatung

Präventive Beratung, Betreuung und Behandlung von Einzelnen, Familien und Gruppen im Rahmen der individuellen Sozialhilfe

Kurzkontakte und Kurzberatungen	2006	2007	2008	2009
Abklärung, Informationsvermittlung, Triage an Dritte	*	*	15	17
Kurzberatungen per Telefon, Mail u. a.			34	30

Beratungen/Therapie	2006*	2007*	2008	2009
Anzahl Fälle (kumuliert)	164	170	159	165
Anzahl Beratungsgespräche	562	619	490	577
Anzahl Leistungseinheiten (1/4 Std = 1 LE)	*	*	5'731	6'623

Die Anzahl der kumulierten Fälle ist gegenüber dem Vorjahr um rund 4% angestiegen. Das Jahr 2009 bewegt sich im Mittelwert der letzten vier Jahre.

Die Beratungsgespräche haben gegenüber dem Vorjahr um rund 18%, im Mittelwert über vier Jahre um rund 3% zugenommen.

Die Anzahl der Leistungseinheiten hat gegenüber dem Vorjahr um rund 16% zugenommen.

Häufigste Anlassthemen waren psychische Gesundheit, Familienbeziehungen (insbesondere Trennung, Scheidung und Erziehungsfragen) und Partnerschaft. Der Trend einer Zunahme von Familienberatungen mit mehreren Familienmitgliedern hat sich fortgesetzt.

Kundenzufriedenheit	2006	2007	2008	2009
Zufriedenheit mit Beratungsangebot (Zustimmungsquote)	84%	75%	80%	73%

Die Kundenzufriedenheit bezüglich Angebot und Qualität der Beratungen hat gegenüber dem Vorjahr um 9% im Mittelwert über vier Jahre um rund 6% abgenommen. Insbesondere bei Klienten, welche durch Amtsstellen zugewiesen werden, ist eine tendenziell negative Beurteilung zu verzeichnen.

Sensibilisierung und Schulung	2006	2007	2008	2009
Anzahl Aktivitäten	7	12	8	16
Anzahl Leistungseinheiten (1/4 Std = 1 LE)			30	125

Das Coaching für Fachpersonen wurde insbesondere durch die Verwaltung, die Schulen, die Schulsozialarbeit und die Jugendarbeit in Anspruch genommen.

Prävention

Gesundheitsförderung, Prävention, Beratung, Information und Früherkennung im Rahmen der institutionellen Sozialhilfe.

Früherfassung an den Schulen

Früherfassung Schulen	2006	2007	2008	2009
Anzahl Schulen	17	17	17	17
Anzahl Lehrkräfte und Behördenmitglieder	440	440	440	440

Erneut bildeten die Themen Mobbing und Gewalt einen Schwerpunkt. Fallbesprechungen in Form von Supervision und Intervision sowie die Erarbeitung und Überprüfung von Schulhausregeln sind nun an den meisten Schulen Standard. Auf der Schülerebene haben verschiedene Schulen Konfliktlösungsprogramme, wie das Programm "Chili" vom Roten Kreuz, weitergeführt. Das Programm zur Bewegungsförderung wurde überarbeitet, den Bedürfnissen der Kindergärten angepasst und neu unter dem Namen 'Sprigula' ('Springe, Gumpe, Lache') weitergeführt.

Früherfassung in der organisierten Jugendarbeit

Im Auftrag von Swissolympic wurde an einer nationalen Weiterbildung für Trainerinnen und Trainer ein Workshop zum Thema 'Tabak' durchgeführt. Weitere Angebote in diesem Bereich mussten infolge Prioritätensetzung in anderen Bereichen zurückgestellt werden.

Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit

Bildungsveranstaltungen	2006	2007	2008	2009
Anzahl Kurse und Veranstaltungen	27	17	38	32
Anzahl beteiligte Personen	1'162	960	1'069	1'012

An 32 Veranstaltungen wurden 1'012 Personen erreicht. In diesem Jahr hat die Fachstelle Prävention in Zusammenarbeit mit "security4kids" von Microsoft mehrere Veranstaltungen zum Umgang mit den neuen Medien angeboten. Dieses Angebot ist auf reges Interesse gestossen. Weitere Veranstaltungen wurden zu den Themen Gruppendruck und Aussenseiter, Suchtmittelkonsum, Qualitätszeit mit Jugendlichen sowie Ernährung und Bewegung angeboten. Die Fachstelle Prävention hat 1'600 Elternbriefe der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme an sämtliche Eltern von 13- und 14-jährigen Jugendlichen verschickt. Inhalte der Elternbriefe bilden Erziehungsfragen im Umgang mit Alkohol, Tabak und anderen Drogen sowie weitere Erziehungsthemen.

Beratungen und Interventionen

Beratung, Interventionen und Anfragen	2006	2007	2008	2009
Anzahl	155	130	99	123
Anzahl beteiligte Personen	177	156	123	330

Die Fachstelle hat 123 Anfragen erhalten und Beratungen durchgeführt. Wiederum wurden verschiedene Lehrkräfte bei der Bearbeitung von schwierigen Klassensituationen beraten. Entsprechende Unterstützung ist organisiert worden. Die Komplexität vieler Fälle verlangt vermehrt nach Beratung von Gruppen und Vermittlung bei Konflikten. Auffallend ist, dass Gruppenberatungen mit mehreren Personen zunehmend sind.

Öffentlicher Raum

Die Tendenz, dass Jugendliche ihre Freizeit vermehrt im öffentlichen Raum verbringen, hat auch in der Gemeinde Köniz wieder an verschiedenen Orten zu Konflikten geführt, bei denen die Fachstelle zur Intervention hinzugezogen wurde. Im Bernaupark ist es gelungen, einerseits in Gesprächen mit Jugendlichen, andererseits mit vermehrter Präsenz und Kontrolle, die Situation zu beruhigen.

Jugendschutz

Aufgrund der Rechtsunsicherheit hat die Fachstelle keine Testkäufe durchgeführt. Das Fachwissen und die Erfahrungen der Fachstelle Prävention bei der Durchführung von Testkäufen sind vom Bundesamt für Gesundheit zur Entwicklung des Handbuchs "Testkäufe" verwendet worden.

13.2. Angebote zur sozialen Integration

Beratung und Entwicklung

Angebote der sozialen Integration sind:

Die Erarbeitung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zuhanden der Entscheidungsträger (Gemeinde, Kanton), die Bereitstellung von Angeboten zur sozialen Integration in eigener Sache oder in Zusammenarbeit mit externen Leistungserbringern, die Koordination aller gemeindeeigenen, öffentlichen, halbprivaten und privaten Einrichtungen sowie das Controlling und Reporting im Rahmen der institutionellen Sozialhilfe.

Demografische Entwicklung der Altersgruppe 00 - 64 Jahre (ohne Wochenaufenthalter)

	2005	2009	Prognose 2010	Prognose 2015	Prognose 2020	Prognose 2030
00 - 06 Jahre	2'393	2'529	2'189	2'215	2'346	2'471
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	6.4%	6.6%	5.8%	5.8%	6.1%	6.4%
07 - 11 Jahre	1'952	1'744	1'745	1'591	1'583	1'763
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	5.2%	4.5%	4.6%	4.2%	4.1%	4.6%
12 - 16 Jahre	2'021	1'995	1'957	1'781	1'625	1'700
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	5.4%	5.2%	5.2%	4.7%	4.2%	4.4%
17 - 19 Jahre	1'259	1'271	1'423	1'434	1'351	1'107
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	3.4%	3.3%	3.8%	3.8%	3.5%	2.9%
Total 00 - 19 Jahre	7'625	7'539	7'314	7'020	6'906	7'041
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	20.4%	19.6%	19.3%	18.4%	18.0%	18.2%
20 - 64 Jahre	23'070	23'560	23'204	23'112	22'885	21'613
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	61.6%	61.2%	61.2%	60.6%	59.7%	55.9%
Jugendquotient 0-19 / 20-64 Jahre in%	33.1%	32.0%	31.5%	30.4%	30.2%	32.6%

Statistik der Entwicklung der Altersgruppen in der Gemeinde Köniz (ohne Wochenaufenthalter). Prognose ab 2010 gemäss Szenario A-00-2002 "Trend", Bundesamt für Statistik.

Konzept Jugend und Familie

Infolge der verschiedenen parlamentarischen Vorstösse wurden im Jahre 2009 erste Grundlagen für ein Konzept erarbeitet (Bestandesaufnahme der Angebote, Situationsanalyse, sowie Aufbau einer Datenbank).

Information Jugend und Familie

Die Aufgaben der bisherigen Infostelle Kind, Jugend und Familie wurden per Ende 2009 in die Fachstelle Jugend und Familie überführt.

Familienergänzende Betreuungsangebote

	2006	2007	2008	2009
Anzahl Kindertagesstättenplätze per 31.12.2009	84	120	127	139
Anzahl Betreuungsstunden Tagespflege	103'096	119'808	151'721	157'223

*Bemerkung: 2'160 Betreuungsstunden entsprechen 1 Kita-Platz

Im Jahr 2009 konnten die Kindertagesstätten um 12 weitere Plätze ausgebaut werden. Seit dem Jahr 2006 wurden somit insgesamt 55 Plätze geschaffen. Das Legislaturziel, welches den Ausbau von 48 bis 60 Plätzen vorsah, wurde damit erreicht. Gleichzeitig ist auch bei der Betreuung in Tagesfamilien eine kontinuierliche Zunahme zu verzeichnen.

Jugendarbeit

In Zusammenarbeit mit dem Spiegel-Leist, dem Elternrat, der Schule, der Kirchgemeinde und der Jugendarbeit, konnte der Jugendtreff Spiegel kurzfristig wieder eröffnet und die offene Jugendarbeit auf das Gemeindegebiet Spiegel-Blinzern ausgedehnt werden.

Infolge anderer Prioritätensetzung hat sich die Realisierung eines Ersatzstandorts für den Jugendtreff Köniz-Liebefeld verzögert. Die Jugendarbeit Köniz konzentrierte ihre Einsätze vermehrt auf die sozialen Brennpunkte, insbesondere in Wabern, Niederscherli und Schliern, im Sinn der aufsuchenden Jugendarbeit.

Betreutes und begleitetes Wohnen für Randgruppen

Nach einem kurzfristigen Rückgang der Nachfrage im letzten Sommer konnten per Ende Jahr wieder sämtliche Plätze in der Wohngemeinschaft Weierbühl belegt werden.

Freizeit und Gemeinwesen

Im 2009 haben 40 Vereine ihr Gesuch um Ausrichtung von Pauschalbeiträgen eingereicht. Rund 2'500 Kinder und Jugendliche konnten damit in ihren Freizeitaktivitäten unterstützt werden.

13.3. Angebote für Menschen im Alter

Beratung und Entwicklung

Die Erarbeitung von Planungs- und Entscheidungsgrundlagen zuhanden der Entscheidträger (Gemeinde, Kanton), die Bereitstellung von Angeboten im Bereich Alter und Gesundheit in eigener Sache oder in Zusammenarbeit mit externen Leistungserbringern, die Koordination aller gemeindeeigenen, öffentlichen, halbprivaten und privaten Einrichtungen sowie das Controlling und Reporting im Rahmen der institutionellen Sozialhilfe.

Demografische Entwicklung der Altersgruppe 65+ Jahre (ohne Wochenaufenthalter)

	2005	2009	Prognose 2010	Prognose 2015	Prognose 2020	Prognose 2030
65 - 79 Jahre	4'671	5'051	5'138	5'680	6'127	6'866
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	12.5%	13.1%	13.6%	14.9%	16.0%	17.8%
80+ Jahre	2'079	2'317	2'232	2'349	2'436	3'115
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	5.6%	6.0%	5.9%	6.2%	6.4%	8.1%
Total 65+ Jahre	6'750	7'368	7'370	8'029	8'563	9'981
Anteil an Gesamtbevölkerung in %	18.0%	19.2%	19.5%	21.0 %	22.3%	25.8%
Altersquotient 65+ / 20-64 Jahre in%	29.3%	31.3%	31.8%	34.7%	37.4%	46.2%

Statistik der Entwicklung der Altersgruppen in der Gemeinde Köniz (ohne Wochenaufenthalter). Prognose ab 2010 gemäss Szenario A-00-2002 "Trend", Bundesamt für Statistik.

Die Altersgruppe der Menschen zwischen 65 und 79 Jahren bewegt sich im Bereich der prognostizierten Zahlen. Auffallend ist, dass die Altersgruppe über 80 Jahre die prognostizierten Zahlen 2010 bereits im Jahre 2009 überschritten hat. Die Altersgruppe über 65 Jahre hat gegenüber 2005 um rund 9% zugenommen.

Alters- und Gesundheitskonferenz der Gemeinde Köniz

Die Alters- und Gesundheitskonferenz hat sich als Koordinationsgefäss bewährt. Die Mitglieder informieren und koordinieren sich im Rahmen der Konferenz erfolgreich, so dass Aktivitäten und Informationen abgestimmt erfolgen. Das Gremium wird von den Akteuren im Altersbereich sehr geschätzt. Schwerpunktthemen bildeten das "betreute Wohnen", die neue Pflegefinanzierung und Tagesbetreuungsplätze.

Projektstudie "strategische Ausrichtung der ambulanten und stationären Einrichtungen"

Infolge der zu erwartenden übergeordneten Veränderungen (Neue Pflegefinanzierung, Aufgabenverteilung im Rahmen des FILAG, Personenvollkostenfinanzierung) hat die DBS in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der Logis plus AG und dem Vorstand der Spitex Region Köniz beschlossen, die strategischen Kooperationsmöglichkeiten mittels Projektstudie bei der ambulanten und stationären Pflege und Betreuung zu eruieren, um flexible, kunden- und bedarfsorientierte Angebote vor Ort weiterhin zu gewährleisten. Die daraus resultierenden Erkenntnisse und Massnahmen werden im Jahre 2010 erwartet.

Projekt "Von der Objektfinanzierung zur Subjektfinanzierung im stationären Altersbereich - strategische Neuausrichtung"

Die Direktion Bildung und Soziales hat in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat der Logis plus AG ein Projekt ausgelöst, um die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen für die inskünftige Ausrichtung im stationären Altersbereich zu erarbeiten. Aufgrund der bereits oben geschilderten übergeordneten Veränderung müssen die Eigentumsverhältnisse und das inskünftige Zusammenwirken der Gemeinde und der Logis plus AG neu definiert werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse und Massnahmen werden im Jahre 2010 erwartet.

Hilfe und Pflege zu Hause

	2006	2007	2008	2009
Verrechenbare Stunden Pflege	51'542	58'100	61'940	62'148
Verrechenbare Stunden Hauswirtschaft	23'160	23'535	23'951	24'000
Total	74'702	81'635	85'891	86'148

Die Nachfrage nach Pflege- und Hauswirtschaftsleistungen ist gegenüber dem Vorjahr faktisch gleich geblieben. Im Mittelwert über vier Jahre ist bei den Pflegeleistungen eine Zunahme von 6%, bei den Hauswirtschaftsleistungen von 1% zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum nahm die Bevölkerung über 65 Jahre um rund 9% zu.

Infolge der demographischen Entwicklung ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Dezentralisierung der Spitex RegionKöniz

Im Zuge der Dezentralisierung hat die Spitex RegionKöniz neue Stützpunkte im Witschihuus in Niederscherli und im Hessgut im Liebefeld eröffnet. Damit betreibt die Spitex neben Köniz und Neuenegg neu insgesamt 4 Stützpunkte. Durch die Nähe zu den Alterswohnungen im Hessgut und zur Pflegegruppe Witschihuus wird eine gewisse Synergiennutzung erwartet.

Stationäre Betreuung und Pflege

Anzahl Alters- und Pflegeheimplätze (inkl. Ferienbetten, Übergangspflege und Demenzplätze)

	2006	2007	2008	2009
Total Alters- und Pflegeheimplätze	480	504	501	498
Öffentliche Alters- und Pflegeheimplätze	376	379	379	376
Private Alters- und Pflegeheimplätze	104	125	122	122

Gemäss der Studie Hornung werden bis ins Jahr 2010 je nach Szenario zwischen 413 und 427 Alters- und Pflegeheimplätze benötigt. Bis ins Jahr 2025 sind zwischen 492 und 523 Plätze erforderlich. Der Ausbau der Spitex wird infolge bestehender Wechselwirkung den effektiven Bedarf mehr oder weniger beeinflussen.

Eine durch die Sozialkommission des Vereins Region Bern in Auftrag gegebene Studie bezüglich regionaler Pflegebettplanung zeigt, dass die Stadt Bern Überkapazitäten, die Agglomeration abgedeckt und die ländlichen Gemeinden Unterkapazitäten haben. Dies bestätigt die Feststellung in der Gemeinde Köniz.

Anzahl Alterswohnungen

	2006	2007	2008	2009
Alterswohnungen	141	141	141	189

Mit der Erstellung von zusätzlich 48 Wohnungen durch die Seniorenresidenz Schlosstrasse konnte das Angebot erhöht werden.

Mitte 2011 ist mit einem weiteren Ausbau der Alterswohnungen in der Gemeinde zu rechnen (Wohnen am Hof).

Im Bereich Wohnen zeichnet sich mehr und mehr ein Trend zu betreutem Wohnen (Dienstleistungen nach Bedarf) ab.

14. Migration

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

14.1. Angebote zur sozialen Existenzsicherung im Bereich Asyl

Im Auftrag des Kantons führt die Gemeinde eine PAG (Professionelle Asylkoordination Gemeinde), welche für die Sozialhilfe im Asylbereich zuständig ist. Das Verhältnis zwischen der Gemeinde und dem Kanton ist mittels Rahmenvertrag und Leistungsvertrag geregelt.

Asylsuchende in der Gemeinde Köniz

Anzahl Personen im Asylverfahren nach Aufenthaltsstatus

Bestand 31.12.	2006	2007	2008	2009
Anzahl Personen mit Ausweis N (Asylsuchende)	117	81	64	107
Anzahl Personen mit Ausweis F* (vorläufig aufgenommene)	186	173	168	121
Anzahl Personen mit Ausweis F und Aufenthalt von mehr als 7 Jahren in CH*				67
Anzahl Personen F-Flüchtlingsstatus*				11
Anzahl Personen ohne Status	1	1	0	0
Total	304	255	232	306

*Die Statistik musste den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Deshalb liegen teilweise keine oder nur bedingte Vergleichswerte vor.

Die Anzahl der Asylsuchenden hat gegenüber dem Vorjahr um rund 32 % zugenommen. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits gegen Ende 2008 ab. Im Mittelwert über vier Jahre ist eine Zunahme von rund 11 % zu verzeichnen. Tendenziell werden den Gemeinden vermehrt wiederum Personen mit Ausweis N zugewiesen.

Unterstützte Asylsuchende

Anzahl Unterstützte während des Jahres (kumuliert)	2006	2007	2008	2009
Anzahl unterstützte Personen	339	308	311	325
Anzahl Fälle (kumuliert)	183	168	158	166

Die Anzahl unterstützter Asylsuchender hat gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % zugenommen. Im Mittelwert über vier Jahre ist eine Zunahme von 1 % zu verzeichnen.

Unterbringung der Asylsuchenden

	2006	2007	2008	2009
Anzahl Personen in Gruppenunterkünften*	170	148	131	118
Anzahl Personen in Privatwohnungen	134	107	101	141
Anzahl Personen im Durchgangszentrum Dreispitz				47

* Gemeindееigene und zugemietete Liegenschaften

Das Durchgangszentrum Dreispitz wird durch die Heilsarmee-Flüchtlingshilfe betrieben. Im Zusammenhang mit der Überführung von Personen mit Ausweis F und mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz in die reguläre Sozialhilfe, wurden verschiedene Gruppenunterkünfte an die Sozialberatung oder direkt an die Klienten übertragen.

14.2. Angebote zur sozialen Integration im Bereich Migration

Gemäss Integrationsreglement obliegt der Fachstelle Integration die Förderung der Integration der Migrantinnen und Migranten. Insbesondere die Planung und Koordination von privaten und öffentlichen Bestrebungen im Integrationsbereich, die individuelle Informationserteilung und Beratung sowie die Schulung und Bildung.

Integrationsbeauftragte

Per 1. Januar 2009 konnte die Stelle der Integrationsbeauftragten besetzt werden.

Konzept zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten

Schwerpunkt bildeten im Jahr 2009 eine Bedarfsanalyse sowie die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts. Unter Einbezug der wichtigsten Akteure wurde ein Konzept erarbeitet, welches dem Gemeinderat anfangs 2010 zur Genehmigung und dem Parlament zur Kenntnis unterbreitet wird.

15. Volksschulen

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

15.1. Bereitstellung der Betriebsmittel und Schulgelder

Vergleich der Betriebsmittel und Schulgelder

Die Konferenz der Schulämter der Gymnasiumsgemeinden vergleicht die Betriebsmittel, die ihren Schulen zur Verfügung stehen. Nachdem die Grundlagen vereinheitlicht werden konnten, zeigte es sich, dass sich Köniz wie bisher im Mittelfeld der sieben Gemeinden bewegt.

Schulgelder in der Agglomeration Bern

Die Schulgelder in der Agglomeration Bern werden vom Fachausschuss für Schulfragen (FAS) festgelegt. Der FAS beauftragte die Abteilung Bildung und Sport, diese aufgrund der Durchschnittskosten der fünf unterschiedlich grossen Gemeinden Belp, Kehrsatz, Schüpfen, Wohlen und Köniz neu zu berechnen und genehmigte sie am 18. September 2009. Sie gelten die nächsten drei Jahre.

Vertrag mit der Gemeinde Neuenegg betreffend Führung der gemeinsamen Schule Thörishaus

Die Schule in Thörishaus wird seit 1903 von den Gemeinden Neuenegg und Köniz gemeinsam geführt. Die Verwaltung obliegt der Gemeinde Neuenegg. Das Bildungsreglement sieht vor, dass der Gemeinderat mit der Gemeinde Neuenegg einen Vertrag abschliesst. Die Änderungen in der Schulführung - Trennung zwischen strategischen (Schulkommission) und operativen (Schulleitung) Aufgaben - haben die Gemeinde Neuenegg veranlasst, ihre Schulorganisation zu ändern. Seit dem 1. August 2009 gibt es in Neuenegg für die ganze Gemeinde nur noch eine Schulkommission. Gemäss Anteil an der Gesamtschülerzahl steht der Gemeinde Köniz in dieser Kommission ein Sitz zu. Der Gemeinderat genehmigte den geänderten Vertrag am 14. Oktober 2009.

Neu ist im Vertrag geregelt, dass der Ortsverein Thörishaus dem Gemeinderat die Besetzung des Sitzes der Gemeinde Köniz in der Schulkommission Neuenegg vorschlägt. Die Wahl erfolgt durch das Parlament. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Gemeinde Neuenegg hat sich in der langen Zeit, in der dieser Vertrag besteht, bewährt.

Vereinbarung mit der Gemeinde Oberbalm betreffend Zusammenarbeit in der besonderen Förderung

Das Bildungsreglement sieht vor, dass der Gemeinderat mit Gemeinden, die mit unseren Schulen zusammenarbeiten, Verträge abschliesst. Oberbalm war bereits bisher unserem Spezialunterricht angeschlossen. Nach der Genehmigung unseres Integrationskonzepts musste der Vertrag mit Oberbalm überarbeitet werden. Auch für die Gemeinde Oberbalm gilt neu unser Integrationskonzept. Die Schülerinnen und Schüler aus Oberbalm profitieren von unserem umfassenden Angebot. Die Gemeinde Köniz profitiert, weil die der Gemeinde Oberbalm zustehenden Lektionen in unseren Pool integriert sind.

15.2. Bereitstellung und Betrieb von Tagesschulen

Am 1. August 2009 sind die Tagesschulen gemäss Volksschulgesetz zu einem obligatorischen Teil der Bernischen Volksschule geworden. Die Gemeinde kann, wie im Volksschulbereich üblich, ihre Organisation im Rahmen der kantonalen Bestimmungen (Volksschulgesetz, Tagesschulverordnung) festlegen.

Das Parlament integrierte die Bestimmungen für die Könizer Tagesschulen am 22. Juni 2009 in das Bildungsreglement der Gemeinde Köniz. Das separate Tagesschulreglement konnte aufgehoben werden. Am 29. Juni 2009 erliess die Zentrale Schulkommission Weisungen für die Tagesschulen, welche den Betrieb im Detail regeln.

Am 1. August 2009 konnten die neuen Tagesschulen in Köniz-Buchsee, Schliern, Spiegel und Niederscherli eröffnet werden. Die bisherigen Tagesschulen Liebefeld und Wabern wurden auf das gleiche Datum dem Volksschulgesetz unterstellt und vom Sozialhilfegesetz abgelöst.

Anschliessend wurde mit der Umsetzung der Tagesschulen am Oberstufenzentrum Köniz, in Mittelhäusern/Mengestorf, in Niederwangen und mit der Ganztageschule Oberscherli begonnen. Diese sollen am 1. August 2010 eröffnet werden.

Im Schuljahr 2008/2009 konnten 1'100 Schülerinnen und Schüler in den bisherigen Tagesschulen Liebefeld und Wabern ein Tagesschulangebot nutzen, im Schuljahr 2009/2010 sind es bereits 2'700 Schülerinnen und Schüler in den Tagesschulen Liebefeld, Wabern, Köniz-Buchsee, Schliern, Spiegel und Niederscherli. Ab Schuljahr 2010/2011 können alle 3'600 Schülerinnen und Schüler der Gemeinde von einem Tagesschulangebot profitieren.

Ausblick

Die Weisungen der Zentralen Schulkommission für die Führung von Tagesschulen werden überprüft.

Im neuen Schuljahr werden die Tagesschulen im Oberstufenzentrum Köniz, in Mittelhäusern/Mengestorf, in Niederwangen, in Oberwangen und die Ganztageschule Oberscherli eröffnet.

15.3. Schulzahn- und Gesundheitspflege, Schulsozialarbeit

Gemäss Art. 31 des Bildungsreglementes können Lehrkräfte und Eltern in der Erziehung der Kinder durch Schulsozialarbeit unterstützt werden. Die bedarfsgerechte Einführung der Schulsozialarbeit gehört zu den Legislaturzielen des Gemeinderats. Indikator ist, dass die Schulsozialarbeit in weiteren Schulkreisen eingeführt ist. Am 28. Juni 2005 hat die Koordinationskommission die Prioritäten festgelegt. Gemäss dieser Prioritätenordnung war 2009 die Schulsozialarbeit in der Schule Köniz-Buchsee einzuführen. Die Schule erarbeitete das Konzept. Der Gemeinderat bewilligte die 80%-Stelle am 16. September 2009, nachdem er sich nochmals grundsätzlich über die Schulsozialarbeit informieren liess.

Ausblick

In der Schulsozialarbeit wird eine fachliche Leitung mit 20 Stellenprozenten installiert und eine Stelle für das Wangental geschaffen.

15.4. Verwaltungsleistungen und Betrieb Schulsport und Ferienversorgung

Schulsport

Gemäss dem Bildungsreglement wird freiwilliger Schulsport angeboten. Die Nachfrage nach Schwimmkursen hat derart stark zugenommen, dass nicht mehr alle Kinder berücksichtigt werden konnten und eine Warteliste angelegt werden musste.

Ferienheim Kandersteg

Gemäss unserem Bildungsreglement wird das Ferienheim Kandersteg geführt. Das Heim bietet eine gute Infrastruktur für Schulen, Erwachsenenbildung, Tagungen und private Feiern.

Ausblick

- Für die Durchführung eines obligatorischen Schwimmunterrichts wird ein Konzept erstellt.
- Im Ferienheim Kandersteg soll die Heizung ersetzt werden.

15.5. Unterhalt und Betrieb der Schulanlagen

Energieverbrauch in Schulen

Energie zu sparen ist ein wichtiges Ziel des Gemeinderats. Der Energieverbrauch in den Schulhäusern wird jährlich ausgewertet.

Hier einige Ergebnisse aus den Energiebuchhaltungen der Schulen:

- Trotz kühler Witterung wurde der CO₂-Ausstoss gegenüber dem Vorjahr um 15% (d.h. ca. 170 Tonnen CO₂) vermindert.
- Bereits 16% beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien. Neu kommt die Holzschnitzelheizung im Schulhaus Wabern-Dorf hinzu.
- 8 Schulanlagen sind mit Energiesparlampen ausgerüstet worden. Die Stromeinsparung beträgt rund 30'000 kwh pro Jahr

Ersatz Schulbus in Mengestorf

Da weder in der Schulanlage in Mengestorf noch in jener in Mittelhäusern eine Turnhalle vorhanden ist, haben beide Schulen einen Schulbus, um Turnhallen in anderen Schulanlagen zu belegen. Der 16-jährige Schulbus in Mengestorf wurde ersetzt. Weil in diesem Bus nun alle Plätze über Gurte verfügen, ist die Sicherheit der Schulkinder besser gewährleistet.

Ausblick

- Das Lehrschwimmbecken in Niederwangen soll renoviert werden.
- Die Renovation des alten Schulhauses, Erweiterung und Umbau in Niederwangen, sollen projektiert oder in Bau sein.

15.6. Verwaltungsleistungen zuhanden der Schulen

Revision des Bildungsreglements

Am 26. Januar 2008 revidierte der Grosse Rat das Volksschulgesetz (VSG). Unser Bildungsreglement musste dieser Revision angepasst werden. Es handelte sich um folgende Punkte:

- Neue Schulaufsicht (Kompetenzen)
Im Volksschulgesetz wurde die in der Gemeinde Köniz bereits im Februar 2006 vorgenommene Aufteilung zwischen strategisch-politischen Aufgaben der Schulkommission und betrieblich-operativen der Schulleitungen geregelt.
- Integrationskonzept
Gemäss der Verordnung über die besonderen Massnahmen im Kindergarten und in der Volksschule (BMV) müssen die Gemeinden für die Umsetzung von Art. 17 VSG (Integration) ein Konzept erarbeiten. Das Parlament musste insbesondere entscheiden, ob die Gemeinde Köniz weiterhin besondere Klassen führt.
- Tagesschulen.

Die Zentrale Schulkommission gab die vorgeschlagenen Änderungen im Bildungsreglement am 27. Januar 2009 zur Vernehmlassung frei. Stellungnahmen wurden bei Schulkommissionen, Elternräten, Schulleitungen und Lehrerkonferenzen eingeholt. Zum Integrationskonzept wurden vier Informationsveranstaltungen durchgeführt. Die Stellungnahmen waren weitgehend positiv.

Das Parlament revidierte das Bildungsreglement am 22. Juni 2009. Am 29. Juni 2009 genehmigte die Zentrale Schulkommission das Integrationskonzept.

REVOS 2012

Die Volksschule ist eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Damit die Interessen unserer Schulen gewahrt werden können, ist eine Mitarbeit auf kantonaler Ebene unabdingbar. Der Schulsekretär arbeitete in der Projektgruppe Basisstufe und in einer Begleitgruppe externe Partner mit, die den Prozess zur Totalrevision des Volksschulgesetzes REVOS 2012 begleitet.

Wenn der kantonale Fahrplan eingehalten wird und das neue Volksschulgesetz diese Möglichkeit schaffen wird, soll das Könizer Parlament in der Juni-Sitzung 2012 darüber entscheiden, ob die Basisstufe in der Gemeinde Köniz eingeführt wird.

Am 18. August 2010 organisierten die Schulleitungen ein Gespräch mit den Grossrätinnen und Grossräten aus der Gemeinde Köniz und Parteienvertretungen.

Unterstützung der Schulkommissionen und Schulleitungen

Gemäss unserem Bildungsreglement unterstützt die Abteilung Bildung und Sport (ABS) die Schulkommissionen und Schulleitungen in ihrer Arbeit.

Organisationsordner

Nach der Revision des Bildungsreglementes wurde der Organisationsordner, der jedem Mitglied einer Schulkommission oder Schulleitung zur Verfügung steht, überarbeitet. Dieser Ordner enthält neben den einschlägigen Gesetzen, Reglementen und Weisungen auch Aufgabendiagramme. Diese wurden ebenfalls überarbeitet.

Zentrale Schulkommission Klausur

Am 23./24. Oktober 2009 fand die jährliche Klausur der Zentralen Schulkommission in Kandersteg statt. Die Zentrale Schulkommission legte den Fahrplan für die neue Leistungsvereinbarung mit den Schulkommissionen vom 1. August 2011 bis 31. Juli 2015 fest und nahm vom Resultat der zweiten Schülerinnen- und Schülerbefragung "echo" Kenntnis.

Schulleitungstagung

Die traditionelle Tagung der Schulleitungen fand am 26. und 27. Oktober 2009 ebenfalls in Kandersteg statt. Ein wichtiges Thema war die Schulung der Kantonspolizei Bern über den Umgang mit Krisensituationen.

Logos

Der Auftritt der Schulen wurde vereinheitlicht. Die Schulen dürfen weiterhin ihr Logo behalten. Unten rechts auf dem Briefpapier ist neu das Logo der Gemeinde Köniz mit dem Zusatz "eine Schule der Gemeinde Köniz" aufgeführt.

Win 3

Das Projekt Win3 (3 Generationen im Klassenzimmer) ist erfolgreich. An den Schulen in Wabern, Schliern und Köniz-Buchsee gibt es bereits 28 Tandems.

Einführung Lehrplan Informatik

Der neue Lehrplan "Informatik" ist am 1. August 2009 in Kraft getreten. Die technischen Voraussetzungen wurden auf dieses Datum in allen Schulen geschaffen.

Klassen- und Schülerinnen- und Schülerzahlen

Die vorausschauende Planung der Klassen- und Schülerinnen- und Schülerzahlen gehört zu den jährlichen Arbeiten der Abteilung Bildung und Sport. Die Überarbeitung hat gezeigt, dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Gemeinde Köniz bei ungefähr 3'700 Schülerinnen und Schüler (inkl. Kindergärten) stabil bleiben und ungefähr 195 Klassen geführt werden.

Leistungsvereinbarung der Zentralen Schulkommission mit den Schulkommissionen

Gemäss dem Bildungsreglement schliesst die Zentrale Schulkommission mit den Schulkommissionen eine Leistungsvereinbarung ab. Darin ist Folgendes thematisiert:

- Die zweite Schülerinnen- und Schülerbefragung "echo" wurde durchgeführt. Das Resultat war wiederum erfreulich.
- Alle Schulen meldeten sich beim kantonalen Projekt IQES an. Mit diesem Instrument sind gezielte Qualitätsuntersuchungen möglich.
- Für die Übergabe der Schülerinnen und Schüler von einer Klasse oder Schule zur einer anderen wurde ein einheitliches Schülerblatt geschaffen.
- Das Integrationskonzept wurde erarbeitet und von der Zentralen Schulkommission genehmigt.
- Seit 1. August 2009 wird Begabtenförderung angeboten.
- Für die Verbesserung der Schnittstelle zwischen Volks- und Berufsschule wurde der "Runde Tisch" geschaffen, an dem alle Beteiligten teilnehmen. 2009 wurden zwei "runde Tische" durchgeführt. Für 2010 wird eine Lehrstellenbörse vorbereitet.
- Tagesschulen wurden eingeführt oder die Einführung vorbereitet.

Ausblick

- 2010 wird die Einführung des Führungsinstruments "Schulprogramm" geregelt. Um rechtzeitig für die Revision unseres Bildungsreglements bereit zu sein, wird im Herbst 2010 – wenn die Vernehmlassungsvorlagen des Kantons vorliegen – das Projekt Bildungsreglement 2012 gestartet.
- Vor den Sommerferien wird die dritte Umfrage bei den schulaustretenden Schülerinnen und Schülern durchgeführt.
- Das Integrationsprojekt wird an den Schulen durchgesetzt.
- Der "Runde Tisch" organisiert eine erste Lehrstellenbörse.
- Das Intranet der Gemeinde wird für die Schulkommissionen und Schulleitungen eingesetzt.

Städtepartnerschaft Köniz-Prijepolje

Das Parlament hat die Städtepartnerschaft Köniz-Prijepolje in einem Grundsatzbeschluss und mit dem Erlass eines Reglements über eine Spezialfinanzierung bestätigt.

Vor den Sommerferien hat der zweite Schülerinnen- und Schüleraustausch stattgefunden. Schülerinnen und Schüler der Oberstufenzentren Köniz und Liebefeld-Steinhölzli reisten mit ihren Lehrkräften nach Prijepolje. Die Reise und die Kontakte haben allen sehr gefallen.

Am 5. Mai 2009 wurde ein Förderverein gegründet.

Ausblick

Das Jugendorchester Köniz sowie eine Delegation des Gemeinderats und des Vorstands des Fördervereins werden Prijepolje besuchen.

16. Erwachsenenbildung und weitere Bildungsinstitutionen

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

16.1. Erwachsenenbildung

Die Zielsetzungen und Aufgaben der Erwachsenenbildung der Gemeinde Köniz sind im Bildungsreglement geregelt.

Das Angebot an MuKi-Deutschkursen wurde weiter ausgebaut. Die kantonalen Subventionen haben deshalb eine Höhe erreicht, bei denen der Kanton eine Zertifizierung verlangt. Der Gemeinderat konnte am 16. September 2009 davon Kenntnis nehmen, dass unsere Erwachsenenbildung eduQua-zertifiziert wurde.

16.2. Betrieb von öffentlichen Mediotheken

Das Bildungsreglement sieht die Führung von öffentlichen Mediotheken vor. Der Gemeinderat regelt das Nähere mit dem Verein Könizer Mediotheken in einem Vertrag. Der Betrieb der vier öffentlichen Mediotheken (Köniz-Stapfen, Wabern, Niederscherli und Niederwangen) wurde gewährleistet und verlief im Berichtsjahr normal.

Die Ausleihezahlen betragen:

- 2009: 300'560 Medien
- 2008: 285'688 Medien

16.3. Betrieb schulergänzender Musikunterricht für Kinder und Jugendliche

Das kantonale Recht und das Bildungsreglement verpflichtet die Gemeinde eine Musikschule zu führen. Zu den Zielsetzungen gehört auch eine enge Zusammenarbeit mit der Volksschule.

Der Leiter der Musikschule orientierte in einer Schulleitungskonferenz über das Pilotprojekt "Bambusflöten bauen und spielen im Kindergarten". Kindergärtnerin und Bambusflötenlehrerin erteilen im Kindergarten im Team-Teaching einen Jahreskurs. Die Schulinspektorin genehmigte die zusätzlichen Lektionen für drei Kindergartenklassen.

Jahr für Jahr ist es für die Musikschule schwierig, ihre Raumprobleme zu lösen, da sie neben den Räumlichkeiten im Zingghaus und im Haberhuus in erste Linie Schulräume in den Quartierschulen benützen muss. Ein eigenes Haus für die Musikschule ist ein Jahrzehnte alter Traum.

16.4. Bereitstellung und Betrieb von anderen schulergänzenden Bildungs- und Freizeitangeboten

Auf Initiative des damaligen Vorstehers der Direktion SGS werden Schulkulturtage durchgeführt. Vom 22. bis 25. März 2009 haben die 14. Könizer Schulkulturtage stattgefunden. Den grössten Zuspruch fanden wie gewohnt die beiden Bandabende.

17. Sport und Freizeit

(Direktion Bildung und Soziales, DBS)

17.1. Vermietung von Schul- und Sportanlagen

Der vom Parlament bewilligte Kunststoffrasen in der Schulanlage Liebefeld soll von den Fussballvereinen möglichst viel benützt werden. Die Erfahrungen im letzten Winter zeigten, dass die Mithilfe der Vereine für die Schneeräumung jeweils erforderlich ist. Nur bei einer sofortigen Räumung kann der Schnee entfernt werden. Mit den Vereinen wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen.

Ausblick

Die Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen wird revidiert.

17.2. Bereitstellung Beiträge Sport

Sporthallen Weissenstein

Das gemeinderätliche Legislaturziel sieht den gemeinsamen Bau von Sporthallen mit der Stadt Bern im Gebiet Weissenstein vor. Am 8. Februar 2009 stimmten die Stimmberechtigten von Bern (83.2% Ja) und Köniz (80.9% Ja) dem Vorhaben zu. Aus Kostengründen erfolgte die Abstimmung auf der Grundlage des Wettbewerbprojekts.

Um ein so grosses Bauprojekt zu realisieren, ist ein Vorprojekt mit Kostenvoranschlag nötig. Dieses wird zur Zeit vom Planungsteam (Architekt und Spezialingenieure) erarbeitet und im Frühling 2010 vorliegen. Wenn die Baubewilligungen anschliessend rechtzeitig erteilt werden, ist der Baubeginn im Herbst 2011 möglich.

Sportlerinnen- und Sportlerehrung

Der Gemeinderat hat die jährliche Durchführung einer Sportlerinnen- und Sportlerehrung beschlossen. Am 27. August 2009 verlieh der Gemeinderat im Schlossareal zum sechsten Mal die Anerkennungspreise.

Aus 13 Sportarten wurden 26 Sportlerinnen und Sportler geehrt. Der Gemeinderat würdigte zudem 9 Personen in den Bereichen "Ehrenamtliche Arbeit" und "Besondere Verdienste".

Ausblick

- Mit der Sporthalle Weissenstein AG wird eine Leistungsvereinbarung für die Bauphase abgeschlossen und das Betriebsmodell erarbeitet.
- Um die finanziellen Grundlagen der Kunsteisbahn Schwarzwasser auf eine gesunde Basis zu stellen, sollen Land und Gebäulichkeiten durch die Gemeinden Köniz und Schwarzenburg gekauft und dem Verein im Baurecht abgegeben werden.

18. Einwohnerwesen

(Direktion Sicherheit, DSI; ab 1.1.2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften, DSL)

18.1. Einwohnerdienste/Registerführung

Einwohnerdienste

Im Hinblick auf den Wegfall der Pass- und Identitätskarten-Anträge per 1. März 2010 nahmen vor allem die Beratungsgespräche zu. Viele Kunden waren verunsichert, ob sie sich noch einen herkömmlichen Pass beschaffen oder ob sie sich für den neuen biometrischen Pass entscheiden sollen.

Verbunden mit dem Wegfall dieses Aufgabengebiets ist auch eine Reduktion von Stellenprozenten. Da innerhalb des Dienstzweigs durch allfällige Verschiebungen keine Reduktion um 70 Stellenprozente möglich war, musste im Herbst für eine Mitarbeiterin die Kündigung ausgesprochen werden.

Registerführung

Im Zuge der Registerharmonisierung stand die Vergabe der neuen Versichertennummer (AHV-N13) für alle Einwohnerinnen und Einwohner an. Die Umsetzung erfolgte während mehrerer Monate dank dem ausserordentlichen Einsatz aller Mitarbeitenden praktisch reibungslos.

Im Hinblick auf die periodischen Datenlieferungen für die Volkszählungen musste jedem/r Einwohner/in der eidgenössische Gebäudeidentifikator (EGID) des Gebäuderegisters des Bundes zugewiesen werden. Dank der langfristigen Planung konnte auch diese Aufgabe fristgerecht erledigt werden.

Ausblick

Bis Ende 2010 werden für die Volkszählung noch die Kollektivhaushalte erfasst werden müssen. Auch die Zuweisung des eidgenössischen Wohnungsidentifikators (EWID) steht an. Hier wurde jedoch die Frist der Zuteilung an alle Einwohnerinnen und Einwohner um zwei Jahre verlängert. Durch die frühzeitige Planung konnte bereits bei rund 30'000 Personen die Zuweisung vorgenommen werden. Somit verbleiben den Einwohnerdiensten noch rund 9'000 Pendenzen. Durch die Reduktion um 70 Stellenprozente werden die Einwohnerdienste neu noch mit 470 Stellenprozenten am Schalter arbeiten. Die kurzen und kundenfreundlichen Wartezeiten sollen bestehen bleiben.

18.2. Verwaltungsleistungen zu Abstimmungen und Wahlen

Abstimmungen

Im Berichtsjahr gelangten acht eidgenössische, vier kantonale und eine kommunale Vorlage zur Abstimmung.

Die Organisation und Ausmittlung erfolgte korrekt und fristgerecht.

Wahlen

2009 fanden die Gemeindewahlen statt.

Die Einwohnerdienste waren verantwortlich für den Versand des Materials sowie die Vorbereitung und Durchführung des Wahlsonntags. Dank den rund 500 im Einsatz stehenden Personen konnten die Wahlergebnisse trotz überdurchschnittlicher Stimmbeteiligung pünktlich und korrekt abgeliefert werden.

Ausblick

Am 28. März 2010 werden die Grossrats- und Regierungsratswahlen stattfinden. Bei diesen Wahlen werden am Wahlsonntag knapp 350 Personen im Einsatz stehen. Neu sind bei den Regierungsratswahlen keine ausseramtlichen Wahlzettel mehr erlaubt. Dies bedeutet, dass rund 4'000 - 5'000 zusätzliche Wahlzettel elektronisch erfasst werden müssen.

18.3. Einbürgerungen

Die Einbürgerungskommission behandelte an vier Sitzungen 94 Gesuche. Davon wurden 87 Gesuche gutgeheissen und 7 Gesuche abgelehnt. Detaillierte Angaben sind im Zahlenteil aufgeführt. Nach den Gemeindewahlen im Herbst 2009 musste die Einbürgerungskommission gemäss Proporzschlüssel neu bestellt werden. Von den Parteien wurden der Abteilung Sicherheit sechs bisherige und zwei neue Mitglieder gemeldet, welche vom Gemeinderat an seiner Sitzung vom 20. Januar 2010 gewählt wurden. Diese Konstellation ist für die künftige Kommissionsarbeit günstig, sichert sie doch eine erhebliche Konstanz.

19. Polzeiinspektorat

(Direktion Sicherheit, DSI, ab 1.1.2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften, DSL)

19.1. Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum

Ruhender Verkehr

Im Bereich des ruhenden Verkehrs konnte durch die Umstellung von der Gemeindepolizei zum Polzeiinspektorat eine Verbesserung in den Kontrollabläufen erzielt werden. Diese Intensivierung führte zu einer deutlichen Änderung des Parkverhaltens der Bürgerinnen und Bürger, erhöhten sich doch die Einnahmen aus den Ticketautomaten um beachtliche 50.6%. Diese für die Gemeindekasse erfreuliche Tatsache zeigt auf, dass Fahrzeuglenkende durch intensivere Kontrollen zu einer erheblich besseren Zahlungsmoral animiert wurden. Weiter wurde in den Quartieren (Blaue Zone) eine deutliche Verbesserung der Parkordnung festgestellt. Die Anwohner finden nun wieder Parkplätze und die Pendler sind mehrheitlich auf dem Rückzug.

Geschwindigkeitsmessenanlagen

Die Geschwindigkeitsübertretungen sind im Vergleich zum Vorjahr signifikant angestiegen (vgl. Zahlenteil). Die Begründung dazu findet sich einerseits darin, dass ein Rechner mehr eingesetzt werden kann, der sich zu Gepo-Zeiten im mobilen Gerät befand) Damit ist stetig eine stationäre Messanlage mehr in Betrieb. Andererseits mussten wir, gemäss Weisung des ASTRA (Bundesamt für Strassen), für Lasergeräte die Toleranzgrenze von 5 km/h auf 3 km/h heruntersetzen. (Dieses ist gesetzlich so vorgeschrieben)

Exmissionen

Die Steigerung der Exmissionen (Zwangsräumungen) fiel im Vergleich zu den Vorjahren geradezu exorbitant aus. Im Jahr 2009 führte das Polzeiinspektorat 21 Exmissionen durch. Zum Vergleich: In den Jahren 2006 bis 2008 hatte die damalige Gemeindepolizei pro Jahr durchschnittlich 3 Exmissionen zu vollziehen. Diese Zunahme erhöht sowohl den Arbeits- und Personalaufwand wie auch die Einlagerungskosten, welche zu Lasten der Gemeinde gehen.

Amts- und Vollzugshilfe

In der Amts- und Vollzugshilfe ist bei den Zustellungen von Zahlungsbefehlen ebenfalls eine deutliche Steigerung feststellbar. Erfreulich ist, dass die Verwaltungspolizei 59% im ersten, 21% im zweiten und 11% im dritten Zustellversuch erledigen konnte. Lediglich 9% der Zahlungsbefehle mussten an das Betreibungsamt retourniert werden.

Geleistete Stunden der Kantonspolizei

Der Tabelle "Leistung Stunden Kapo" im Zahlenteil kann entnommen werden, dass die Kantonspolizei insgesamt 7'476 Stunden im Verkehrs- und Sicherheitspolizeibereich für die Gemeinde Köniz geleistet hat. In dieser Stundenzahl sind 348 Stunden für die im Rahmen des Übertritts notwendige Ausbildung für die ehemaligen Polizisten der Gemeindepolizei enthalten. Gemäss Vertrag über die Übergangsregelungen, Art. 5 Ziffer 2 resp. 3, hätten die übertretenden Mitarbeiter die geforderte Ausbildung vor dem eigentlichen Übertritt und zu Lasten der Gemeinde abschliessen sollen. Damit die Gemeinde Köniz nicht während mehrerer Wochen ohne Polizisten auskommen musste, konnte im Rahmen des Projekts eine gute Lösung – teilweise Ausbildung nach Übertritt – gefunden werden. Die geleisteten Ausbildungsstunden wurden deshalb der Stundenabrechnung 2009 belastet.

Fahrbewilligungen, Fahrtenzählung und Kontrollen Gurten

Im Berichtsjahr wurden für Festivals/Grossanlässe/Veranstaltungen 335 (Vorjahr 442) Tagesbewilligungen und 168 (162) Mehrtagesbewilligungen ausgestellt.

Das in der Zeit vom 13. August bis 2. September 2009 ausgewertete Zahlenmaterial der Gurten Dorfstrasse beim Parking Talstation ergab, dass 884 Fahrzeuge bergwärts und 923 Fahrzeuge talwärts gefahren sind. Die Messstelle oberhalb Aebersold registrierte 427 Fahrzeuge bergwärts und 418 Fahrzeuge talwärts. Die Zahlen zeigen, dass nur jedes zweite Fahrzeug, welches bei der Talstation die Fahrt in Angriff nimmt, tatsächlich auf den Gurten fährt. Rund die Hälfte sind demzufolge Bewohnerinnen und Bewohner oder Besucherinnen und Besucher von Gebäuden unterhalb des bewilligungspflichtigen Strassenabschnitts. Infolge eines inzwischen behobenen Stromausfalls ist die erste Messperiode relativ kurz ausgefallen. Die Zählungen werden fortgeführt. Registriert werden alle Fahrzeuge (Ver- und Entsorgung Gurten, Landwirtschaft, Bund, Polizei).

Die Kantonspolizei Bern führte in diesem Jahr total 52 Kontrollen durch. Dabei wurden 108 Fahrzeuge überprüft. Lediglich zwei Fahrzeuglenker mussten gebüsst werden, weil keine entsprechende Bewilligung vorlag. Die Mitarbeitenden des Polizeiinspektorats der Gemeinde Köniz haben bei insgesamt 17 durchgeführten Kontrollen total 44 parkierte Fahrzeuge kontrolliert. Lediglich zwei Fahrzeuge hatten keine entsprechende Bewilligung und wurden gebüsst.

Ausblick

Verwaltungsintern wird das Polizeiinspektorat die Dokumentation der Arbeitsabläufe überprüfen, anpassen und wo nötig fertigstellen. Die nun verbesserten Kontrollabläufe sollen laufend überprüft und konsequent angewendet werden, so dass die Kontrollen des ruhenden Verkehrs in der ganzen Gemeinde weiterhin einheitlich erfolgen.

Das Zahlenmaterial der Fahrtenzählungen auf den Gurten wird auch im kommenden Jahr ausgewertet, analysiert und kommuniziert. Nach wie vor wird die bisherige Fahrbewilligungspraxis auf den Gurten konsequent angewendet.

Erstmals per Ende 2010 stellt die Kantonspolizei der Gemeinde einen geeigneten Auszug aus der Kriminalstatistik zur Verfügung. Es ist vorgesehen, diese Statistik analog der Auflistung "Geschwindigkeitskontrollen durch die Kapo" und der "Unfallstatistik" im Verwaltungsbericht "Zahlenteil" aufzunehmen.

Im ersten Halbjahr 2010 sollen dem Gemeinderat Massnahmen aus den Resultaten der im letzten Jahr durchgeführten Bevölkerungsbefragung "Sicherheitsempfinden im öffentlichen und privaten Raum in der Gemeinde Köniz" beantragt werden. Die vom Gemeinderat beschlossenen Sofortmassnahmen sollen möglichst bald umgesetzt werden. Gestalterische Massnahmen sollen in neuen Projekten geplant und umgesetzt werden.

19.2. Beratung bei Gesuchen für amtliche Bewilligungen (Gastgewerbe, Handel und übriges Gewerbe)

Die Schliesszeiten (Polizeistunde) der Gastbetriebe wurde vertieft kontrolliert. Erfreulich ist die Feststellung, dass die Einhaltung der Schliesszeiten durch die Betriebe selber sehr gut funktioniert.

Die Gewerbepolizei ist bei der Umsetzung des Rauchverbots stark involviert, einerseits bei der Bewilligung und Abnahme der Fumoirs, andererseits bei der Kontrolle der Einhaltung des Rauchverbots durch die Gastwirte.

Am Gurtenfestival wurden nach dem Verbot von Ständen bei der Mittel- und Talstation im Jahr 2008, wieder Stände mit beschränkten Öffnungszeiten erlaubt. Die Auflagen und Öffnungszeiten wurden sehr gut eingehalten, die Kontrollen ergaben keinerlei Beanstandungen. In Zusammenarbeit mit dem Regierungsstatthalteramt wird für das Festival 2010 eine weitere Lockerung bezüglich der Öffnungszeiten geprüft.

20. Bade- / Freizeitanlagen

(Direktion Sicherheit, DSI, ab 1.1.2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften, DSL)

20.1. Bereitstellung und Betrieb Badeanlage Weiermatt

Besucher/Wetter

Das Freibad war vom 9. Mai bis am 13. September 2009 geöffnet. Dies ergibt 128 Badetage, an denen 142'980 Besucher zu verzeichnen waren (Tagesschnitt: 1'117). An 97 Tagen stieg die Wassertemperatur auf 21°C und mehr. Der Wetterverlauf entsprach den langjährigen Erfahrungswerten. Nach zwei besuchermässig sehr schlechten Saisons kann man 2009 von einer durchaus wieder durchschnittlichen Saison sprechen.

Unterhalt

Seit dem Umbau des Schwimmbades Köniz zur attraktiveren Badeanlage Weiermatt sind bereits 15 Jahre vergangen. In den letzten Jahren konnten nur die absolut notwendigen Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden.

In den nächsten Jahren stehen verschiedene grössere (zum Teil nicht vorhersehbare) Reparaturen und Ersatzanschaffungen an. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeindebauten wurde die Erweiterung der Dienstwohnung und die dringend notwendige Neugestaltung des Eingangsbereichs geprüft und geplant.

Ausblick

Damit die Attraktivität und die Werterhaltung der Badeanlage auch in Zukunft erhalten oder gar gesteigert werden können, wird in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeindebauten ein längerfristiger Unterhalts- und Investitionsplan erstellt. Nach der Badesaison 2010 sollen im Herbst die bereits geplante Erweiterung der Dienstwohnung und die Neugestaltung des Eingangsbereichs realisiert werden.

20.2. Überwachung Freizeitanlage Eichholz

Unter der Leitung der Abteilung Gemeindebauten wurden sechs Feuerstellen nach dem bekannten Modell „Schweizer Familie“ und ein Lagerschopf für das Holz gebaut. Das ursprüngliche Konzept, das Holz an die Bevölkerung zu verkaufen, liess sich nicht realisieren. Durch die Gratisabgabe von Holz kann erreicht werden, dass die Grillstellen und die Glut möglichst vielen auf der Liegeweise verweilenden Personen zur Verfügung stehen.

Zu Beginn der Saison haben Mitarbeitende der Verwaltungspolizei die Bereitstellung des Holzes erledigt. Diese Lösung war nicht ideal, weil der Zeitaufwand (Hin- und Rückfahrt) gross und die Verfügbarkeit an den Wochenenden nicht gegeben war. Mit dem Personal des Campingplatzes konnte eine optimale Lösung gefunden werden, sind diese doch vor Ort und können jederzeit die notwendige Menge Holz (zuviel auf einmal ist nicht zweckmässig) bereitstellen.

Ausblick

Für die Saison 2010 muss der Kostenaufwand für die Gratisabgabe des Holzes hinterfragt werden. Mit zusätzlichen und verbesserten Informationstafeln sollen Besucherinnen und Besucher auf entsprechende Benutzungsregeln aufmerksam gemacht werden. Der Verkauf von Wachsfackeln (für das romantische Feuer) durch das Campingrestaurant oder durch die Broncos-Security soll intensiviert werden.

Zum Schluss der Saison 2009 darf festgehalten werden, dass sich die Liegewiese Eichholz, dank der bisher getroffenen Massnahmen, zu einer ruhigen und friedlichen Oase entwickelt hat. Die Realisierung der Feuerstellen und die Abgabe von geeignetem Holz sind wichtige Bestandteile dieser Entwicklung. Bei der Abteilung Sicherheit sind, im Gegensatz zu den Vorjahren, keine Reklamationen von Anwohnerinnen und Anwohner bezüglich Rauchimmissionen und Lärmaufkommen eingegangen.

21. Bevölkerungsschutz

(Direktion Sicherheit DSI, ab 1.1.2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften, DSL)

21.1. Zivilschutz

Im Berichtsjahr meldete uns das Rekrutierungszentrum Sumiswald 24 (Vorjahr: 46) ZS-Neupflichtige. Nach dem persönlichen Gespräch mit dem Aushebungsoffizier sind 3 (17) Pflichtige in die Personalreserve einzuteilen. Die restlichen 21 (29) Pflichtigen werden ausgebildet. Im Berichtsjahr mussten 8 (4) Pflichtige wegen Nichteintrückens verzeigt werden. Ausschlüsse sind keine zu verzeichnen.

Alle Formationen leisteten ihren obligatorischen Wiederholungskurs. Ein Teilelement der Führungsunterstützung stand erstmals dem Gemeindeführungsorgan (GFO) Köniz bei Rapporten und Übungen zur Verfügung. Die Unterstützungszüge konnten Aufträge zu Gunsten der Gemeinde Köniz ausführen. Die Zivilschutzorganisation Köniz wurde durch das Amt Bevölkerungsschutz, Sport und Militär des Kantons Bern (BSM) inspiziert. Ende Jahr setzte der Gemeinderat den neuen Leistungsauftrag an die ZSO Köniz in Kraft.

In den Zivilschutzanlagen wurde die Betriebskontrolle und Jahreswartung durch den Logistikdienst durchgeführt. Durch diese Kontrollen können die Anlagen von grösseren Schäden bewahrt werden. Verschiedene Schutzräume sind an Dauermieter vermietet.

Der gesamtschweizerisch angeordnete Sirenenprobealarm wurde am ersten Mittwoch im Februar durchgeführt. Sämtliche mobilen und stationären Sirenen wurden dabei auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft. 2 (1) Sirenen musste durch eine Fachfirma überprüft werden. Die Sirenen am Nesslerenweg und an der Kirchstrasse in Wabern wurden demontiert und durch eine stärkere Sirene an der Grünastrasse ersetzt. Durch das Hagelunwetter im Juli wurden bei 6 Sirenen die Lautsprecher zerstört und müssen durch eine Fachfirma ersetzt werden.

21.2. Feuerwehr

Personelles

Die Feuerwehr Köniz leistete 329 Einsätze (Details s. Zahlenteil). Der Personalbestand ist leicht unter dem angestrebten Sollbestand von 207 Feuerwehrangehörigen, weshalb die Personalwerbung intensiviert (z.B. Flyer in Neuzuzügerdokumentation). Für Interessierte werden 2010 vier Informationsveranstaltungen durchgeführt; die Daten werden im "Anzeiger Region Bern", im "Köniz Innerorts" und in der "Wabernpost" publiziert.

Einsatzfahrzeuge

Die Einsatzzüge 1, 2, und 5 konnten die neuen Schnelleinsatzfahrzeuge (Ersatz der Fahrzeuge aus den Jahren 1984/85) übernehmen. Die Fahrzeuge verfügen nebst dem bisherigen Material neu über eine Kleinlöschanlage mit 400 Litern Wasser. Somit können kleine Einsätze wie brennende Kehrriechkübel, Schuttmulden, Töffli usw. ohne Mittel des Stützpunktzuges erledigt werden.

Die Ausschreibung, die Auswertung sowie die Vergabe und Bestellung der neuen Autodrehleiter (Ersatz des Fahrzeugs aus dem Jahr 1979), konnten bis Ende Oktober erledigt werden. Lieferung und Ausbildung erfolgen voraussichtlich ab Juni 2010.

Unterhalt

An allen Fahrzeugen wurde der jährliche Verkehrs- und Einsatztauglichkeitscheck durchgeführt. Alle Motorspritzen Typ I wurden dem Dreijahresservice unterzogen (Probelauf, Kerzenwechsel, Funktionskontrolle, Trockenvakuumprobe, Inventarkontrolle).

Ausbildung/Besichtigungen

Das Magazin an der Sägestrasse wurde wiederum von mehreren Schulen, Kindergärten und privaten Gruppen besichtigt. Verschiedene Heime, Schulen und Betriebe in der Gemeinde Köniz nahmen die theoretischen und praktischen Aus- und Weiterbildungsangebote zum Themenkreis "Alarmieren-Retten-Löschen" in Anspruch. Diese eine bis zwei Stunden dauernden Ausbildungen und Besichtigungen dienen ohne grossen Aufwand aktiv der Brandverhütung.

Ausblick

Mit gezielter Werbung soll der Personalbestand erhöht werden. Im nächsten Jahr werden alle Motorspritzen Typ II dem Dreijahresservice unterzogen. Im nächsten Jahr soll der im Jahr 2011 vorgesehene Ersatz der persönlichen Ausrüstung (Brandschutzbekleidung) vorbereitet werden.

22. Öffentliche Bauten

(Direktion Gemeindebauten, DBA, ab 1.1.2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften DSL)

22.1. Erstellung und Unterhalt gemeindeeigener Bauten

Investitionsrechnung: Projektplanungen und Realisierungen

Als Dienstleisterin für die verschiedenen Bestellerabteilungen konnte die Abteilung GBAU auch im 2009 interessante Projektplanungen und Ausführungen als Vertreterin der Bauherrschaft begleiten resp. als Projektleiterin planen und realisieren.

Die Erarbeitung von qualitativ guten, energetisch und ökologisch nachhaltigen sowie kostengünstigen Lösungen war dabei stets ein wichtiges Anliegen. Dabei konnten projektbezogen bei den Beschaffungen weitere Optimierungen umgesetzt und die konstruktive Zusammenarbeit mit dem einheimischen Gewerbe beibehalten werden.

Schulbauten

Die Ausführungsphase des „Grossprojekts“ Gesamtsanierung und Erweiterung der Schulanlage Steinhölzli ist mit einem Medienanlass am 1. Juli planmässig gestartet worden. Dank der temporären Ausquartierung der Schülerinnen und Schüler in andere Schulanlagen ist ein speditiver Bauablauf möglich. Die Bauarbeiten werden vor den Sommerferien 2010 abgeschlossen, so dass auf das neue Schuljahr hin die sanierte Anlage bezogen werden kann.

Die Planungsarbeiten der Turnhallensanierung sind soweit fortgeschritten, dass im April 2010 mit den Ausführungsarbeiten begonnen werden kann. Die Turnhalle wird nach den Sommerferien betriebsbereit sein.

Der Erweiterungsbau für den Kindergarten Wabersacker im Liebefeld in Minergie-Eco-Qualität, die betriebliche Optimierung der bestehenden Räume und die wärmetechnische Sanierung konnten innerhalb des Kreditrahmens und termingerecht auf das neue Schuljahr 2009/2010 fertiggestellt werden.

Eine neue Lichtsteuerung und eine energieeffiziente Saalbeleuchtung werden die Aula im Oberstufenzentrum Köniz auf. Zudem rundet eine modernisierte Gastroinfrastruktur für Veranstaltungen die gelungene Innensanierung ab.

Die Flachdächer der Aula und der Turnhalle Niederwangen sind energetisch optimal saniert und mit einer ökologisch wertvollen Dachbegrünung versehen worden.

Ein weiteres energetisch relevantes Projekt ist die Heizungssanierung der Schulanlage Wabern Dorf. Am 11. März 2009 bewilligte der Gemeinderat einen Ausführungskredit in der Höhe von Fr. 163'000.00. Die den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr genügende Gasheizung ist durch eine automatische Holzschneitzanlage ersetzt worden. Die Aufbereitung des Duschwassers der Turnhalle erfolgt neu mittels einer Sonnenkollektoranlage.

Die weitergeführten baulichen Sicherheitsmassnahmen bei den Schul-Spielplätzen waren in der Umsetzung sehr aufwändig und lagen auch kostenmässig über den erwarteten Kostenschätzungen.

Die baulichen Massnahmen zur Bereitstellung von neuen Tagesschulen in Niederscherli, Schliern, Spiegel und Köniz Buchsee konnten in den Sommerferien abgeschlossen werden. Die Planungsarbeiten für weitere Tagesschulen im Oberstufenzentrum Köniz, in Wabern, in Niederwangen, in Oberwangen, in Mittelhäusern und in Oberscherli (Ganztagesschule) wurden im Herbst aufgenommen.

Auf die vorgesehene Gebäudehüllensanierung des Mediothek-Traktes im Spiegel wird vorerst verzichtet, dies als Resultat einer vertieften energetischen Analyse und der Kosten-/Nutzenabwägung.

Als nächstes „Grossprojekt“ steht die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Niederwangen (inkl. Lehrschwimmbecken) an. Bei der Erarbeitung eines Raum- und Nutzungskonzepts für die Sanierung des alten Schulhauses zeigte sich, dass ein Gesamtraumprogramm und die betrieblichen Abläufe der einzelnen Trakte (Hauptgebäude, Modulbau, Pavillons) koordiniert geklärt werden müssen. Diese Weiterentwicklung des überarbeiteten Schulraumkonzeptes wurde in enger Zusammenarbeit mit der Schule aufgenommen und dauert länger als ursprünglich vorgesehen. Die konkreten Pläne und Kostenberechnungen sollen im 2010 vorliegen.

Altersbauten

Im Alters- und Pflegeheim am Lilienweg wurden der Eingangs- und der Bürobereich den neuen Erfordernissen entsprechend umgestaltet.

Verschiedene Bauten

In der Villa Bernau sind zwischen Februar und April 2009 die Küche und der Officebereich gesamthaft saniert worden. Im öffentlichen Bereich im Erdgeschoss ist zudem ein Behinderten-WC eingerichtet worden.

Für eine Sanierung/Erweiterung der Dienstwohnung in der Badeanlage Weiermatt wurden Studien als Entscheidungsgrundlage erarbeitet.

Im Schloss Köniz wurden in einer ersten Etappe für das Chornhuus und die Pfrundschiür Zustandsaufnahmen und Untersuchungen durchgeführt. Entsprechende Massnahmenkataloge einschliesslich Kostenschätzungen konnten daraufhin erstellt werden.

Für die Übungstätigkeit der Feuerwehr wurden auf dem Gelände des Zivilschutzzentrums RAZ in Schliern zusammen mit Verantwortlichen der Feuerwehr Konzepte und ein Projekt für einen "Ausbildungscontainer mit Feuer" entwickelt.

Laufende Rechnung: Unterhaltsarbeiten

Für die Unterhaltsarbeiten der Schulanlagen und Kindergärten, des Ferienheims Kandersteg, der Villa Bernau, der Badeanlagen Weiermatt und Eichholz sowie der Schlossliegenschaften, standen die üblichen (knappen) Budgetmittel zur Verfügung. Die Instandhaltung und damit die Funktionstauglichkeit der gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen konnte durch die Abteilung Gemeindebauten sichergestellt werden, weitergehende Werterhaltungsmassnahmen konnten jedoch auch dieses Jahr nicht realisiert werden.

Die Gesamtaufwendungen lagen mit Fr. 1'412'000.00 rund Fr. 83'000.00 (+ 6.3%) über dem Budget. Die beantragten Nachkredite im Schulbudget betreffen die Behebung von Vandalenakten und grösseren Glasschäden, einer defekten Warmwassererzeugung/Heizung sowie die Realisierung des neuen Ballfangs beim Kunstrasen im Liebefeld.

Nebst diesen ordentlichen Unterhaltsarbeiten wurden im Auftrag der Liegenschaftsverwaltung die Flachdachsanieung am Gebäude Stapfenstrasse 4 in Köniz realisiert und die Asylbewerberunterkunft in Gasel (infolge eines grösseren Wasserschadens) teilsaniert.

Allgemeines

Im Hinblick auf die energetische Bewertung von gemeindeeigenen Liegenschaften hat sich ein Mitarbeiter zum GEAK-Experten ausbilden lassen. Der GEAK, der Gebäudeenergieausweis der Kantone, ist nach einem einheitlichen Verfahren einerseits für Wohnbauten, andererseits für einfache Verwaltungs- und Schulbauten aufgebaut.

Die Abteilung GBAU engagiert sich weiterhin in der ständigen Energiefachgruppe sowie in der Kerngruppe zur Begleitung der Erarbeitung der Energierichtplanung.

Der interessante Informationsaustausch mit VertreterInnen der KMU Köniz wurde wiederum zwei Mal durchgeführt.

Der „Musterordner Submission“ konnte in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst überarbeitet und an alle Abteilungen abgegeben werden.

Die Mitarbeit und der Austausch in der neu geschaffenen Arbeitsgruppe Finanzen hat sich sehr gut bewährt.

Als Sicherheitsbeauftragter der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) steht ein Mitarbeiter der Gemeindebauten allen Einwohnenden von Köniz für unentgeltliche Beratungen zur Verfügung.

Ausblick

Die Planungen und die teils über mehrere Jahre dauernden Realisierungsphasen von über 20 Bauprojekten aus dem aktuellen Investitionsplan werden fortgeführt. Ziel sind qualitativ, kostenmässig und terminlich optimale Lösungen. Grössere Projekte sind u.a.:

Schulanlage Liebefeld Steinhölzli: Die Realisierung der Gesamtsanierung und Erweiterung inkl. Turnhallensanierung abschliessen und die Übergabe an die Benutzerinnen.

Schulanlage Niederwangen: Die Verabschiedung des definitiven Raum- und Umgebungskonzepts in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Bildung und Sport (ABS) und der Schule Niederwangen für die Sanierung und Erweiterung inkl. Lehrschwimmbecken. Die Auswahl der Planungsteams für die einzelnen Teilprojekte. Die Erarbeitung der Gesamtplanung und der entsprechenden Kreditvorlagen.

Schulanlage Wabern Wandermatte: Der Start der Vorbereitungsarbeiten, die Erarbeitung des Raum- und Nutzungskonzepts für die Gesamtsanierung und Erweiterung der Anlage inkl. der Planung einer neuen Turnhalle. Die Auswahl eines Planungsteams mittels Durchführung eines offenen Architekturwettbewerbs.

Der Ausbau von Büroräumlichkeiten im Gebäude Sägestrasse 65, Köniz zur Zusammenfassung des Grossteils der Direktion Bildung und Soziales (DBS).

Die Bestrebungen zum Einsatz erneuerbarer Energien, zur Realisierung nachhaltiger Gebäudesanierungen und zum gesunden und ökologischen Planen und Bauen werden fortgeführt.

Die Instandhaltung und damit die Funktionstauglichkeit der gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen werden sichergestellt. Die knappen finanziellen Mittel werden auch im laufenden Jahr nur die notwendigsten Unterhaltsarbeiten erlauben.

22.2. Erstellung und Unterhalt Drittbauten

Projektplanungen und Realisierungen

Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung konnten folgende Liegenschaften weiterbearbeitet werden:

Als „prominentes Projekt“ mit einer intensiven Vorgeschichte können sicher die Alterswohnungen Hessgut bezeichnet werden. Die Sanierung und Aufstockung – natürlich in Minergiestandard konnten nach nur sieben Monaten Bauzeit erfolgreich abgeschlossen werden. Betagten selbstständigen Einwohnern und Einwohnerinnen stehen nun wieder zeitgemässe Kleinwohnungen zur Verfügung. Parkettböden, neue Küchen und Bäder, tragen nebst der zentralen Lage zur Attraktivität bei. Alle 22 1-, 2-, 2½-, 3-Zimmer-, und Attika-Wohnungen sind inzwischen bezogen.

Die im Minergiestandard geplante und in den Jahren 2008/2009 realisierte Sanierung der Wohnliegenschaften Blinzernfeldweg 21-25 wurde im Auftrag der Pensionskasse begleitet.

Ausblick

Im Sommer sind die Projektierungsarbeiten der Sporthallen Weissenstein aufgenommen worden. GBAU stellt ihr Schulsport- und Baufachwissen als Mitglied der Baukommission SPOHAWA AG zur Verfügung.

Für die Sanierung der Küchen und Bäder in der Wohnliegenschaft Wabersackerstrasse 67 wurde der Ausführungskredit beantragt. Mit den für 2010 vorgesehenen Massnahmen können weiterhin acht, nun zeitgemässe Wohneinheiten zu attraktiven Bedingungen angeboten werden.

Mittels neuer Ausbildungsstationen sowohl für die Feuerwehr- als auch für die Zivilschutz-Ausbildung soll der Ausbildungsstandort Platten in Schliern im laufenden Jahr aufgewertet werden.

23. Liegenschaften

(Direktion Präsidiales und Finanzen DPF; ab 1. 1. 2010 Direktion Sicherheit und Liegenschaften DSL)

23.1. Liegenschaftsdienstleistungen

Die Liegenschaftsverwaltung hat die Grundstücke der Gemeinde gemäss den Aufträgen des Gemeinderates zu bewirtschaften (Bodenpolitik) und die Gemeinde als Grundeigentümerin zu vertreten. Sie beantwortet und bearbeitet politische Vorstösse aus diesem Bereich.

Von anderen Fachstellen der Gemeinde erhält sie Aufträge für die Erwirkung von Dienstbarkeiten oder für den Kauf von Land für öffentliche Zwecke. Dabei geht es aus dem Bereich Gemeindebetriebe meistens um den Erwerb von Durchleitungsrechten für Wasser- oder Kanalisationsleitungen, für die Abteilung Verkehr- und Unterhalt und den Kanton Bern für den Erwerb von Strassenbauland und Wegrechten.

Der Geometer hat per Gesetz den Auftrag das Vermessungswerk nachzuführen. Grob gesagt sollten Grundbuchpläne, das Grundbuch und der Verwendungszweck von Parzellen übereinstimmen. Im Lauf der Jahre sind hier vor allem im Strassenbereich immer wieder Veränderungen festzustellen, weil z. B. Flurwege "gewandert" sind oder weil mehr Verkehrsfläche beansprucht wurde. Die Verhandlungen mit den betreffenden Grundeigentümern führt die Liegenschaftsverwaltung im Auftrag des Geometers.

Zur Zeit sind aus diesen Bereichen über 150 Geschäfte hängig.

Zu den Liegenschaftsdienstleistungen gehören auch die Verwaltungsmandate für die Liegenschaften der Pensionskasse und der Genossenschaft Wohnraum Köniz.

Das aus den Siebzigerjahren stammende Wohngebäude Blinzernfeldweg 21 - 25 liess die Pensionskasse innen und aussen vollständig sanieren. Das Gebäude erfüllt nun den Minergiestandard. Trotz erheblichen Mietzinserhöhungen, welche der grossen Investition entsprechen, sind die Wohnungen immer noch preiswert und sehr gefragt.

Die GWK konnte noch die letzten drei Reiheneinfamilienhäuser an der Schwandenhubelstrasse in Schliern verkaufen. Die Überbauung mit insgesamt 11 Häusern hat vor allem Familien mit kleinen Kindern angezogen.

23.2. Verwaltung Finanzvermögen

Die Gemeinde besitzt ca. 1,5 Mio m² Land (ohne Strassen), aufgeteilt auf ca. 400 Parzellen. Davon sind rund 200'000 m² Wald. Rund $\frac{3}{4}$ des Landes liegt in der Landwirtschaftszone, $\frac{1}{4}$ in der Bauzone. Mehrere 10'000 m² sind nicht überbaut oder können mit einer neuen Überbauung wesentlich besser genutzt werden. Die Liegenschaftsverwaltung ist hier vor allem mit der Planungsabteilung dafür verantwortlich, dass die baurechtlichen Grundlagen für eine höherwertige Nutzung im Sinn der gemeinderätlichen Bodenpolitik zu Stande kommen. Dies kann sowohl für gemeindeeigene Bauvorhaben sein als auch für die Abgabe von Land im Baurecht. Die Einnahmen aus Baurechten von gegenwärtig gut 1 Million Franken werden in den nächsten Jahren auf mindestens 1,7 Millionen Franken steigen. Ein grosses Entwicklungspotenzial ist noch vorhanden, sofern vor allem die Nachfrage nach Wohnraum anhält.

Für das Gebiet Hertenbrünnen in Schliern konnte der Baurechtsvertrag abgeschlossen werden. Wegen einzelner Einsprachen werden sowohl die Anpassung der ZPP wie auch das Baubewilligungsverfahren verzögert. Dadurch gehen der Gemeinde über CHF 34'000.00 Baurechtszins pro Monat verloren.

Auch das Projekt Am Hof auf dem Areal der alten Migros wurde zuerst durch Einsprachen, dann durch den Rückzug der Generalunternehmung verzögert. 2009 konnte endlich der Baurechtsvertrag abgeschlossen werden und die Baubewilligung erwuchs in Rechtskraft. Die Ausführung des Projekts hat nachher unverzüglich begonnen. Der Immobilienmarkt in Köniz wird dadurch ab Mitte 2011 um ca. 40 Wohnungen und um einige 100 m² attraktive Geschäftsflächen bereichert. In Oberwangen wurde eine Parzelle an der Wangenhubelstrasse im Baurecht abgetreten. Das Baugesuch für sieben Wohnungen, welche wie Reihenhäuser konzipiert sind, wurde bereits eingegeben. Durch den Neubau der Belagsaufbereitung hat diese Wohnlage sehr gewonnen.

Auf der Restparzelle des alten Dorfschulhauses in Köniz wurde ein moderner Neubau fertiggestellt und bezogen. Für die Gemeinde begann damit der Baurechtszins zu fließen.

Die Überbauung der II. Etappe des Bläuackerareals steht noch nicht bevor. Einerseits musste die geltende Überbauungsordnung angepasst werden (Verfahren läuft noch), andererseits ist die Nachfrage nicht genügend gross.

Trotz intensiven Bemühungen ist es nicht gelungen, für die Dreispitzparzelle eine genügende Anzahl Investoren zu akquirieren, die am von der Gemeinde gewünschten Verfahren teilnehmen wollten. Nun wird dem Gemeinderat der Wechsel zu einer konventionellen Vorgehensweise beantragt.

In der Sägematte wurde mit den noch verbleibenden Bauverbotsberechtigten eine Einigung erzielt. Die Erfüllung des Vertrags und die Löschung der Bauverbotsdienstbarkeit wird im laufenden Jahr erfolgen.

An der Sägemattstrasse, hinter der Hauptwache der Kantonspolizei, ist die Änderung des Zonenplans 2009 in Rechtskraft erwachsen. Somit ist ein Baufeld für rund 2'300 m² BGF zur Überbauung bereit. Aus Kapazitätsgründen wurde 2009 kein Studienauftrag organisiert.

Die Küchen und Bäder des Achtfamilienhauses Wabersackerstrasse 67 werden ebenfalls aus Kapazitätsgründen erst 2010 saniert.

Die Sanierung und der Ausbau der Alterssiedlung Hessgut war für die Liegenschaftsverwaltung sehr zeitaufwändig, obwohl die Bauarbeiten von der Abteilung Gemeindebauten begleitet wurden. Während der rund sechsmonatigen Bauphase konnte der grösste Teil der Bewohnerinnen in leerstehende Angestelltenwohnungen der Tilia-Stiftung am Tulpenweg umziehen. Die Organisation von zwei Umzügen für die Bewohnerinnen, die Mithilfe bei der Betreuung und die Erfüllung von vielen kleinen und grossen Wünschen, erforderte einen grossen Einsatz und manchmal auch Nerven. Trotzdem konnte das Projekt insgesamt ohne grössere Probleme durchgeführt und abgeschlossen werden. Die drei neuen Attikawohnungen sind bei geringstem Werbeaufwand bereits vermietet und bezogen. Für die übrigen Wohnungen besteht eine Warteliste von jeweils 50 bis 60 Personen.

Ausblick

Für das laufende Jahr stehen die Dreispitzparzelle und das Wohnbau Feld an der Sägemattstrasse im Vordergrund. Für beide Bereiche sollten die Architekturwettbewerbe resp. Studienaufträge bis Ende Jahr abgeschlossen sein.

23.3. Verwaltung Verwaltungsvermögen

Dazu zählen aus dem Bereich der Liegenschaftsverwaltung hauptsächlich die Verwaltungsgebäude.

Die Direktion Bildung und Soziales (DBS) ist in insgesamt acht verschiedenen Gebäuden untergebracht. Diese Situation ist organisatorisch unbefriedigend und nicht effizient. Das Wachstum im Bereich Soziales und Vormundschaft hat nun dazu geführt, dass eine neue Lösung gefunden werden muss. Kommt hinzu, dass ein Teil der Direktion in Gebäuden untergebracht ist, die mittelfristig einer Neuüberbauung weichen müssen. Ein Mietangebot für eine genügend grosse Fläche an der Sägestrasse 65 wurde sehr sorgfältig geprüft und schlussendlich für gut befunden. Die notwendigen Investitionen, vor allem im Bereich Sicherheit, halten sich im Rahmen und können im Lauf der Mietzeit abgeschrieben werden. Dem Parlament wird im Mai oder Juni 2010 ein entsprechender Kredit beantragt. Falls das Geschäft zu Stande kommt, kann die DBS ihre Kernbereiche zusammenfassen und mindestens vier Standorte aufgeben.

Die Umsetzung von Köniz.fünf erforderte von den Gebäuden her keine grösseren Massnahmen.

Für den Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung wurde im Areal 101 eine allseits befriedigende Lösung gefunden.

Ausblick

Falls die Miete der Büros an der Sägestrasse 65 zu Stande kommt, muss der Umzug der betroffenen Bereiche der DBS organisiert werden. Die frei werdenden Gebäude müssen vermietet oder verkauft werden.

23.4. Dienstleistungen Mietamt

Die Nachfrage nach Dienstleistungen des Mietamts verlief 2009 auf konstant hohem Niveau. Zahlreiche Nebenkostenabrechnungen wurden in Frage gestellt. Häufig wurden auch Kündigungen angefochten oder die Behebung von Mängeln an Mietobjekten erwirkt. Ab 2011 werden die Aufgaben des Mietamtes Köniz-Oberbalm vom Verwaltungsbezirk Bern wahrgenommen.

23.5. Schloss

Die Sanierung, der Ausbau und die Eröffnung des Rossstalls waren die herausragendsten Ereignisse aus dem Bereich Schloss. In Absprache mit den Beteiligten hat die LV die Kapazität des Hausdienstes angepasst und einen neuen Hauswart mit einem Beschäftigungsgrad von 50 % angestellt. Die ersten Monate Betrieb haben nun gezeigt, dass diese 50 % am unteren Rand liegen dürften.

Die Umbenennung des "Bistro im Haberhaus" in "Restaurant zum Schloss" ist ebenfalls ein Zeichen der Veränderung. Die Verwechslung mit dem Restaurant Haberbühne im Liebefeld ist nun ausgeschlossen. Viel wichtiger ist aber das qualitativ und quantitativ bessere Angebot der neuen Pächter des "Restaurant zum Schloss".

Das Trauzimmer hat wiederum grossen Anklang gefunden. Trautage mit Schnapszahlen sind jeweils weit im Voraus ausgebucht.

Ausblick

Als weitere Verbesserungsmassnahme wird geprüft, ob die Zufahrt zum Ritterhaus auf die Nordseite des Rossstalls verlegt werden kann. Dadurch würde der von den Gebäuden eingesäumte Platz attraktiver für verschiedene Nutzungen.

24. Umweltschutz, Energie

(Direktion Umwelt und Landschaft, DUL, ab 1.1.2010 Direktion Umwelt und Betriebe, DUB)

24.1. Beratungen, Bewilligungen, Inspektionen im Umweltschutz

Luft

Kleinf Feuerungen

In der Heizperiode 2008/2009 sind insgesamt 1'734 Öl- und Gasfeuerungen kontrolliert worden. Davon mussten 28,3% wegen Grenzwertüberschreitungen beanstandet werden. Bei den meisten beanstandeten Anlagen ist bereits eine Sanierungsfrist erteilt worden. Insgesamt sind 42 Sanierungsverfügungen ausgesprochen worden.

Grossfeuerungen

Total 12 Grossfeuerungsanlagen sind gemessen worden. Dabei musste eine Anlage beanstandet werden.

Spezialanlagen

Im Berichtsjahr sind 8 Holzfeuerungen mit einer Feuerungswärmeleistung von >70 kW von spezialisierten Messfirmen gemessen worden. Zwei Anlagen mussten beanstandet werden.

Klagen

Insgesamt sind 18 Klagen wegen Geruchsbelästigungen (Abluft Restaurants, etc.) eingegangen. Die Bearbeitung solcher Klagen ist meistens sehr zeitaufwändig und die Beanstandungen können zum Teil erst nach einer längeren Zeitperiode endgültig abgeschlossen werden.

Immissionsmessungen

In Köniz werden seit 15 Jahren Messungen von NO₂ in der Aussenluft – so genannte Immissionsmessungen – durchgeführt. Die gemessenen Werte decken sich mit denen im Vorjahr. Aus der Grafik (Köniz in Zahlen) sehen wir wiederum eine typische NO₂-Zunahme während der Heizperiode. Nach wie vor wird der Jahres-Immissionsgrenzwert im Zentrum Köniz überschritten. Die Messwerte an der Seftigenstrasse in Wabern liegen im Grenzwertbereich. Die Hauptquellen des NO₂ sind der motorisierte Verkehr, die Baumaschinen, die landwirtschaftlichen Fahrzeuge und die Heizungen.

Lärm

Lärm von Privaten

Im Berichtsjahr mussten wir uns vor allem mit der Lärmproblematik von Wärmepumpenanlagen befassen und werden dies auch in Zukunft tun müssen. Aufgrund eines Entscheids der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern im Juni 2009, wird in Zukunft beim Einbau einer Wärmepumpe immer ein Baugesuch verlangt. Somit können wir schon vor dem Einbau der Wärmepumpen allenfalls eingreifen, wenn mit zu hohen Schallpegeln beim Nachbarhaus zu rechnen ist.

Betriebslärm

Betriebslärm von Industrie und Gewerbe gibt immer wieder Anlass zu Klagen aus der Anwohnerschaft. Ausser in einem Fall konnten mit vernünftigem Aufwand Verbesserungen erzielt werden.

Schiessanlagen

Der Antrag zur Sanierung der stillgelegten 300m-Schiessanlagen wurde vom Parlament an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Kostenverteilung mit den Schiessvereinen und dem Kanton verbindlich zu klären und aufzuzeigen.

Ein Folgeantrag für die dringliche Sanierung der 300m-Anlagen Thörishaus und Gasel wurde an den Gemeinderat zurückgewiesen mit dem Auftrag, aufzuzeigen wo genau die Zufahrten erfolgen und eine Übersicht der Kostenfolgen vorzulegen.

Bauvorhaben

Bei den Bauvorhaben werden die Umweltschutzvorschriften in den Bereichen Luftreinhaltung, Lärm-, Boden- und Grundwasserschutz überprüft. Im vergangenen Jahr sind unserer Fachstelle 244 Bauvorhaben (Vorjahr 228) zur Beurteilung dieser Umweltschutzvorschriften eingereicht worden. Dabei wurden 131 Fachberichte (128) mit den detaillierten Auflagen ausgefertigt. Ein Umweltverträglichkeitsbericht musste begutachtet werden.

Weitere Tätigkeiten

Sonderabfall

Siehe unter 26, Ver- und Entsorgung.

Gefahrguttransporte

Im Berichtsjahr sind 9 Gefahrguttransporte mit einer Gesamtmenge von 19,9 t durchgeführt worden. Die Beförderungspapiere und der Abtransport durch eine qualifizierte Entsorgungsfirma haben zu keiner Beanstandung geführt und es ist nie zu einem Zwischenfall (Unfall, chemische Reaktion, usw.) gekommen.

Unerlaubtes Verbrennen

10 Klagen wegen illegalem Abfall- oder Grüngutverbrennen sind eingegangen. In einem Fall musste eine Busse ausgesprochen werden, bei den andern Fällen ist eine mündliche oder schriftliche Verwarnung ausgesprochen worden oder die Klage war unbegründet.

Abwasserkontrolle in Industrie & Gewerbe

Die Abwasserkontrolle von Industrie- und Gewerbebetrieben wird von einer Fachperson der DUL für die Direktion Gemeindebetriebe wahrgenommen.

24.2. Beratungs- und Koordinationsleistungen Energie und Nachhaltigkeit

Energie

Beratungsdienstleistungen

Die Bevölkerung der Energiestadt Köniz nimmt zunehmend die Dienstleistungen der Fachstelle Energie in Anspruch. Insgesamt wurden 113 Anfragen registriert, im Vorjahr waren dies 92 (2007: 73). Während die gemeindeeigene Anlaufstelle vorwiegend Fragen zu Förderbeiträgen, Vorgehen bei Sanierungen, etc. beantwortet und themenspezifische Informationen auch zielgruppenorientiert zur Verfügung stellt, ist die Energieberatung Region Bern mandatiert, technische Auskünfte, vorwiegend im Zusammenhang mit Sanierungen und der Substitution von Heizsystemen, zu geben. Dies falls gewünscht auch vor Ort. Die Beratungen der Fachstelle Energie und der Energieberatung Region Bern ergänzen sich demnach. Im Zuge einer Neureglung der Finanzierung dieser Stelle hat der Gemeinderat auf Antrag des Vereins Region Bern (vrb) beschlossen, diese ab dem Jahr 2010 mit CHF --.50 pro Einwohnerin, bzw. Einwohner mitzufinanzieren. Somit stehen markant mehr Kapazitäten für diese Beratung zur Verfügung. Es ist vorgesehen, dass das Mandat der Energieberatung Region Bern im Verlaufe des Jahres 2010 neu ausgeschrieben wird.

Grundlagen

Aufgrund einer Motion wurde eine Energiestrategie 2010-2035 erarbeitet und dem Parlament zur Kenntnis gebracht. Die Arbeiten für ein anderes strategisches Instrument, für den Richtplan Energie, wurden ausgeschrieben und in Angriff genommen. In Köniz herrscht insofern eine vorteilhafte Situation, als dass zeitgleich zum Richtplan Energie auch die übrigen Richtpläne erarbeitet werden. Vertiefte Abklärungen wurden bezüglich der Verwertung von Biomasse getroffen: Es liegt nun eine Grundlage vor, welche Vor- und Nachteile einer Feldrandkompostierung, einer landwirtschaftlichen Biogasanlage und einer überkommunalen Biogasanlage aufzeigt. Der Entscheid zum weiteren Vorgehen wird vom Gemeinderat im ersten Halbjahr 2010 gefällt.

Öffentlichkeitsarbeit

Wie jedes Jahr hatte die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Neben Artikeln in mehreren Ausgaben des "Köniz Innerorts" waren der Tag der Sonne im Mai und der Energyday im Oktober die wichtigeren Aktivitäten in diesen Bereich. Die Website wurde aktualisiert und mit Energietipps ausgebaut. Zudem konnten externe Partner unterstützt werden, die Anlässe zum Thema Energie durchführten. Dies in Form von Hilfe bei der Organisation, bei der Vermittlung von Kontakten oder der Teilnahme an Diskussionen. Ein Referat des Energieberaters der Region Bern über thermische Solarenergie stiess mit weit über 100 Zuhörenden auf ein erfreulich grosses Interesse.

Mobilitätsmanagement, -beratung

Als Mitglied von NewRide hat die Gemeinde Köniz im letzten Jahr wiederum aktiv dazu beigetragen, die Bekanntheit des Elektrowelos zu fördern. Köniz ist – zusammen mit Bern und Wohlen – neu Mitglied der E-Scooter-Region Bern. An zwei Aktionstagen wurden Probefahrten mit Elektrowelos und E-Scooter organisiert und mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Mit der voraussichtlichen Zunahme von E-Scootern wird die Nachfrage nach entsprechenden Ladestationen zum Thema werden, weshalb erste konzeptionelle Überlegungen dazu gemacht wurden. Die Bevölkerung von Köniz kann neu ein wertvolles und pragmatisches Instrument für die Einschätzung des Mobilitätsverhaltens in Anspruch nehmen, mehr Informationen sind auf der Homepage www.mobilitätsdurchblick.ch aufgeführt. Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger erhalten zudem seit Anfang 2009 ein attraktives Mobilitätsset mit praktischen Informationen.

Was den Bereich Mobilitätsmanagement in Unternehmen betrifft, konnten wiederum Firmen beraten werden, allerdings weniger als im Vorjahr. Im Mobilitätsmanagement der Gemeindeverwaltung hat der Gemeinderat aufgrund der negativen Stellungnahme der Personalvereinigung auf die Einführung eines Ökobonus für die Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung verzichtet.

Nachhaltige Entwicklung

Mit der neuen Projektleitung wurden die Bestrebungen zur Einführung der Nachhaltigen Entwicklung in die Gemeindepolitik weiter vorangetrieben. Nachdem der Prozess im Jahr 2008 aufgrund von personellen Engpässen stagnierte, konnte im Mai 2009 das Dokument "Nachhaltige Entwicklung in der Gemeinde Köniz, Bericht zum Prozess Lagebeurteilung" überarbeitet und abgeschlossen werden. Dieser Bericht schliesst die Arbeiten zur Bestandesaufnahme der Gemeinde Köniz bezüglich Nachhaltigkeit ab und zeigt mögliche Handlungsfelder für den weiteren Weg hin zu einer nachhaltigen Gemeinde auf. Die Arbeitsgruppe Nachhaltige Entwicklung hat den Bericht verabschiedet. Er wurde im Herbst vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Weiter hat der Gemeinderat ein Organisationspapier Nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Dieses Papier legt Aufgaben und Kompetenzen der verschiedenen Akteure im Zusammenhang mit der Integration der Nachhaltigen Entwicklung in die Gemeindepolitik und -verwaltung fest. Es regelt die Organisation innerhalb der Verwaltung und dient weiter als Grundlage zur Festlegung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen.

Der Gemeinderat hat im gleichen Beschluss festgehalten, dass die Legislaturplanung 2010-2013 unter Einbezug der Kriterien der nachhaltigen Entwicklung erarbeitet werden soll.

Die vorangehend aufgeführten Berichte und Beschlüsse dienen als Grundlage zur Beantwortung der Motion 0505 (SP/JUSO;GB;CVP) "Einführung der 'Lokalen Agenda 21' in der Gemeinde Köniz". Der Antrag auf Abschreibung der Motion wurde vom Parlament gutgeheissen.

Des Weiteren wurden in der Verwaltung vermehrt Projekte einer Nachhaltigkeitsbeurteilung unterzogen. Die Ortsplanungsrevision wird von einer ausgewiesenen Fachperson für Nachhaltigkeitsbeurteilung begleitet. Ebenso wurde in einer Vergleichsstudie die Verwertung von Grünzug in der Gemeinde Köniz nach Kriterien der Nachhaltigkeit beurteilt.

Besonderes

Energiestadt

Köniz war Ende November 2009 im Benchmark der Energiestädte auf Platz 21 rangiert, nur knapp 10% aller Energiestädte in der Schweiz sind besser platziert. Gemäss dem Audit-Bericht der Energiestadtberaterin von Mitte Jahr 2009 können folgende Bereiche der Energiepolitik als "Leuchttürme" bezeichnet werden: Gemeindeeigene Bauten, private Bauten, bzw. aktive Bodenpolitik, Mobilität sowie Kommunikation. Aufgrund der Einschätzung der Energiestadtberaterin kann sich Köniz noch weiter verbessern, so beispielsweise mit der Erarbeitung des Richtplans Energie, mit der Umsetzung der Energiestrategie, mit der Erweiterung der Energiebuchhaltung auf alle Liegenschaften der Gemeinde, mit der Revision des Baureglements, bzw. einer Festlegung eines Höchstanteils an nicht erneuerbarer Energie, mit einer Förderung des Energiemanagements in Betrieben sowie mit der Einführung einer ökologischen Beschaffung in der Gemeindeverwaltung.

Ausblick

Im Jahr 2010 wird Köniz das "10-Jahres-Jubiläum" als Energiestadt feiern können. Dies soll zum Anlass genommen werden, die Bevölkerung im Bereich Energie noch vermehrt zu sensibilisieren. Anstehen werden die Vorbereitungsarbeiten für das Re-Audit im Jahr 2011. Wenn möglich, wird bereits zu diesem Zeitpunkt das Label "Energiestadt Gold" angestrebt. Im Weiteren werden die Umsetzung der Energiestrategie und die Arbeiten am Richtplan Energie wichtige Themen sein.

25. Landschaft

(Direktion Umwelt und Landschaft DUL, ab 1.1.2010 Direktion Umwelt und Betriebe, DUB)

25.1. Friedhöfe

Die fünf Friedhöfe der Gemeinde werden in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeindebauten (Friedhofgebäude) und dem Bestattungs- und Erbschaftsdienst (Verstorbene) verwaltet und unterhalten.

Alle Friedhöfe befinden sich dank laufender Unterhaltsarbeiten in einem sehr guten und gepflegten Zustand. Die verbreitete „Nebennutzung“ der Anlagen als Naherholungsgebiete ist erfreulich, gibt zuweilen Anlass zur persönlichen Besinnung und rechtfertigt damit einen gewissen zusätzlichen finanziellen Aufwand.

Die vorgesehenen Grabfeldaufhebungen wurden fristgerecht im Frühling vorgenommen. Eine weitere Gemeinsamkeit aller Anlagen waren die durch den Schneefall um die Jahreswende ausgelösten Schäden an den Gehölzen. In Koordination mit den Aufräumarbeiten wurde auch ein Baum- und Pflegeinventar von externen Experten erstellt, um die Sicherheit der Friedhofsbesucher zu gewährleisten.

Um dem Bedürfnis vieler Hinterbliebener gerecht zu werden - den Namen der Verstorbenen im Gemeinschaftsgrab hinterlassen zu können, wurde ein Projekt erarbeitet, bei dem Ende des Berichtsjahrs mit der Ausführung begonnen werden konnte. In allen aktiven Friedhöfen werden nun bei den Gemeinschaftsgräbern Skulpturen aufgestellt, auf welchen die Namen der Verstorbenen hinterlassen werden können.

Friedhof Köniz

Die Planung der nötigen Erweiterung der Grabfelder im mittleren Friedhofteil, angrenzend an die Urnennischenanlage II sowie die Wegverbindung von der Aufbahnhalle zur Kirche, wurde durch ein externes Planungsbüro vorgenommen. Im Spätherbst konnte mit der Ausführung (Holzfällarbeiten und Abbruch) begonnen werden. Beim Einsatz mit der Gewässerunterhaltsequipe und den Zivilschutzpflichtigen wurden Schlamm und Pflanzenmaterial aus dem Teich und dem Bachlauf entfernt. Dieser kurzfristig veranlasste Einsatz führte zu Schwierigkeiten mit der Materialentsorgung. Der Grossteil des Schlammes (260 Tonnen) wurde auf der Deponie Gummersloch abgelagert. Der Rest wurde vorübergehend zur Entwässerung neben dem Teich aufgeschüttet.

Friedhof Niederscherli

Die Erweiterung der Urnennischenanlage wurde im Sommer fertig gestellt und in Betrieb genommen. Die Arbeiten zur Sanierung der Frischwasserleitung konnten beendet werden. Leider gibt es auf diesem Friedhof immer wieder Meldungen von kleineren Vandalenakten beim Gebäude. Die Schäden werden nach Bekanntwerden immer möglichst rasch behoben.

Friedhof Wabern Nesslerenholz

In diesem Friedhof wurde die Möglichkeit der Umsetzung eines Waldfriedhofs und eines Moslemgrabfeldes untersucht. Abklärungen dazu werden momentan durch die Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL) getroffen.

Friedhof Oberwangen und Friedhof Wabern Dorf

In diesen zwei Friedhöfen gab es, ausser den oben erwähnten Gegebenheiten, für das Jahre 2009 keine grösseren aussergewöhnlichen Arbeiten im Aussenraum.

25.2. Landschaftsplanung und -pflege

Unterstützung und Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen

Der Dienstzweig Landschaft beteiligte sich als Fachstelle in der Verwaltung an zahlreichen Planungsgeschäften: An der Ortsplanungsrevision, an den Planungen Ried, Hertensbrünnen, Spiegelstrasse/Zentrum, Morillon.

Grünanlagen und Bäume

Der Unterhalt von Grünflächen und Spielplätzen wird jeweils für die Dauer von 4 Jahren ausgeschrieben. Dieses Submissionsintervall dauerte bis Ende des Jahres 2009. In der zweiten Jahreshälfte wurden deshalb die Pflegearbeiten für die Grünflächenpflege, die Spielplätze und den neu erstellten Park ausgeschrieben und für die neue Periode von 2010 bis 2013 an externe Gartenbauunternehmen vergeben.

Für die Pflege der Strassenbäume sind die bestehenden Aufträge bis Ende 2013 gültig (8-jähriges Submissionsintervall).

Die Anlagen und Bäume wurden im Lauf des Jahres beim Vorliegen von Problemen und vereinzelt nach dem Zufallsprinzip besichtigt. Die periodische Kontrolle aller Bäume wurde im Spätherbst 2009 begonnen, mit Abschluss bis Frühjahr 2010. Im Winter 08/09 führten Schneedruckschäden zu einem grossen Aufwand an Schnitt-, Aufräum- und Korrekturarbeiten.

Als Fachstelle ist der Dienstzweig Landschaft auch regelmässig Anlauf- und Auskunftsstelle für verschiedenste "Grünfragen" aus der Bevölkerung. Häufige Themen sind Baumschutz, Spielplätze, Amphibien, Neophyten oder Anlagenunterhalt.

Spiel- und Aufenthaltsplätze

Der Erneuerungsprozess der öffentlichen, durch die AUL unterhaltenen Spielplätze der Gemeinde befindet sich in vollem Gange. Die meisten Spielplätze befinden sich in einem ordentlichen Zustand. Zusätzlich zum allgemeinen Unterhalt durch die Gärtner werden sie bei Bedarf jede Woche gesäubert. Einige Plätze (Hessstrasse und Buchsee) warten noch auf eine grössere Sanierung, die 2010/2011 durchgeführt wird. Der Spielplatz Wabersacker wurde saniert und dem Kindergarten zugeschlagen. Er gilt nach wie vor als öffentlicher Spielplatz, wird aber während der Schulzeit fast ausschliesslich durch den Kindergarten genutzt und durch die Schulabteilung unterhalten. Der Spielplatz Hohle Gasse konnte nach einiger Verzögerung endlich erneuert werden und erfreut sich nun grosser Beliebtheit.

Die AUL hat eine Regelung mit dem Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung getroffen, um kleinere Reparaturen, vor allem das Instandstellen von Ruhebänken, durch sie ausführen zu lassen. Diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut und schon manch ein Spaziergänger konnte sich über schöne, sanierte Sitzbänke freuen.

Liebefeld Park

Der Entscheid zum Bau des Parks wurde durch das Parlament am 27. August 2007 gefällt.

Mit dem Bau wurde 2008 begonnen. Das Jahr 2009 war geprägt von der Baufertigstellung, der Einweihung und der "In-Besitznahme" des Parks durch die Bevölkerung.

Der Stand der Bauarbeiten vor der Winterpause 08/09 war sehr zufriedenstellend gewesen. Spätwinter und Frühling 09 waren dann aber ungünstig für die Fortsetzung der Arbeiten, so dass die Fertigstellungsarbeiten und die Entwicklung der Grünflächen und der Bepflanzung erst knapp auf die Einweihung Mitte August den erhofften Stand erreichten.

Wesentliche Arbeiten nebst dem eigentlichen Bauprojekt waren in der ersten Jahreshälfte die Begleitung der Jurierung zum Namenswettbewerb sowie die aufwändige Sponsoringaktion für Brunnen, Bänke, Geräte und die Baumpatenschaften. Die Parkverordnung wurde durch die Arbeitsgruppe fertig gestellt und nach dem Mitwirkungsverfahren durch den Gemeinderat per 24. Juni 2009 in Kraft gesetzt.

Mit erheblichem Aufwand für Projektleitung und Abteilung verbunden war die Vorbereitung des Einweihungsfests. Die Hauptverantwortung dafür lag bei der Kommunikation Köniz. Das Fest fand vom 14. bis 16. August 2009 unter besten Wetterbedingungen statt.

Ab August wurde der Park durch die Öffentlichkeit rege benützt und es konnten die ersten Erfahrungen gemacht und Rückmeldungen gesammelt werden. Es zeigte sich, dass die knapp bemessene erste Etappe eine Reihe von Wünschen noch nicht erfüllte, erwähnt seien hier die Wegbeläge und die Spieleinrichtungen. Zurzeit wird geprüft, ob sich einzelne dieser Anlagenteile zusammen mit dem noch nicht erstellten WC im Frühjahr 2010 realisieren lassen.

Zum Abschluss des Jahres wurde der Liebefeld Park durch "Hochparterre" (Zeitschrift für Architektur und Design) und das Schweizer Fernsehen als bestes Projekt in der Kategorie Landschaft mit dem goldenen Hasen ausgezeichnet.

Baubewilligungsverfahren

Der Dienstzweig beurteilte Baugesuche bezüglich Wasserbau und Umgebungsgestaltungsplänen zuhanden des Bauinspektorats.

Ackerbaustelle

Die jedes Jahr wiederkehrenden Erhebungen und Abklärungen für die Ausrichtung der Beiträge (Direktzahlungen an die Landwirte) wurden wie folgt durchgeführt:

- Agrardatenerhebung im Frühjahr.
- Herbstenerhebungen.
- Für die durch das Amt für Landwirtschaft (LANAT) angeordnete Kontrolle der Anzahl Tiere, der Flächen und der Extensivproduktion (agrarpolitische Massnahmen), wurden 12 von 139 Landwirtschaftsbetrieben durch die Feldkontrolleure kontrolliert.
- Bedingt durch den sehr langen Winter mit schneebedeckten Wiesen von Anfang November bis ins Frühjahr, mussten einzelne Bauern notfallmässig Hofdünger ausbringen. In Bezug auf den notfallmässigen Hofdüngeraustrag wurde an die Sorgfaltspflicht (Gefälle, Distanz zu Gewässern, etc.) der Landwirte appelliert.

Zur Schaffung von ökologischen Ausgleichsflächen werden gestützt auf den Richtplan "Ökologische Vernetzung" Verträge abgeschlossen und Beiträge ausbezahlt

Die Landschaftsschutzbeiträge wurden gestützt auf den im November 2005 durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) genehmigten Richtplan ökologische Vernetzung (RÖV) und dessen Reglemente ausbezahlt. Es wurden vier Verträge infolge Betriebsauflösungen gekündigt. In Bezug auf den RÖV und die 125 Verträge wurde ein Beitrag von CHF 120'318.75 an die Beitragsnehmer ausbezahlt. Die ökologischen Ausgleichsflächen (öAF) setzen sich für das Jahr 2009 wie folgt zusammen:

	Aren
Extensiv genutzte Wiese (EXWI)	3'906
Hecken / Feldgehölze	683
Hochstammfeldobstbäume (1 Stk. / Are)	5'164
Streulflächen	7
stehende Gewässer	1
Buntbrachen	186
Rotationsbrachen	82
Einzelbäume	9
Sonderbeiträge	91
Total	10'129

Für den Vollzug des Landschaftsschutzes sowie für Beratung und Kontrolle für die neu abzuschliessenden Verträge waren zwei Feldkontrolleure im Einsatz.

Pflanzenkrankheiten und unerwünschte Arten

Das gesamte Gemeindegebiet wurde auch dieses Jahr auf Feuerbrand, eine bakterielle Erkrankung der Kernobstbäume, kontrolliert. Dank der kalten Witterung im Frühling (durch warme Temperaturen während der Blütezeit ist die Ansteckungsgefahr am grössten) wurde das Bakterium aber in seiner Entwicklung gehemmt und der Befall in der Gemeinde Köniz war sehr gering. Gleichzeitig mit der Feuerbrandkontrolle wurden auch invasive Neophyten – gebietsfremde, die einheimische Flora konkurrenzierende Pflanzen – teilweise erfasst, um ein Inventar zu erstellen und Massnahmen zu deren Bekämpfung zu entwickeln. Neophyten können auch grosse Schä-

den in der Land- und Forstwirtschaft und an gebauten Strukturen verursachen. Im Rahmen einer grösseren Aktion wurden die Neophyten auf der rekultivierten Deponie Gummersloch bekämpft.

Gefahrenkarte wurde durch den Oberingenieurkreis II (OIK II) anerkannt

Die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung verlangen die Erarbeitung einer Gefahrenkarte. Zudem konkretisiert das kantonale Waldgesetz, dass die Gefahrenkarten durch die Gemeinden zu erstellen sind. Im Rahmen der Gefahrenprävention dient die Gefahrenkarte primär der Ausscheidung von Gefahrenzonen und der Formulierung von Bauauflagen. Die Gefahrenkarte wurde im Berichtsjahr realisiert und durch den Oberingenieurkreis II des kantonalen Tiefbauamts schriftlich ("Gefahrenkarte Gemeinde Köniz vom Juni 2009, Anerkennung, zukünftige Aktualisierung und Hinweise") anerkannt. Gestützt auf den Regierungsratsbeschluss vom 20. Juni 2007 (RRB 1076) sind die Gemeinden verpflichtet, die Gefahrenkarte zwei Jahre nach dem Erlass in der Ortsplanung umzusetzen. Die Gefahrenkarte soll 2010 der Bevölkerung vorgestellt werden.

Der Unterhalt und wo nötig die Sanierung der Gewässer auf Gemeindegebiet sind sichergestellt

Diverse Gewässer wurden durch die Gewässerunterhaltsequipe (externe, im Stundenlohn angestellte Landwirte) unterhalten. Die Arbeiten umfassen das Reinigen von Rechen, das Abflachen von Wiesenbachrändern, der Sohlenaushub von verkrauteten Bachabschnitten, das Zurückschneiden von Bachgehölzen und das Leeren der Sandfänge. Mit dem bis in das Frühjahr dauernden Winter und dem daraus resultierenden Schneedruck, fielen zahlreiche Bäume in die Gewässer. Die Gewässerprofile mussten von deren Holz befreit werden, damit die Abflusskapazität gewährleistet bleibt. Grössere Holzschläge wurden mit Hilfe der Gewässerunterhaltsequipe und dem Einsatz von Zivilschutzpflichtigen im Wangental, in den Senseauen und beim Teich Ried durchgeführt. Gleichzeitig wurden Unkentümpel für Amphibien angelegt, der Teich Ried gesäubert und von Pflanzenmaterial und Algen befreit.

Mit Personal aus der Abteilung Verkehr und Unterhalt wurden die gemeindeeigenen Rechengebäude unterhalten. Die Unwetterschäden aus dem Jahr 2007 konnten alle bis auf einen Gewässerabschnitt am Scherlibach behoben werden. Die Sanierung dieses Abschnitts würde Kosten verursachen, die über dem zu erwartenden Schadenpotenzial liegen. Dem betroffenen Grundeigentümer wird eine einmalige Abgeltung angeboten.

Wasserbauprojekte

An der Sense im Gäu wurde die weggespülte Uferböschung saniert. Danach konnte der Wanderweg wieder in die alte Linienführung verlegt werden.

Im Köniztal konnte der Talbach in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kehrsatz und der Burgergemeinde Bern saniert werden. Das Gewässer wurde abschnittsweise verlegt und es wurde ein zusätzlicher Kiesfang erstellt. Die insgesamt zwei Kiesfänge werden durch die Gemeinden Kehrsatz und Köniz unterhalten. Mit dieser Sanierung können nun Übersarungen (Ablagerung von Geschiebe ausserhalb des Bachbetts) und Schäden durch künftige Hochwasser verhindert werden.

26. Ver- und Entsorgung

(Direktion Gemeindebetriebe DBE, ab 1.1.2010 Direktion Umwelt und Betriebe, DUB)

26.1. Wasserversorgung

Planung, Projektierung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der notwendigen Anlagen der Wasserversorgung für die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, des Gewerbes und der Industrie mit Trink- und Brauchwasser sowie Bereitstellung von Löschwasser für die Feuerwehr

Die Wasserversorgung samt Hydrantenlöschschutz ist gemäss Feuerschutz- und Feuerwehrgesetz und Wasserversorgungsgesetz des Kantons Bern eine Gemeindeaufgabe. Um die Versorgung jederzeit zu gewährleisten, sind einerseits Strategien, Planungen, Konzepte und Analysen notwendig. So hat die Wasserversorgung 2009 die generelle Wasserversorgungsplanung überprüft, Energieanalysen erarbeitet und eine Investitions- und Erneuerungsplanung Leitungsnetz entwickelt. Andererseits müssen aber auch die personellen und finanziellen Ressourcen für den Werterhalt bereitgestellt werden. Investitionen konnten aus verschiedenen Gründen (personelle Unterbesetzung, Einsparungen gegen Konzessionserneuerung, usw.) nicht im gewünschten Ausmass realisiert werden. Das durchschnittliche Leitungsalter ist auf Grund der geringen Erneuerungsrate leicht gestiegen. Im Berichtsjahr war die Versorgung, mit Ausnahme von kurzzeitigen lokalen Unterbrüchen infolge Unterhaltsarbeiten, jederzeit im vollen Umfang gewährleistet.

Pikettendienst und rasche Reparatur von Leitungsdefekten sowie Behebung von Störungen

Die Wasserversorgung ist ein "Rund-um-die-Uhr Betrieb". Daher muss ausserhalb der Arbeitszeit eine geeignete Pikettorganisation die Versorgung sichern. In Köniz wird dies durch die Mitarbeitenden der Dienstzweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung übernommen. Um das nötige Wissen und die Fachkenntnisse zu vermitteln und zu erhalten, wurden für die Pikettleiter interne Schulungen – so genannte Pikett-WK's – durchgeführt. Weiter sind die Rohrlegearbeiten bei zwei Leitungsbauprojekten durch das eigene Monteurpersonal ausgeführt worden, was zur Erhaltung der Routine beiträgt. Die Pikettorganisation hat sich gut bewährt, das Team ist eingespielt und hat im Berichtsjahr alle Ereignisse kompetent bewältigt. Die grosse Verantwortung in einer Ausnahmesituation (Versorgung von 42'000 Einwohnern bei Anlagewerten von CHF 250 Mio.) kann die Pikettleistenden einem hohen Druck und Stress aussetzen, was es im Auge zu behalten gilt.

Gewährleistung der Wasserqualität

Die Lebensmittelgesetzgebung verpflichtet die Wasserversorgungen zur Selbstkontrolle. Um die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Wasserqualität jederzeit einhalten zu können ist eine umfangreiche Qualitätssicherung notwendig. Erforderliche Massnahmen werden grundsätzlich im Tagesgeschäft umgesetzt. Nachfolgend sind nur einige ausgewählte erwähnt.

Online-Überwachung in den Grundwasserfassungen

Nachdem in den Jahren 2004 und 2005 bereits alle drei Quelfassungen mit Geräten zur permanenten Messung der Wasserqualität ausgerüstet werden konnten, liessen sich damit erste Erfahrungen sammeln. Die Online-Messungen laufen gut und haben sich bewährt. 2008 hat das Parlament einen Kredit in der Höhe von CHF 685'000 bewilligt, um auch die beiden Grundwasserfassungen Selhofen-Zopfen und Sense matt mittels Online-Messungen zu überwachen. Die erste Etappe mit Überwachung in den Fassungsbrunnen konnte in Betrieb genommen werden. Sollte die Wasserqualität von den programmierten Referenzwerten abweichen, wird ohne Verzögerung der 24h-Pikettendienst der Wasserversorgung alarmiert. Dieser stellt die betroffene Fassung sofort ab. So kann kein Wasser ins Netz gelangen, dessen Qualität nicht garantiert werden kann. Anschliessend werden Wasserproben erhoben und im Labor untersucht. Erst wenn die Ursache gefunden und die notwendigen Sicherheitsmassnahmen ergriffen sind, darf die Fassung wieder in Betrieb genommen werden.

Wasserproben

Zur Qualitätsüberwachung wurden gemäss Probenahmeplan der Wasserversorgung in den Fassungen, den Reservoiren sowie im Leitungsnetz diverse Wasserproben genommen und sowohl mikrobiologisch wie auch chemisch untersucht. Die gesetzlichen Grenzwerte waren immer eingehalten. Das Trinkwasser entsprach stets den Richtlinien des Lebensmittelbuchs.

Lebensmittelkontrolle durch Kanton

Im Kanton Bern werden die Wasserversorgungen regelmässig vom Lebensmittelinspektorat des kantonalen Laboratoriums Bern inspiziert. Dies mit dem Zweck, die Einhaltung der Vorschriften der strengen Lebensmittelgesetzgebung zu kontrollieren. Anlässlich der Inspektion im März 2009 attestierte der Lebensmittelinspektor der Wasserversorgung Köniz die höchste Qualitätsstufe. Im Inspektionsbericht ist unter anderem festgehalten: "Die inspizierten Anlagen wurden in einem sauberen und gut unterhaltenen Zustand vorgefunden. Das Selbstkontrollsystem war umfassend und gut umgesetzt. Die Anlagen entsprechen dem Stand der Technik." Dieses erfreuliche Ergebnis konnte dank der hohen Fachkompetenz und dem Engagement aller Mitarbeitenden erreicht werden.

Vorbereitung der Trinkwasserversorgung in Notlagen

Das Wasserversorgungsgesetz des Kantons Bern verpflichtet die Gemeinden zu einem Versorgungskonzept in Notlagen (Stromausfall, Erdbeben, usw.). Auf Grund der Grösse unserer Versorgung ist dieses Konzept sehr komplex. Die Teilkonzepte "Notstrombetrieb von Schlüsselanlagen" und "Wassertransport" stehen vor dem Abschluss. Danach kann die Planung abgeschlossen und umgesetzt werden.

26.2. Abwasserentsorgung

Sammlung, Fortleitung und Reinigung des Abwassers inkl. Entsorgung des Klärschlammes

Das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer bezweckt die Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen. Die Grundaufgaben des Produkts wurden erfolgreich in Zusammenarbeit mit unseren zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) Sensetal in Laupen und der ARA Region Bern AG in Bern-Neubrück sichergestellt. Die Entsorgungssicherheit, die Regenwasserentsorgung, die Siedlungshygiene und der Gewässerschutz waren gewährleistet. Weitergehende Infos: www.ara-bern.ch und www.sensetal.ch

Planung, Projektierung, Erstellung, Betrieb, Unterhalt und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen

Das Parlament bewilligte im Jahre 2004 einen Rahmenkredit von 3.75 Millionen Franken für die Sanierungsmassnahmen aus dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) Wangental. Die zentrale Massnahme aus dem GEP, das Regenüberlaufbecken Rehhag, konnte mit grosser Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht und dem Betrieb übergeben werden. Die Restarbeiten stehen im 2010 vor dem Abschluss.

Ein weiterer Meilenstein wurde im Februar mit der Genehmigung des GEP Untere Gemeinde durch das kantonale Amt für Wasser und Abfall (AWA) und die anschliessende Inkraftsetzung durch den Gemeinderat erreicht. Im Mai bewilligte das Parlament einen Rahmenkredit von 4.6 Millionen Franken für die Umsetzung der Massnahmen dieses GEP. Mit der Realisierung der ersten Massnahmen konnte im Herbst begonnen werden.

Die Aufrechterhaltung der Funktionstauglichkeit der Abwasseranlagen konnte jederzeit gewährleistet werden. Nach 30 Dienstjahren ist der Vorarbeiter der Kanalgruppe in den wohl verdienten Ruhestand getreten. Ein junger engagierter Nachfolger konnte angestellt werden.

Durchführung der Gewässerschutz-Bewilligungsverfahren nach Gesetz mit Aufsicht über die öffentlichen und privaten Abwasseranlagen

Sämtliche Gewässerschutzgesuche konnten wiederum termingerecht bewilligt werden. Die Anzahl der Gewässerschutzgesuche liegt trotz Wirtschaftskrise im Bereich des Vorjahres. Im Zusammenhang mit dem Baubewilligungsverfahren wurden bei 124 Liegenschaften Kanalfernsehaufnahmen durchgeführt. Darauf basierend konnten 2'508 Meter mit Inlinern saniert oder die bestehenden Leitungen mit Kunststoffrohren ersetzt werden.

26.3. Dienstleistungen für die Abfallbewirtschaftung

Dienstleistungen zur Einsammlung und Verwertung

Der Grundauftrag zur Sammlung von Siedlungsabfällen wurde im Umfang des Vorjahres weitergeführt. Aufgrund von Anregungen aus der Bevölkerung und von Mitarbeitenden wurden punktuelle Verbesserungen realisiert. Im Bereich Papiersammlung wurde die Zusammenarbeit mit den Schulen und Pfadi nach neuen Vereinbarungen realisiert. In der Antwort auf die Interpellation 0909 „Zur Sauberkeit der Könizer Sammelstellen“ konnte gezeigt werden, dass die Gemeinde laufend intensive Unterhaltsarbeiten ausführt. Das älteste der fünf Kehrriechtsammelfahrzeuge wurde durch ein modernes ersetzt. Für den notwendigen Ersatz von zwei weiteren hat der Gemeinderat für 2010 einen Investitionskredit bewilligt. Die Bereitstellung des Grauguts durch die Bevölkerung erfolgte zu einem kleinen Teil nicht reglementskonform. Deshalb wurden die Massnahmen zur Durchsetzung verstärkt. Die Effizienz der Abfallsammlung ist in den vergangenen Jahren gesteigert worden. Sie stösst heute stark an personelle und finanzielle Grenzen. Um die Spezialfinanzierung „Abfallbewirtschaftung“ weiterhin zu sichern, wird in Kürze eine Anpassung der seit 1994 unveränderten Gebührentarife notwendig.

Grundlagen zur Steuerung und Entwicklungsplanung

Der Produktauftrag und das Abfallreglement verlangen eine regelmässige Überprüfung des Abfallkonzepts und Weiterentwicklung der Dienstleistungen. Dazu fehlten bisher wichtige Grundlagen. Mittels Felddatenerhebungen, Recherchen und Auswertungen wurden im Berichtsjahr Teile des Ist-Zustandes der Abfallbewirtschaftung in Köniz aufgezeichnet. Damit liegen nun Angaben wie z.B. der Stand der Dienstleistungen, der Kommunikationsmittel und der Entwicklung von Sammelmengen sowie eine Kartierung mit Inventar der Sammelinfrastruktur vor.

Start eines Projekts zur Abfallvermeidung

Der Produktauftrag verlangt Öffentlichkeitsarbeit mit Schwerpunkt in der Abfallvermeidung. Unter Federführung der Stadt Bern hat sich eine Trägerschaft mit der Gemeinde Köniz und weiteren Gemeinden zum Ausbau der Webseite www.reparaturfuehrer.ch gebildet. Die Gemeinde Köniz hat während des ganzen Jahres das Projekt "Reparieren statt wegwerfen" durchgeführt. Dies mit dem Ziel, Arbeit und Wertschöpfung im lokalen Gewerbe zu fördern und die Umwelt zu schonen. Mit dem Gewerbeverein KMU Köniz sowie der Unternehmerplattform IG Wangental konnten zwei lokale Wirtschaftspartner gewonnen werden. Die Gemeinde hat die Webseite und das Thema auf vielfältige Weise an die Bevölkerung getragen. Aus dem Könizer Gewerbe haben sich bereits 30 Betriebe auf der Webseite eingetragen. Das Echo aus der Bevölkerung ist ausschliesslich positiv.

Zukunft der Grüngutverwertung

Köniz verfügt heute mit der privaten Hausgarten-, Quartier- und Siedlungskompostierung, dem Shredderdienst sowie der Verarbeitung und Nutzung des Grünguts durch die Landwirte der IG Feldrandkompostierung, über bewährte Verwertungslösungen. Gleichzeitig geraten der Markt und die Preise des Grünguts in der Schweiz und in der Region Bern durch die neuen Verwertungslösungen zur Energienutzung massiv in Bewegung. Deshalb hat die Abteilung Umwelt und Landschaft unter Mitwirkung des Dienstzweiges Abfallbewirtschaftung und Deponie eine Studie erstellen lassen. Sie enthält einen Vergleich dreier Varianten, nämlich der bisherigen Kompostierung, einer lokalen Biogasnutzung und einer regionalen Biogasnutzung.

Stärkung der Dienstzweig-Organisation

Nach einer wechsellvollen Zeit war eine Stärkung der Organisation des Dienstzweiges notwendig. Dies erfolgte durch die Bereinigung der Organisation, die Erneuerung von Funktionen, die Einführung von Führungsinstrumenten sowie die Pflege der Führungskultur. Die administrativen Aufgaben wurden mittels eines Leistungsauftrages an den neu geschaffenen Dienstzweig AUB im Areal 101 übertragen. Die Führung und Organisation des Dienstzweiges ist heute gestärkt.

26.4. Betrieb, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie

Betrieb als Reaktordeponie

Die Annahme von Materialien konzentrierte sich 2009 auf die Reaktormaterialien Strassenwischgut und Strassensammlerschlämme aus dem Strassenunterhalt der Gemeinde Köniz sowie auf Inertstoffe (v.a. mineralische Bauabfälle) der Gemeinde und Privater. Der Deponiebetrieb verlief geordnet und kontrolliert. Heute sind rund 90% des Deponievolumens aufgefüllt. Die Emissionsdaten aus dem Monitoring (Abwasserbelastung und Gasentwicklung) zeigen keine Auffälligkeiten gegenüber den Vorjahren. Die Zusammenarbeit mit der Firma BEGA Grüngutverwertung, welche auf dem Deponieareal eine Kompostierungsanlage betreibt, verlief gut.

Betriebsbewilligung 2010-2014

Zur Verlängerung der Betriebsbewilligung war die Einreichung eines Gesuchs mit umfangreichen Unterlagen notwendig. Im November 2009 haben die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bundes unerwartet und markant geändert. Per 1.1.2010 wurde die Deponierung von Strassensammlerschlämmen verboten und aufgrund des intensiveren Vollzuges einer Verordnung droht für angenommene Materialien eine Erhöhung der Abgaben an den Bund. Nach einer Konsultation der kantonalen Fachstelle und aufgrund eines wirtschaftlichen Variantenvergleichs hat der Gemeinderat entschieden, das Gesuch statt für den Betrieb einer Reaktordeponie (für gemischte Abfälle mit chemischen und biologischen Prozessen) neu für eine Inertstoffdeponie (v.a. für mineralische Bauabfälle) einzureichen. Der Kanton Bern hat der Gemeinde die entsprechende Bewilligung auf den 1.1.2010 für fünf Jahre erteilt.

Nachsorgebericht 2015 - 2065 sowie Finanzierungsnachweis

Der Kanton verlangte im Rahmen des Gesuches Unterlagen zur Gestaltung und Finanzierung der 50 Jahre dauernden Nachsorgephase. Es wurde ein Nachsorgebericht ausgearbeitet, der die erforderlichen Massnahmen (v.a. Entwässerung, Entgasung, Überwachung) und Kosten aufzeigt. Mit der Finanzabteilung wurde ein Finanzierungsnachweis erbracht.

Rekultivierung

Von Frühling bis Herbst 2009 wurden die hauptsächlichen Bauarbeiten der zweiten Rekultivierungsetappe realisiert. Sie verliefen – auch dank der guten Witterung – einwandfrei. Im 2010 wird dann der Oberboden aufgebracht und begrünt.

26.5. Administration Umwelt und Betriebe

Allgemein

Da seit Januar 2009 über die Abteilung Gemeindebetriebe hinaus tätig, wurde mit der Abteilung Umwelt und Landschaft eine Leistungsvereinbarung betreffend Sekretariatsaufträge, Gebühreneinzug und Stabsdienste getroffen.

Sekretariat

Das von der Abteilung Umwelt und Landschaft sowie vom Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie übernommene Personal wurde gut in das Team integriert. Die Mitarbeitenden des gemeinsamen Sekretariats sind jeweils für einen Fachbereich assistierend tätig; sie unterstützen sich gegenseitig und vertreten sich untereinander bei Abwesenheiten. So konnte die zentrale Kundenanlaufstelle im Areal 101 lückenlos bedient und die geforderten Dienstleistungen zu Gunsten der Fachbereiche erbracht werden. Dank der Teamzusammenlegung können vermehrt Synergien genutzt werden.

Gebührenfakturierung

Alle Forderungen der Spezialfinanzierungen Wasser, Abwasser und Abfallbewirtschaftung – in der Höhe von über 15 Millionen Franken – wurden fristgerecht in Rechnung gestellt.

27. Geomatik

(Direktion Gemeindebetriebe DBE, ab 1.1.2010 Direktion Umwelt und Betriebe, DUB)

27.1. Amtliche Vermessung

Die laufende Nachführung der Amtlichen Vermessung konnte ohne nennenswerte Probleme sichergestellt werden. Die Zusammenarbeit mit dem Nachführungsgeometer verläuft sehr gut.

Der Wechsel auf das neue Datenmodell des Bundes (von Norm AV 93 auf DM 01), welches Weiterentwicklungen und Verbesserungen beinhaltet, konnte noch nicht vollzogen werden, da die erforderlichen Schnittstellen für den Datenaustausch vom Kanton (Amt für Geoinformation, AGI) nicht rechtzeitig zur Verfügung standen.

Rund 72 % des Gemeindegebietes von total 5109 ha verfügen über ein anerkanntes Vermessungswerk nach Norm AV 93. 28 % (Obere Gemeinde, ausserhalb Baugebiet) sind erst "provisorisch numerisiert" (sog. PN-Gebiete). Hier wurden einzig die grafischen Grundbuchpläne digitalisiert um zu elektronischen Daten zu gelangen. Zur Erreichung eines anerkannten Vermessungswerkes ist nach der eidgenössischen Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) in diesen Gebieten eine Erstvermessung nach erwähnter Norm durchzuführen. Damit in den teilweise schwer zugänglichen Gebieten Erfahrungen mit kostengünstigen Methoden gesammelt werden kann, wurde der Nachführungsgeometer mit der Bearbeitung eines Pilot-Perimeters von 356 ha im Landwirtschafts- und Berggebiet rund um Mittelhäusern beauftragt. Die Arbeiten dieses Neuvermessungsloses (Los 24) konnten abgeschlossen und an das AGI zur Verifikation abgegeben werden. Auf Basis der gesammelten Erfahrungen erfolgte im Herbst die öffentliche Ausschreibung des Loses 25 ("Ulmizberg West", 429 ha). Dessen Bearbeitung ist ab 2010 vorgesehen.

Der Dienstzweig führte für die Erteilung der Baufreigaben im Auftrag des Bauinspektorates 86 Schnurgerüstabnahmen durch.

Im Auftrag des DZ Verkehr werden alle Verkehrssignale lagemässig aufgenommen und fotografiert. Bis Ende 2009 konnten die Aufnahmen in gut 50 % des Gemeindegebiets abgeschlossen werden. Dieser Auftrag soll im Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Wie gewohnt wurde für den DZ Unterhalt die jährliche Bestimmung der Abbaukubatur (Vermessung und Auswertung) in der gemeindeeigenen Kiesgrube Tann vorgenommen.

27.2. Leitungskataster

Die laufende Nachführung des Leitungskatasters auf öffentlichem und privatem Grund konnte praktisch lückenlos sichergestellt werden. In diesem Kontext wurden die Fachschalen (Medien) Abwasser, Gas, Wasser, Heizfernwärme, Elektrizität, Telecom, Kabelkommunikation, Zivilschutz-Fluchtröhren, Tankanlagen und übrige Medien permanent aktualisiert. Die vertragliche Zusammenarbeit mit den internen Werken Wasserversorgung, Abwasser, Strassenentwässerung und öffentliche Beleuchtung sowie den externen Werken BKW FMB Energie AG, Cablecom GmbH und Swisscom ist erfolgreich verlaufen. Nach langer Verhandlung konnte mit Energie Wasser Bern (ewb) als letztes externes Werk per 1. Juli 2009 eine Vereinbarung betreffend Nachführung von Werkdaten abgeschlossen werden.

Im Rahmen des Projektes "Erstellung vollständiger Leitungskataster" (EvLK; Schliessung von Netzlücken) wurde das Teilprojekt EvLK in Gebieten mit Baulandreserven und Altliegenschaften (Baujahr 1970 und älter) sowie Entwicklungsschwerpunkten" zu ca. 75 % aufgearbeitet. Im Folgejahr wird dieses Projekt prioritär weiterbearbeitet.

Der Auskunftsdienst wird von Bauunternehmungen, Planern und Bauherrschaften rege in Anspruch genommen. Die Informationen stehen nach Wunsch der Kundschaft in grafischer oder digitaler Form sofort zur Verfügung.

Im Auftrag des Bauinspektorats wurde die GIS - Applikation "Antennen- und Reklamestandorte" neu eingerichtet. Innerhalb eines Korridors von 100 m entlang den projektierten Tramlinien wurden alle Reklamestandorte eingemessen, fotografiert und in die Applikation eingearbeitet. Im Jahr 2010 wird dieses Projekt über das ganze Gemeindegebiet weiter bearbeitet.

28. Informatikzentrum

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF, ab 1.1.2010 Direktion Umwelt und Betriebe, DUB)

28.1. Informatikzentrum Köniz-Muri (IZ Köniz-Muri)

Eine bedarfsgerechte, kostengünstige, anwenderfreundliche, leistungsfähige und verfügbare Informatik wird zur Verfügung gestellt, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ihre Leistungen an die Bevölkerung effizient erbringen und die nötigen Daten für die interne Steuerung erfasst werden können.

Das IZ erbringt mit seinen 12 Mitarbeitenden (1030 Stellen-Prozente) und einem Auszubildenden die gem. Auftrag des Gemeinderates geforderte hohe Verfügbarkeit und Stabilität der Informatik-Infrastruktur sowie den notwendigen Support zu den in den Abteilungen genutzten Applikationen für alle IZ-User.

Die vorgegebenen Ziele wurden erreicht, alle User an allen Standorten haben die IT gemäss ihren Anforderungen ohne Totalausfälle nutzen können. Das IT-System stand den Usern zu > 99.5% der Sollarbeitszeit zur Nutzung zur Verfügung (Forderung IAFP). Im Berichtsjahr haben leichte Beeinträchtigungen durch schwankende Leistungsfähigkeit der Server, infolge Alter der Systeme, zugenommen. Eine Behebung dieses Phänomens wird durch den Ersatz der zentralen Server erreicht (Projekt dritte Servergeneration z. Z. in Umsetzung).

Infrastruktur und Know-how werden Kundengemeinden oder anderen Institutionen (Dritten) angeboten, mit dem Ziel der Erwirtschaftung eines Deckungsbeitrages:

Wachstum mit Kunden

Ziel ist der Anstieg weiterer verrechenbarer Kundenarbeitsplätze mit gutem Deckungsbeitrag. Diverse Offerten wurden ausgearbeitet. Neue Dienstleistungsvereinbarungen mit neuen Kunden konnten keine abgeschlossen werden. Es wurden aber mit den bestehenden Kunden diverse Neu- und Ausbauprojekte umgesetzt, so dass die Anzahl Arbeitsplätze mit zahlenden Kunden um 9% anstieg.

Kostenrechnung / Deckungsbeitrag

Im IZ werden zu den beiden unterschiedlichen Kundensegmenten "Köniz/Muri" und "Zahlende Kunden", einerseits die TCO (Total Cost of Ownership) für Köniz/Muri und andererseits der mit den Kundenarbeitsplätzen erwirtschaftete Deckungsbeitrag berechnet. Beide Werte erfüllen die gemäss IAFP vorgegebene Zielgrösse. Die TCO 2008 für Köniz und Muri konnten wiederum um 4.75% gesenkt werden. Details können beim DZ-Leiter Informatikzentrum eingesehen werden.

Projekte im Berichtsjahr

Disaster Recovery System, Realisierung Not-Rechenzentrum in Muri.

Der Aufbau und die Inbetriebnahme des Notrechenzentrums in Muri sind erfolgt. Applikationen, Daten, Server und Netzwerk sind für den Notbetrieb bei einem Teil- oder Totalausfall des IZ-Standortes bereit. Die Business Continuity Massnahmen (Überbrückung der Zeit vom Ereignis/Disaster bis Wiederaufnahme IT-Betrieb) wurden in den Linien geklärt und werden soweit nötig laufend umgesetzt. Der Testbetrieb mit Notsystem ist noch ausstehend und ist für das laufende Jahr vorgesehen.

Dritte Servergeneration im IZ

Der Betrieb eines zuverlässigen, sicheren und leistungsfähigen EDV-Systems kann ohne periodischen Ersatz der zentralen Betriebssystem-Software, Server- und Storage-Infrastruktur nicht erbracht werden. Nach 6 Jahren Einsatzdauer der jetzigen 2. Server-Infrastruktur wird diese mit aktueller Technik ersetzt. Zum Einsatz kommen virtuelle Server, schnellere zuverlässige und genügend grosse oder bei Bedarf ausbaubare Storage-Systeme sowie aktuelle zentrale Software (Operations System, Datenbank Management System). Der Abschluss des Projekts bringt, neben der gewünschten Leistungssteigerung, einfacherer Administration, sicherem Betrieb, auch eine bessere Ressourcennutzung (Platz-/Energieeinsparung).

Teilersatz/Migration Teilnehmervermittlungsanlage Köniz

Teile der TVA in der Verwaltung müssen altersbedingt (16 Jahre) ersetzt werden. Ein Projekt mit dem Ziel, die Telefonieinfrastruktur der Verwaltung zu modernisieren und technisch/administrativ einfacher verwalten zu können wurde gestartet. Ziel ist der Abschluss der Modernisierung im ersten Quartal 2010. Erstmals werden Kommunikationsmittel auch mittels moderner Technologie Voice over IP (VoIP) betrieben.

Neue Informatik an Könizer Schulen

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Bildung und Sport übernahm das IZ die Fachprojektleitung und damit die technische Koordination und das Einrichten der Netzwerke, Server und Clients, die SW Installation (teilweise Open Source) und Instruktion der Power-User vor Ort. Die Systeme (Server, Netzwerk, Clients) sind an allen Schulen, ausser im Steinhölzli (laufende Sanierung), produktiv und zuverlässig in Betrieb. Der laufende Support wird durch IZ-Mitarbeitende geleistet.

IT-Projekte

Bei diversen IT-Projekten (Personalinformations-System, Gebäude-/Wohnungsregister, Intranet, EDV-Anpassungen "köniz.fünf", Neue Versicherten-Nr) wurden die Linienstellen durch Mitarbeitende des IZ bei der Erreichung der gemeinsamen Projektziele aktiv unterstützt.

Ausblick

Das Projekt dritte Servergeneration IZ wird abgeschlossen.

Die Inbetriebnahme der neuen Teilnehmervermittlungsanlage TVA und das Einrichten von Computer unterstützten Telefonie-Funktionen CTI-Lösungen in der Verwaltung von Köniz.

Das Projekt PIS Personalinformationssystem wird in den von der PA beantragten Phasen abgeschlossen.

Das Gebührenverrechnungsprogramm "easy für Werke" wird auf die Version 4.0 migriert.

29. Produktunabhängige Finanzleistungen

(Direktion Präsidiales und Finanzen, DPF)

29.1. Steuern

Verbuchen der Einnahmen sämtlicher Steuererarten gemäss den NESKO-Abrechnungen der Steuerverwaltung des Kantons Bern
Berechnung der Abgrenzungen der noch ausstehenden Steuerteilungen Natürlicher Personen und Juristischer Personen.

Gemäss bereits erfolgter Prüfung durch das Finanzinspektorat sind alle Verbuchungen korrekt erfolgt.

29.2. Abschreibungen

Die harmonisierten und übrigen Abschreibungen werden verbucht: Die Gemeinde Köniz hat für das Jahr 2009 letztmals eine Ausnahmegewilligung des Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR), wonach nur reduzierte harmonisierte Abschreibungen von 8% vorgenommen werden müssen. Bezüglich Resultat wird auf die Berichterstattung anlässlich der Rechnungsgenehmigung verwiesen.

29.3. Zinsen

Die Aktiv- respektive Passivzinsen werden verbucht. Trotz Anstieg der kurz-, mittel- und langfristigen Schulden von 157.5 Millionen. Franken auf neu 165. Millionen. Franken fallen die Passivzinsen gegenüber dem Vorjahr tiefer aus. Die Gemeinde profitierte weiterhin vom tiefen Zinsniveau bei Konvertierungen und zusätzlichen Darlehensaufnahmen. Bezüglich Resultat wird auf die Berichterstattung anlässlich der Rechnungsgenehmigung verwiesen.

29.4. Produkteunabhängige Beiträge

Der Ausweis von verschiedenen Beiträgen, welche nicht den einzelnen Produkten zugeteilt werden können und auf welche die Gemeinde keinen Einfluss hat. Die Zuweisung diverser Beiträge ist erfolgt. Die folgenden Beiträge werden hier ausgewiesen: – Kantonaler Finanzausgleichsfonds – Zentrumslasten Stadt Bern – Konzession BKW – Konzession „Anzeiger rund um Bern“ – Beitrag an den Kanton für Besoldungen der Lehrkräfte etc.

